

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 4. November 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Monatlich... Preis...
Einzelnummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustriertem Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
Liste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Lungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichts-
und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schluß-
reden-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
16 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Der Bankrott der Reichspolitik.

In schwerer kritischer Zeit tritt der deutsche Reichstag heute zusammen. Und anders stehen heute die Zeichen, als zur Stunde, da er geboren. Die rauschende Vegetation ist gar gründlich verfliegen, die verheißungsvollen Versprechungen sind längst den Weg aller Lüge gegangen und die Verursacher, die ihre Freude in jener Januarnacht 1907 zu den Fenstern des Schlosses hinaufjubilieren, schreien heute die Schmerzen ihres Reagenzimmers in alle Welt. Und der Schloßherr selbst dürfte heute nur melancholisch an die Regal denken, die den Feind schlagen und die ihm als höchste gilt und er mag sich zweifelnd fragen, ob die Methoden, die er befolgt, immer der Regel entsprechen. Die Tage folgen einander, aber sie gleichen sich nicht und zu begeisterten Ansprüchen an begeisterte Hörer ist die Gelegenheit im Berliner Kaiserpalast nicht günstig.

In schwerer Zeit tritt der deutsche Reichstag zusammen. Schlimmer als selbst die Pessimisten gefürchtet haben, hat sich die wirtschaftliche Depression gestaltet. Und das Glend, das die ehernen Beise der kapitalistischen Produktion periodisch über die Arbeiterklasse verhängen, ist noch verschärft durch die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen, die das Interesse der arbeitenden Massen den Interessen des Kapitalprofits und der Grundrente rücksichtslos aufgeopfert haben. Das Einkommen der arbeitenden Klasse hat sich stark vermindert und jeder Tag bringt weitere Senkung. Aber die Lebensmittelpreise bleiben hoch und behalten dank den Völlen denselben Stand, der schon zur Zeit der Hochkonjunktur unentzerrlich war. Ein harter, entbehrungsreicher Winter steht vor der Tür. Aber die Kohlenpreise bleiben auf ihrem höchsten Stand und es ist heute noch nicht sicher, ob das Syndikat sich herbeilassen wird, im April nächsten Jahres eine kleine Ermäßigung zuzugehen, eine Ermäßigung für die kohlenverbrauchende Industrie, die von der Not dieses Winters den Armen nicht das Geringste erspart. Erschreckend lauten die Nachrichten über die stetig steigende Arbeitslosigkeit. Kein Tag, an dem nicht aus den Industrieregionen die Nachrichten von Produktionsbeschränkungen, Arbeiterentlassungen, Einlegung von Ferialschichten kommt. Die Illusionen der Hochkonjunktur weichen der bitteren Erkenntnis, daß das Schicksal der Arbeiterklasse innerhalb der anarthischen Produktion in den verderblichen Kreis von der Ueberarbeit zur Arbeitslosigkeit unentrinnbar gebannt ist.

Der deutsche Reichstag wird sich, wenn es nach den Wünschen seiner Majorität geht, mit dem Problem der Arbeitslosigkeit nicht beschäftigen. Das Beispiel des englischen Parlaments, das wenigstens einige Milderungen für das Glend der Arbeiterklasse zu finden sich bemüht hat, ist für ihn nicht maßgebend. Nicht an Milderung, sondern an Verschärfung der Not der arbeitenden Massen denken die Herrschenden. In dieser Zeit der schweren Krise rüsten sie sich zu dem Raubzug der halben Milliarde und nachdem die Wunderzölle die Lebensmittel ins Unerwartungliche verteuert haben, sollen jetzt den Massen ihre kargen Genüsse wegbesteuert werden, damit das Privileg fast völliger Steuerfreiheit der Besitzenden im Reich weiter bestehen bleiben kann.

Die Forderung einer halben Milliarde neuer Steuern bedeutet das Eingeständnis, daß die Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches Bankrott gemacht hat. Aber sie bedeutet zugleich den Entschluß, daß an dem bisherigen System nichts geändert werden soll. Dem Volke werden neue Lasten aufgebürdet, damit die phantastischen Pläne einer uferlosen, immer wieder zusammenbrechenden und aus jedem Zusammenbruch mit neuen Illusionen und neuen Verblendungen sich wieder erhebenden Weltpolitik fortgeführt werden können. Die Steigerung der Heereslasten soll weiter gehen, unsere Flotte in wahnwitzigem Tempo vermehrt werden. Die Bemühungen der englischen Regierung, zu einer Einschränkung des verderblichen Wettrennens zu gelangen, sind an dem Widerspruch der deutschen Regierung gescheitert und es ist kein Zweifel, daß kein Bedenken über die unerträglich werdenden Lasten die Interessenten des Flottenbaues von dem wahnwitzigen Beginnen abhält, in unseren Flottenbauten mit England zu rivalisieren. Welche Flotte kann auch der Phantasie genügen, die von einem Kreuzzug der weissen gegen die gelbe Rasse, von einem Entscheidungskampf um die Herrschaft über den Pazifik träumt, an dem die deutsche Flotte in erster Linie teilnehmen soll. Aber so phantastisch diese Politik sein mag, so real sind ihre Folgen, und der deutsche Reichstag wird zu entscheiden haben, ob er eine halbe Milliarde einem System bewilligen will, dessen Politik so völlig unklar und unbestimmt und deshalb im vorhinein zum völligen Scheitern verurteilt ist.

Aber neben der schwerwiegenden finanziellen Tragweite verfolgen die Pläne des Herrn v. Sydow auch eine fatale politische Absicht. Das lärgliche Budgetrecht des Reichstags soll völlig vernichtet werden. Die Einnahmen des Reichstags, die Zölle und indirekten Steuern sind völlig festgelegt. Jetzt soll auch der bewegliche Faktor der Einnahmen, der durch die alljährliche Festsetzung der Matrikularbeiträge gegeben war, beseitigt werden. Die Matrikularbeiträge sollen von 40 auf 50 Pf. pro Kopf erhöht

werden, aber dafür nur von fünf zu fünf Jahren festgelegt werden. Damit verliert der Reichstag in Wirklichkeit das Recht, die Einnahmen alljährlich in ihrer Höhe festzusetzen. Die Einflußlosigkeit des Reichstages, die Macht der Regierung soll noch eine Steigerung erfahren in demselben Moment, in dem die Rechte des Volkes vermindert, seine Lasten vermehrt werden. Gegenüber den neuen Attentaten auf die Volkswohlfahrt treten die sozialpolitischen Vorlagen ganz in den Hintergrund. Von der Erweiterung des Koalitionsrechtes, von der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften ist keine Rede. Wann der revidierte Gesetzentwurf über die Arbeitskammern im Reichstage zur Verhandlung kommen wird, ist gänzlich unbestimmt und ebenso, ob es überhaupt möglich sein wird, ihm eine für die Arbeiterklasse annehmbare Form zu verleihen. Die Arbeiten der Gewerbenovelle nehmen in der Kommission einen langsamen Fortgang und schon heißt es, daß die völlig unzulänglichen sozialpolitischen Zugeständnisse noch eine Verzögerung erfahren werden. Nur die Bestimmungen über den Arbeiterinnenbeschäftigung, vor allem der Zehntendatag für Fabrikarbeiterinnen, der durch die Tätigkeit unserer gewerkschaftlichen Organisationen ohnehin in neun Zehnteln aller gewerblichen Betriebe durchgeführt ist, soll bald erledigt werden, weil seine Erledigung durch internationale Uebereinkunft an einen bestimmten Termin gebunden ist. Kaum daß man dem Volke in Vöfeln gibt, was man ihm vorher mit Scheffeln genommen hat.

Aber so ernst auch die Politik im Innern ist, so schwerwiegend die Entscheidungen des Reichstages sein werden, die Stunde seines Zusammentritts wird vor allem beherrscht durch den skandalösen Zusammenbruch des absolutistischen Regierungssystems. Noch nie ist eine Regierung schlimmer bloßgestellt worden und noch nie war die Stunde der Abrechnung günstiger für den Reichstag. Das Parlament hat jetzt in seiner Hand sein stärkstes Machtmittel: die Bewilligung neuer Steuern. Wird das Parlament die Kraft haben, von seiner Macht Gebrauch zu machen? Oder wird die bürgerliche Majorität auch diesmal wie bisher immer verjagen und sich selbst in den Sturz des Absolutismus verwickeln?

Das persönliche Regiment hat seine Unmöglichkeit bewiesen. Die Erklärung der Regierung hat nur gezeigt, daß neben einem persönlichen Regiment für eine geordnete Regierungstätigkeit kein Platz ist. Die Schuld Bülow's, die Desorganisation des Auswärtigen Amtes entlastet den Kaiser in seiner Weise. Nach der amtlichen Darstellung hat ja der Kaiser selbst mit einer Reihe von fremden Personen gesprochen, die zu keiner Disziplin verpflichtet waren, und ihnen diskrete Staatsangelegenheiten bekanntgegeben, deren Veröffentlichung Bülow selbst wenn er gewollt hätte, keineswegs hätte verhindern können. Ebenso bleibt völlig unberührt, daß der Kaiser die vertraulichen Verhandlungen mit Frankreich und Rußland der englischen Regierung mitgeteilt hat und daß er den Engländern mit Unterstützung des deutschen Generalstabes — von einer privaten Arbeit kann also hier gar nicht die Rede sein — einen Feldzugsplan gegen die Vuren geliefert hat. Ob Bülow von diesen Vorgängen überhaupt etwas gewußt hat, ob er sie wenn er etwas wußte, verhindern wollte und nicht konnte, darüber ist nichts bekannt. Aber sicher ist, daß dieser letzte Akt des persönlichen Regiments ja nicht der einzige ist. Hat man denn schon, um nur die letzten Vorgänge zu erwähnen, den Skandal vergessen, den die Veröffentlichung der kaiserlichen Korrespondenzen mit Lord Tweedmouth in England erregt hat? Und den andern, den die Tower-Hill-Affäre in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat? Nimmt nicht Wilhelm II. in allen politischen Angelegenheiten und darüber hinaus in allen gesellschaftlichen und künstlerischen Angelegenheiten, auf die er Einfluß üben kann, das Recht seiner persönlichen Entscheidung in Anspruch? Wird nicht eben der Doktor Holle aus dem Kultusministerium wie ein Schuljunge weggeschickt und muß sich nicht die öffentliche Meinung mit den sonderbarsten Vermutungen begnügen? Wenn der Reichstag seiner energischen Tat fähig ist, wenn er wieder, wie immer bisher, sich mit ein paar Reden begnügt, die nie etwas gefruchtet haben und ebenso in Zukunft nichts fruchten werden, dann verdient das deutsche Bürgertum wirklich den Hohn und den Spott, den die gesamte Kulturwelt über uns ausgießt.

Und fast fürchten wir, daß diejenigen recht behalten werden, die meinen, daß die Schande der letzten Tage durch die Schande einer pflichtvergessenen Reichstagsmajorität vollendet werden wird. Fürst Bülow, der in Nordrhen so bequem war, ist plötzlich jetzt sehr geschäftig worden. Auf seinen Wunsch tritt der fast verschollene Ausschuß des Bundesrates für auswärtige Politik auf die Bühne. Ihm wird Fürst Bülow Erklärungen geben und natürlich wird der Reichstag zu warten haben. Und schon sind auch bereits jene herabwürdigen Verhandlungen mit den Fraktionsführern anderräumt, und wenn es nach dem Fürsten Bülow geht, dann wird der Kampf im Reichstag zu einem Kampf mit verteilten Rollen, zu einer Manöver Schlacht, aus der Fürst Bülow als Triumphtor hervorgeht. Verreits ist es angekündigt, daß Herr Bassermann die Interpellation über die auswärtige Politik einbringen wird. Herr Bassermann hat ja bereits Uebung. Schon einmal

hat er und auch damals auf Bestellung einen Feldzug gegen das „persönliche Regiment“ zum größeren Ruhme Bülow's inszeniert. Auf die Angriffe dieses Mannes kann sich Fürst Bülow verlassen. Und unsere Befürchtungen sind um so gerechtfertigter, da ein großer Teil der bürgerlichen Presse, die unter der Wucht der Ereignisse die Wahrheit gesagt haben, heute dem Fürsten Bülow bereits wieder zu Hilfe kommt. Die Agrarier erinnern sich der Dienste, die ihnen dieser Mann erwiesen hat und die gesteigerte Grundrente ist ein schwerwiegendes Argument gegen alle Beweise von der Unmöglichkeit und Schädlichkeit dieses Ministers. Die Freisinnigen zittern um ihre Bloderistenz, die einzige, die sie noch führen können. Sie alle aber schrecken davor zurück, jenem Absolutismus eine Schlacht zu liefern, der ein so guter Säher ist vor den Ansprüchen des Proletariats. Die Furcht des deutschen Bürgertums vor der Demokratie, vor dem parlamentarischen Einfluß, der auch die Macht des Proletariats erhöhen müßte, läßt sie vor der Entscheidung feig verzagen. Und schon raunt es von allen Seiten, Fürst Bülow, der Erfinder des Blocks, der Einiger der bürgerlichen Parteien, ist unentbehrlich.

Die Sozialdemokratie sieht den Verhandlungen des Reichstages mit gespannter Aufmerksamkeit, aber auch mit großer Ruhe entgegen. Das ausgesprochen wird, was ist, dafür vertrauen wir auf unsere Fraktion. Als Partei hat die Sozialdemokratie kein Interesse an Bülow's Sturz. Im Gegenteil. Wenn uns überhaupt ein Minister gefährlich sein könnte, wenn Bülow uns je gefährlich gewesen wäre, heute wäre er es nicht mehr. Wenn wir zu wählen hätten, wir könnten uns keinen besseren Vertreter der herrschenden Klassen wünschen, als diesen Mann mit dem zerbrochenen Ansehen, mit der geschwundenen Autorität in seiner unmöglich gewordenen Stellung. Der Mann, der es verantwortlich denkt, daß der deutsche Generalstab für England Feldzugspläne anfertigt, wird keine Scherze über unsere Internationalität mehr riskieren. Der Vertreter der Desorganisation des Auswärtigen Amtes wird die Reichstagsmajorität mit seinen Wünschen über die Organisation des Zukunftsstaates in Zukunft vorhingen müssen. Und der geschmeidige Hösling wird sich Anzüglichkeiten über das Pflichtgefühl und die Gewissenhaftigkeit unserer Genossen verjagen müssen. Aber die Interessen der deutschen Sozialdemokratie fallen zusammen mit den Interessen des deutschen Volkes, und diese verlangen es gebieterisch, daß der Mann davon gejagt wird, der diese Interessen so völlig preisgeben konnte. Bülow muß gehen und der Reichstag muß es verlangen. Nur das allein wäre eine wirkliche Absage an das persönliche Regiment, wäre ein Mittel, künftigen Uebergriffen vorzubeugen. Es ist Sache der bürgerlichen Majorität, zu entscheiden, ob es in ihrem Interesse ist, die, die von ihrer Kraft und Entschlossenheit noch irgend etwas erwarten, schmählich zu enttäuschen. Aber wie immer diese Entscheidung ausfallen wird, aus dem Kladderadatsch des deutschen Regierungssystems wird das Proletariat, das sein Geschick längst in die eigene Hand genommen hat, nur neu gestärkt und zu neuen Kämpfen entschlossen hervorgehen.

Einer von der Sorte.

Die Veröffentlichung des Elektrizitäts- und Gassteuereutwerfes durch den „Vorwärts“ hat einem Teil der sogenannten gutgefunten Presse heftige moralische Verdammungsbeschwerden verursacht, die mit einer langen Schimpfdiatrihe endeten. Wir haben dieses Geschimpfe unbeachtet gelassen; gehören doch verschiedene der in moralischer Entrüstung machenden Wänter zu jener Sorte von Preshorganen, die ihre hauptsächlichste journalistische Aufgabe in der Veröffentlichung von allerlei persönlichen Klatsch aus feindlichen Parteilagern sehen, und hat doch ihr verletztes Moralgefühl diese Blätter nicht abgehalten, die „widerlichen Indiskretionen“ des „Vorwärts“ mit Behagen abzudrucken. Wir verfolgen mit der Veröffentlichung des Entwurfs den Zweck, die Deffentlichkeit auf das beabsichtigte Steuerattentat aufmerksam zu machen und den Bedrohten Gelegenheit zu geben, sich zum Widerstand zu rüsten. Dieser Zweck ist erreicht. Die Moralität der Halbhoßjizien ist uns daher vollständig gleichgültig.

Einen der enttäuschten Hauptmoralisten, den Herrn Dr. E. Hellmuth Diehsch, Chefredakteur der halbhoßjiziosen „kommunale Mundschau“, möchten wir aber doch nicht ganz ungehört weiter schimpfen lassen; erstens, weil Herr Diehsch die Schimpferei doch etwas gar zu blödsinnig betreibt, und zweitens, weil Herr Diehsch ein Typus der halbhoßjiziosen Journalistenspezies Hammannscher Schule ist, wie man ihn in schönerer Reinkultur kaum findet.

Herr Diehsch schreibt in seinem Blatt: „Den Genossen des Hehlernekes in der Lindenstraße hat der bekannte „günstige Wind“, dessen Stärke in der Vorwärtsredaktion sicher nicht nach Petersen, sondern nach einer jedem Genossen bekannten Währung gemessen wird, den Entwurf des Gas- und Elektrizitätssteuergesetzes auf den Redaktionsstisch geweht. Wie immer verhängen sie sich hinter den „großen Unbekannten“, den Dous ex machina aller Hehler und Siebe, und ihrer allbewährten, nie verlassenen Jesuitenmoral getreu, daß der Zweck alle erreichbaren und möglichen Mittel heiligt, möchten sie es nicht wahrwissen, daß in den entlegensten Winkeln der Welt die Spitze ihres wohlorganisierten Indiskretionendienstes ihr unlauberes Wesen treiben.“

Wenn uns nun die Vorwärtsredaktion erzählt, sie wisse nicht, von wem sie den Entwurf bekommen habe, so wird sie es mir nicht selbst nehmen, wenn ich das als eine jener bekannten „frommen Lügen“ bezeichne, die, wie es scheint, zum täglichen Brot des sozialdemokratischen Reaktionsdienstes gehören. Weist aber der Wortpatriotismus wirklich so weit, daß sich ein Genosse neben der infamen Handlungsweise die Mühe macht, einen sechsheftigen Entwurf ohne Entgelt abjudizieren, um ihn im Schatten der Anonymität der „Vorwärts“-Redaktion zur Verfügung zu stellen, so muß man sagen, daß das Fundament der sozialdemokratischen Partei doch wohl nicht von der Beschaffenheit ist, die zu rühmen die Sozialdemokratie nicht müde wird. Ein mörderischer, fauliger Grund läßt sich dann wirklich nicht denken!

Damit charakterisieren die Genossen sich und ihr System aber besser, als irgend einer ihrer Gegner es vermag, denn wenn heute schon durch solche Hehlerdienste der brutalste Diebstahl und der nichtswürdigste Vertrauensbruch in Schutz genommen wird, was ist dann erst zu erwarten, wenn die Genossen jene Macht besitzen, von der sie träumen und von der sie so gerne reden?

Herr Dieblich erzählt dann weiter, der Entwurf des „Vorwärts“ stamme jeden falls aus seiner Redaktion. Er hätte auf sein Ersuchen den Entwurf von Staatssekretär Schadow erhalten, um ihn dem Vorstande des Städtetages mitzutellen — ein etwas eigenartiges Verfahren des Herrn Sydow, sich für solche Zwecke eines Dieblich zu bedienen — und deshalb den Entwurf in 23 Exemplaren vervielfältigen lassen und diese an die Vorstandsmitglieder des Deutschen Städtetages gefandt. Das war am 12. Oktober! Am 22. Oktober veröffentlichte ihn der „Vorwärts“ mit dem namliehen Druckfehler meiner Vervielfältigung!

Es ist uns gleich, wie Herr Dieblich sich vorstellt, daß wir zum Entwurf des Elektrizitäts- und Gaswesengesetzes gelangt sind. Wenn er meint, wir hätten eines dieser 23 Exemplare erhalten, dann mag er's glauben; wir haben nichts dagegen. Für uns kommt hier nur sein Geschimpf und seine ehrenwerte Person in Betracht. Wir wollen sie deshalb ein wenig in ihrer ganzen Schönheit abkonterfeien.

Es war am Tage der Veröffentlichung des Entwurfs durch den „Vorwärts“, als vormittags plötzlich ein Herr Dr. Dieblich durch das Telefon die „Vorwärts“-Redaktion anrief und den an das Telefon erklenden Redaktionssekretär anberschickte, wie der „Vorwärts“ dazu läme, „seinen“ Entwurf nachzudrucken, ohne bei ihm um Erlaubnis anzufragen. Unser Redaktionssekretär lehnte kurzweg ab, über solche Angelegenheiten mit einem ihm unbekanntem Herrn per Telefon zu verhandeln. Bald darauf kam Herr Dieblich selbst angelaufen, verlangte zu wissen, wer und den Entwurf zugesandt habe, ob sein Name auf dem Manuskript gestanden habe, wie das Manuskript, angelesen habe usw. Als der Redaktionssekretär erklärte, er könne keine Auskunft geben, verlegte sich Herr Dieblich aufs Bitten, erzählte in weinerlichem Tone, seine Existenz wäre gefährdet; er würde alle Mitteilungen der Regierung einbüßen, seine Stellung verlieren, Weib und Kinder nicht mehr ernähren können usw. Nur eines könnte ihn noch retten, namlieh der Beweis, daß der von uns veröffentlichte Entwurf nicht aus seinem Bureau stamme. Deshalb wären wir verpflichtet, ihm diesen Beweis zu ermöglichen und ihm die Herkunft unseres Manuskripts zu nennen.

Der Redaktionssekretär erklärte, er könne sich auf nichts einlassen, worauf Herr Dieblich meinte, er wolle in jedem Fall nachmittags wiederkommen, um dem leitenden politischen Redakteur sein Anliegen vorzutragen.

Des Nachmittags stellte sich denn auch Herr Dieblich ein und richtete an die beiden leitenden politischen Redakteure dasselbe Anliegen. Er wurde selbstverständlich damit abgewiesen. Nun versuchte er dadurch zum Ziele zu kommen, daß er allerlei Vermutungen über die Herkunft des Manuskripts aufstellte und von jemand sprach, der ihn mit seinem Hah verfolgte und dem „Vorwärts“ wahrscheinlich aus Nachsicht das Manuskript in die Hände gespielt habe. Schließlich ging er dazu über, seine Beziehungen zum Reichssekretär und die in diesem durch die vorzeitige Veröffentlichung des Entwurfs hervorgerufene Bestürzung zu schildern.

Mit diesem Versuch, die beiden Redakteure aus der Reserve herauszulocken, hatte Herr Dieblich jedoch ebenso wenig Glück. Der eine der Redakteure erklärte ihm kurzweg, sein Name wäre der Redaktion ganz unbekannt und gleichgültig; auch wäre er im Irrtum, wenn er glaube, die Redaktion werde sich durch seine Hypothesen verleiten lassen, irgend welche Andeutungen zu machen, die die Redaktionen auf irgend eine bestimmte Spur leiten könnten. Die ganze Unterredung wäre zwecklos.

Darauf führte Herr Dieblich eine jämmerliche Märzrede auf. Er wehklagte über die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Existenz. Niemals würde er wieder Mitteilungen aus den Regierungsbureaus erhalten; sein Kleriker würde ihm seine Stellung kündigen, sein Weib und seine Kinder könnten betteln gehen. Er müsse dem Reichssekretär und seinem Verleger beweisen, daß er an der Veröffentlichung unschuldig sei. Händeringend und mit weinerlicher Stimme appellierte er an die Kollegialität, die Ehre, die Moral der „verehrten Kollegen“, ihm doch die Mittel an die Hand zu liefern, sich zu rechtfertigen.

Der eine der beiden Redakteure sagte daraufhin, daß er sehr bedauern würde, wenn Herrn Dieblich Unannehmlichkeiten entständen; doch könne er deshalb beim besten Willen keine Angaben über das Manuskript machen, die den Redaktionen irgend welche Anhaltspunkte böden.

Nun schlug plötzlich die Stimmung des Herrn Dieblich um. Wir hätten, behauptete er nun, ein ganz falsches Manuskript erhalten, einen alten abgetanen Entwurf, viele Angaben stimmten nicht mehr usw.

Der betreffende Redakteur erwiderte ihm darauf, er möge doch solche Märchen unterlassen, er hätte nicht mit politischen Kindern zu tun. Daß die Fassung des veröffentlichten Entwurfs keine endgültige wäre, das wäre selbstverständlich, denn noch würde im Bundesrat darüber beraten. Es wäre auch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß nun, nachdem der Entwurf im „Vorwärts“ veröffentlicht worden sei, erst recht manches an ihm geändert werde, schon allein, um zu beweisen, daß er ganz anders aussehe, als der vom „Vorwärts“ publizierte; aber an einen Einschnitt des „Vorwärts“ glaube er (Herr Dieblich) doch selbst nicht, sonst wären ja seine vorherigen Kamentationen und die von ihm geschriebene Verbilligung im Reichssekretariat ganz gegenstandslos.

Das schien denn auch Herr Dieblich einzusehen. Er kam nicht weiter auf seine Behauptung zurück, sondern beschränkte sich darauf, den betreffenden Redakteur zu bitten, falls auf dem Manuskript sein Name stände oder vielleicht in einem Begleitschreiben sein Name erwähnt sein sollte, diesen auszumergen, damit bei einer Hausdurchsicht nichts gefunden werde, und schließlich verlangte er noch die bestimmte Zusage, daß niemand etwas von seinem Besuch in der Redaktion des „Vorwärts“ erfahre. Worauf ihm der betr. Redakteur — der andere war inzwischen hinausgegangen — erklärte: „Eine solche bindende Zusage kann ich nicht geben und gebe ich nicht, da ich noch gar nicht weiß, wie die Sache verläuft; ich kann nur sagen, daß wir keine Veranlassung haben, redaktionelle Privatgespräche in die Welt hinauszuschreiben.“

Darauf entschuldigte sich Herr Dieblich wegen seiner begreiflichen Aufregung und bot dem „verehrten Kollegen“ die Hand.

Am nächsten Tage schon standen in verschiedenen halboffiziösen Blättern Angriffe auf die Vorwärtsredaktion, die mit Äußerungen des Herrn Dr. Dieblich eine merkwürdige Ähnlichkeit hatten. Dennoch unterließen wir, darauf zu antworten. Herr Dieblich hatte zu große Angst ausgestanden, als daß wir annehmen konnten, er sei uns freundlich gewogen. Die oben zitierten Äußerungen des Herrn Dieblich, in denen er uns als Hehler, Diebe, Jesuiten, Lügner usw. beschimpft, schlugen aber doch dem Hah den Boden aus, zumal die sogenannte gutgestimmte Presse bereits die lächerlichen Denunziationen des Herrn Dr. Dieblich aufgriff; wir haben deshalb keine Veranlassung mehr, die lägliche Rolle zu verschweigen, die er bei uns gespielt hat.

Arbeiterinnenschutz in der Gewerbeordnungsnovelle.

Die Reichstagskommission beschäftigte sich gestern zunächst mit einem Antrag des Zentrums, § 154a G.O. verbietet die Beschäftigung von Frauen in Bergwerksbetrieben unter Tage. Der Zentrumsantrag verlangte die

Ausdehnung des Verbots auf die Arbeit über Tage.

In der gleichen Richtung bewegte sich ein Antrag des Abgeordneten Behrens (Wirtsch. Bg.), der auch das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen in Kokereien herbeiführen will. Die Regierung erklärte sich gegen die Anträge, besonders in Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien. Dort würden die Arbeiterinnen selbst schwer unter einem solchen Verbot zu leiden haben, weil sie andere Beschäftigung nicht finden würden. Auch das Oberbergamt in Breslau habe sich gutachtlich gegen ein Verbot der Frauenarbeit ausgesprochen. Der freikämige Volksparteiler Doormann behauptete, daß die ärztlichen Untersuchungen ergeben hätten, daß der Gesundheitszustand der Arbeiterinnen im ober-schlesischen Bergbau ausgezeichnet wäre. Man solle nicht mit rauher Hand in das empfindliche Gewebe des Wirtschaftslebens eingreifen. Gegen Doormann wandten sich Genosse Robert Schmidt und Kollenhuh: Das günstige Ergebnis der ärztlichen Untersuchungen sei nur darauf zurückzuführen, daß überhaupt nur gesunde und kräftige Frauen im Bergbau beschäftigt würden. Auf die Dauer säure aber die Arbeit in Bergwerksbetrieben eine so schwere Schädigung des weiblichen Organismus herbei, daß das Verbot der Frauenarbeit unbedingt notwendig wäre. Die Industrie sei sehr anpassungsfähig, und auch die Arbeiterinnen würden bald andere Arbeitsgelegenheit finden. Entgegen seinem freikämigen Fraktionskollegen Doormann führte Abg. Kaumann aus, daß die Ausnahmen, die vom Verbot der Frauenarbeit bisher für Überschleffen gemacht wurden, nur Privilegien für die feudalen Grubenbarone seien, die die niedrigsten Löhne zahlen. Das gute Beispiel sei sogar den Abg. Dr. Plagdon mit, so daß er sich gleichfalls gegen Doormann für die vorliegenden Anträge aussprach. Abg. Hennig (L.) hält das Verbot der Frauenarbeit nach den Beobachtungen, die er in Braunkohlenbergwerken und Zementfabriken gemacht haben will, für unangefertigt. Sein agrarisches Herz würde ja Vernehmung empfinden, wenn die freierwerbenden Arbeiterkräfte der Landwirtschaft zufließen, aber er fürchtet, daß selbst die Grubenklaven nicht mehr Landklaven werden wollen und tritt deshalb dem allgemeinen Verbot der Frauenarbeit im Bergwerksbetriebe entgegen. Nach längerer Debatte wurde bei der Abstimmung entsprechend den inzwischen redaktionell geänderten Anträgen das Verbot der Frauenarbeit in Bergwerken und Kokereien mit großer Mehrheit ausgesprochen. In Beschäftigung stehende Frauen sollen noch bis zum 1. April 1912 (Ablaufzeit der Bundesratsverordnung) in Arbeit bleiben können.

Sobann kam ein weiterer Zentrumsantrag zur Beratung, der das Verbot der Frauenarbeit auf Bauten

fordert. Von Seiten der Regierungsvertreter wurden lebhafteste Bedenken gegen den Antrag geltend gemacht. Man könne doch den Frauen nicht verbieten, das Reinigen der Bauten zu übernehmen. Das gehe doch gewiß zu weit. Auch Genosse Stadthagen sprach sich gegen eine so weitgehende Einschränkung der Frauenarbeit aus. Auf diese Einwendungen hin änderten die Zentrumsvertreter ihren Antrag dahin ab, daß die Verwendung der Frauen für den Transport des Materials auf Bauten untersagt werden solle. Genosse Stadthagen meinte, daß es viel zweckmäßiger wäre, allgemein gesundheitschädliche Beschäftigung der Frauen zu untersagen. Der Nachweis aber, daß alle Arbeiten auf Bauten für Frauen besonders schädlich seien, sei nicht erbracht, der Ausdruck zu dehnbar, auch auf Reinigungsarbeit anwendbar. Man müsse den Frauen das Recht des Erwerbs einigermassen gleichmäßig offen lassen. Die Frauenarbeit in der Landwirtschaft sei vielfach schwerer als die im Baugewerbe. Dieser Behauptung widersprach der Abg. Hennig (L.): Dem beantragten Verbot könne aber auch er nicht zustimmen. Genosse Robert Schmidt erklärte sich für den Zentrumsantrag. Die Arbeit des Mürtel- und Steintragens auf Bauten sei für die Frauen sicher in hohem Maße gesundheitschädlich. Die Frauen bedürften eines besonderen geistlichen Schutzes ihrer Gesundheit. Die Zentrumsabgeordneten Becker und Fleischer plädierten auch auf stilles Beharren für das Verbot der Frauenarbeit auf Bauten. Der Zentrumsantrag wurde mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen.

Dies brach die Kommission ihre Beratungen vorläufig ab und beschloß, diesen Abschnitt der Novelle, die die Frauenarbeit behandelt und meist nur die Verpflichtungen der Berner Konvention für Deutschland erfüllt, als besondere Vorlage an das Plenum des Reichstages zu bringen. Die Kommission setzte eine besondere Redaktionskommission ein, um ihre Beschlüsse noch einmal durchsehen zu lassen. In der nächsten Woche wird sie dann in die zweite Lesung eintreten und möglichst rasch ihre Verhandlungen über diesen Teil der Vorlage zum Abschluß bringen. Die gewählte Art des Vorgehens ist begründet durch den nahen Termin, den die Berner Konvention für das Inkrafttreten der in Bern beschlossenen Arbeiterbeschützbestimmungen festgesetzt hat und durch die für die Inkraftsetzung erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Die Freilassung der Konföderationsführer.

Paris, 1. November. (Wg. Ber.)

Gestern nachmittags sind 12 von den in Corbell in Untersuchungshaft gehaltenen Gewerkschaftlern auf freien Fuß gesetzt worden. Das Verfahren gegen sie ist eingestellt. Ebenso das gegen drei Konföderationsmitglieder, die sich der Verhaftung durch die Flucht nach Belgien entzogen hatten. Unter den ersten befinden sich der Konföderationssekretär Griffuelhes, der Redakteur der „Voix du Peuple“ Pouget, Bousquet von den Nahrungsmittelarbeitern, Pvetoi, Sekretär des Verbandes der Arbeitbüchsen, unter

den anderen der Sekretär des Gewerkschaftsverbandes des Selmer-Departements Genoffe Aulagnier. Aufrechterhalten wird die Anklage nur gegen acht Personen, darunter eine Frau, die bei dem Zusammenstoß von Villeneuve-St.-Georges dem Militär gewalttätigen Widerstand geleistet haben sollen. Da aber mit der Einsetzung des Verfahrens gegen die Vorstandsmitglieder der Konföderation das ganze Märchen vom vorbereiteten Aufruhr zusammenfällt, wobei auch die weiter in Haft gehaltenen sicher mit geringfügigen Strafen davonkommen. Sie bleiben im Grunde nur darum im Gefängnis, damit die vollständige Blamage der Regierung und die ganze Rechtswidrigkeit des Verfahrens nicht eingestanden werde.

Aber dieses Mittel wird ebenso wenig versagen, wie der Kniff Briands, das verspätete Jugendbildnis an die Gefängnisse auf sein Konto buchen zu wollen. Der Justizminister hat durch seine Freunde andersprengen lassen, daß er im letzten Ministerrat mit Clemenceau hart aneinander geritten sei, da dieser die Haftentlassung der Gewerkschaftler bekämpft habe. Clemenceau soll sich dabei hinter die „Unabhängigkeit der Justiz“ verbergen haben, als ob der ganze Prozeß nicht von Anfang an der offenbarte Hohn auf diese gewesen wäre. Briand hat sogar im „unabhängigen sozialistischen“ Lokalsblatt seines Wahlkreises Saint-Etienne einen Artikel erscheinen lassen, der an dem Verfahren gegen die Gefangenen und an der Verlängerung der Untersuchungshaft die schärfste Kritik übte und mit den Worten schloß: „Es wird dem Bürger Kristide Briand zur Ehre gereichen, eine Ungerechtigkeit gutzumachen, die ohne sein Zutun begangen worden ist.“

Natürlich liegt nun die Sache nicht etwa so, daß Briand von einem plötzlichen Gerechtigkeitsfieber gepackt worden ist, nachdem er sich drei Monate lang gegen die zweifelloste Mächtsverletzung nicht gerührt hat. Vielmehr ist der Ausgang der Affäre ebenso politischer Natur wie ihr Beginn. Die Agitation der Sozialisten für die Befreiung der Gefangenen schien berufen, eine Bewegung zu entfesseln, die doch tiefer ging als die Regierung im ersten Augenblick der im Bürgertum von der Sensationspresse entfesselten Panik erwartete. Mühte ein öffentliches Aufstehen der Liga der Menschenrechte, die die hervorragendsten Männer der für den Hauptmann Dreyfus unternommenen Bewegung vereinigt, ein Appell an die öffentliche Meinung, dessen erster Perod ein Unatole Francke war, einer Regierung verweigert werden, deren Chef der Dreyfusbewegung seinen Aufstieg, ja seine politische Rehabilitation verbannt, so lag für alle Gegner des Ministeriums auf republikanischer Seite der Gedanke nahe, ihrer Opposition ein moralisches Ansehen zu geben und die „Stimmen des Serails“, wie sie Clemenceau einst genannt hat, mochten sich darauf vorbereiten, die Pose des Bruns anzunehmen. Briand aber, der alle Ursache hat, sein republikanisches Renommee zu restaurieren, empfand wohl nicht die geringste Lust, sein Schicksal mit dem der politischen Ruine Clemenceau zu verbinden. So wenig wie seine moralpathetische Geste hat man natürlich auch den jetzt mit voller Lungentkraft losliegenden Chor der radikalen Zugewandter erst zu nehmen, der die Herrlichkeit der Demokratie preis, in der sich die Gerechtigkeit gegen alle ohne Ansehen ihrer Bestimmung doch siegreich durchsetze. Die Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren genug gelernt, um sich nicht von Leuten, die noch vor ein paar Wochen mit unbändiger Eifer in das Horn der Scharfmacher gestochen haben, die Fabel von einer über den Klaffengegenständen schwebenden demokratischen Ethik einbläsen zu lassen. Das Clemenceausche Bekenntnis von den „zwei Seiten der Barrikade“ verliert darum seine Wahrheit nicht, weil das politische Interesse unter Umständen rätlich erscheinen läßt, freundschaftlich eine Hand hinüberzustrecken.

Für die französische Arbeiterbewegung aber ist darum die Befreiung der Gefangenen, auch wenn sie nicht durchaus der eigenen Kraft des organisierten Proletariats zu danken ist, ein erfreuliches Ereignis. Nicht nur, weil sie die unschuldig eingekerkerten Kameraden erlöst und ihrer Tätigkeit wiedergibt, sondern namentlich auch darum, weil sie es möglich macht, über die taktischen Fragen der Gewerkschaftsbewegung nunmehr unbeeinträchtigt von sentimentalen Rücksichten zu sprechen mit der Kritik verfehlter Methoden nicht zurückzuhalten, weil ihre Vertreter von den bürgerlichen Justiz bedroht werden.

Hohenthals Wahlrechtslammer.

Das schon in der Sonnabendnummer erwähnte famose Weheimsirkular des sächsischen Ministers Hohenthal, das der Chemnitzer „Volkstimme“ auf den Tisch slog, hat folgenden Wortlaut:

Dresden, am 21. Oktober 1908.

Königl. Sächsisches
Ministerium des Innern,
158 1 U.

Geheim.

Angesichts der eben so systematischen als struppelosen Hebe, die zahlreiche Zeitungen des Landes in der Wahlrechtsfrage treiben, erscheint es dringender nötig, daß der Presse bis zur Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage eine größere Aufmerksamkeit gewidmet und daß durch die Amtsblätter sowie mit allen sonst zur Verfügung stehenden legitimen Mitteln den falschen Darstellungen der übelwollenden Presse kräftig entgegengetreten wird.

Die Regierung hat zu erwarten, daß Sie in diesem Sinne das Ihre tun werden.

Ministerium des Innern

Georg Hohenthal.

An die Herren
Landshauptleute.

Marlin.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die Regierung ihre Vorlage, Dekret Nr. 12, weder zurückgezogen hat, noch zurückziehen gedenkt, vielmehr darauf besteht, daß diese in erster Linie in beiden Kammern zur Beratung und Abstimmung kommt.

Die Eventualvorlage ist die Antwort der Regierung auf den Kompromiß, den die beiden Parteien untereinander über die Wahlrechtsreform geschlossen hatten, und bezeichnet die äußerliche Grenze, bis zu der die Staatsregierung gehen könnte, wenn sie sich den Wünschen der Kammermehrheit Rechnung tragend, auf den Boden des Pluralwahlsystems beschränken müßte.

Was hat zur Blüte Sachsen beigetragen? Das ist gewiß mit auch die Arbeit der Diensthöfen und Handwerker gemein. Aber vor allem sind es der Unternehmungsgewitz der Industrie, die hervorragenden Leistungen der Wissenschaft, der nie erlahmende Fleiß der Landwirte und die unbedroffene Pflichttreue unserer Sozialisten, kommunalen und privaten Beamenschaft gemein. Diese überaus wertvollen Minoritäten müssen gegen eine Vergewaltigung, die ihnen von Seiten der Massen droht, geschützt werden.

Der Mittelstand als Puffer zwischen Reichthum und Proletariat ist für die Fortentwicklung Sachsens von hoher Wichtigkeit. Das haben z. B. Gahrwite und Ladeninhaber oft unter dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu leiden!

Wenn die Regierung den Schatz der unter 3 und 4 genannten Minoritäten nicht auf dem Wege der Regierungsvorlage durch Wahl nach Kommunalverbänden einerseits und durch Verhältniswahl andererseits erreichen kann, so müßte sie es durch künstliche Steigerung des Stimmengewichts der in Frage kommenden Personalkategorien tun. Es ist deshalb nicht insofern, wenn die Regierung die Vorlage aufrecht erhält, zugleich aber in ihrer Antwort auf den Kompromiß die Eventualvorlage unterbreitet.

Ein vierfaches Stimmengewicht ist für die genannten Personalkategorien das Minimum. Bei der Neuwahl der Abgeordneten der zweiten Kammer wird schon mit mindestens 700 000 Wählern zu rechnen sein, worunter mindestens 400 000 Handarbeiter und Dienstboten. Wähler a) mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mark wird es etwa 54 000, b) privilegierte Grundbesitzer, die nicht schon unter a) enthalten sind, etwa 34 000, c) Gewerbetreibende, die nicht schon unter a) oder b) gezählt sind, etwa 43 000 und d) Lehrer, staatliche, kommunale und private Beamte mit einem Einkommen von mindestens 1800 Mark etwa 35 000 geben. e) Personen endlich, die ihre Vorbildung durch Zeugnisse nachweisen können, die zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigten, gibt es insgesamt noch nicht 30 000 in Sachsen. Sie sind fast alle schon unter den Kategorien a, b, c und d enthalten.

Es werden mithin höchstens etwa 200 000 privilegierte und 550 000 nichtprivilegierte Wähler sein. Danach kann kein vernünftiger Mensch behaupten, daß der Einfluß der obengenannten Personalkategorien ein unverhältnismäßig großer sein werde und deren soziale Bedeutung übersehbar. Mit Recht könnte das Gegenteil behauptet werden.

Die Vorteile des Eventualvorlages der Regierung gegenüber dem jetzigen Dreiklassenwahlrecht sind augenfällig. Statt indirekter Wahl wieder direkte Wahl und Veseitigung des plutokratischen Charakters. Während früher ein einzelner Wähler der 1. Klasse oft 30mal soviel Stimmengewicht hatte wie ein Wähler der 3. Klasse, so kann er jetzt höchstens 4mal soviel Einfluß haben. Neben dem höheren Einkommen werden andere Personalkategorien privilegiert. Jeder Lehrer, jeder Geistliche, jeder Arzt, Rechtsanwalt, jeder Landwirt, der 4 Hektar bewirtschaftet, jeder selbständige Handwerker, jeder Gärtner hat gerade soviel Einfluß wie der reichste Mann des Landes.

Wenn immer seitens der Gegner der Regierungsvorlage davon gesprochen wird, es werde die Macht der „Besitzenden Klassen“ mißbraucht, so wird dieses Wort als Stroh in die große Waage geworfen, um aufzuheben, weil man weiß, daß die Worte „Besitz“ und „Gewalt“ am besten zur Aufhebung dienen. Das sollten alle Vernünftigen erkennen und es sollten auch die sozialdemokratischen Gegner der Regierungsvorlage dessen eingedenk sein, daß sie mit allen ihren schönen Reden nicht den bedrückten Bevölkerungsklassen unserer bürgerlichen Parteien näher, sondern lediglich die Sozialdemokratie in ihrer maßlosen, verderblichen Einwirkung auf die großen Massen immer mehr stärken.

Das Geheimdokument ist in zweierlei Hinsicht sehr interessant. Einmal zeigt es, wie sehr Graf Hohenhausen für das Schicksal seiner Wahlrechtspläne fürchtet, sodann, welche geringe Meinung er von den geistigen Fähigkeiten in den Redaktionen der sächsischen Amtspresse hat. Diefert er ihnen doch die Argumente, die sie gegen die „übelwollende Presse“ vorbringen soll!

Bemerkenswert von den Hohenhausischen Efelstücken für die Amtsblattredakteure ist die Berechnung über das Verhältnis der privilegierten Wähler zu den nichtprivilegierten, die durch die „Wahlreform“ geschaffen werden würden. Die Regierung hat herausgerechnet, daß die Zahl der Vierstimmwähler auf 200 000 angegeben werden muß, während etwa 550 000 Einstimmwähler verbleiben. Es würde sonach die Gruppe der Privilegierten 800 000 Stimmen stellen können, sie würde also die breite Masse der Wählerschaft um rund 250 000 Stimmen überragen, also noch um 50 000 Stimmen mehr, als diese Klasse überhaupt Wähler zählt.

Und das magt Hohenhausen und magen die sächsischen Konservativen eine Wahlreform zu nennen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November 1908.

Das Zentrum gegen das gleiche Wahlrecht.

Die „Kölnische Volks-Zeitung“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer mit der Stellung der Konservativen zum preussischen Wahlrecht. Dies führende Zentrumsorgan erklärt zwar die völlig ablehnende Haltung der Konservativen zu der Forderung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts nicht zu teilen, allein in einem Punkte stimmt das einflussreiche Zentrumsblatt doch durchaus den konservativen Wahlrechtsgegnern zu: in der Frage der Wahlkreiseinteilung. Die „Köln. Volks-Ztg.“ schreibt:

„Wir sind ein Gegner der rein chemischen Einteilung nach der Kopfzahl, da für uns der Staat eben aus Land und Leuten besteht.“

Bereits im Anfang dieses Jahres stimmte ja das Zentrum bei Beratung des freisinnigen Wahlrechtsantrages gegen die Forderung einer gleichmäßigen Neueinteilung der Wahlkreise. Damals konnte es seinen Verrat am gleichen Wahlrecht aber noch heuchlerisch damit maskieren, daß es deshalb gegen den auch von nationalliberalen Seite unterstützten Antrag des Freisinnigen gestimmt habe, weil ja die Nationalliberalen die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts abgelehnt hätten!

Jetzt aber bekemt die „Köln. Volks-Ztg.“ offene Farbe! Jetzt erklärt sie, daß das Wahlrecht für es nicht an die Person, sondern an den Landbesitz, d. h. die agrarischen Interessen, gebunden sein soll!

Reite Vertreter des gleichen Wahlrechts, diese Herren Zentrumsler!

Dernburg-Diamanten.

Staatssekretär Dernburg überreichte dem Kaiser die Diamanten, die er als Proben der Edelsteinfunde in Deutsch-Südwestafrika mitgebracht, im Namen der deutschen Kolonisten, welche die Steine gefunden hatten. Zwanzig kleine Steine übergab Herr Dernburg dem Kaiser in einem kleinen Kästchen. Die Diamanten sind von Interesse als geologische Kuriositäten, während ihr materieller Wert nur gering ist.

Daß man als hervorsteckendste Eigenschaft dieser Diamanten ihre „geologische Kuriosität“ hervorhebt, ist lediglich eine Umschreibung für die Verlorenheit dieser angeblichen Diamanten.

Odenburgs Finanzlage.

Die odenburgische Staatsregierung hat den Landtagsabgeordneten den Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für das Jahr 1909 gegeben lassen. Es zeigt hinsichtlich der Finanzlage ein erfreuliches Bild, das durch die 1908 bis 1907 begonnene Steuerreform erzielt ist. Für das Jahr 1909 sind die Gesamteinnahmen auf 12 300 000 M., die Gesamtausgaben auf 12 010 000 M. veranschlagt, so daß der Kasseeüberschuß rund 270 000 M. betragen dürfte, der sich voraussichtlich aber noch bedeutend erhöhen dürfte. Durch diesen günstigen Etat ist es möglich, Anwendungen für Anlagen zu machen, die andererseits zurückgelegt werden müßten. Für die Arbeiten zum Neubau eines Ministerial- und Landtagsgebäudes werden 100 000 M. gefordert; für die Entwässerung des Ammerlandes sollen die Mittel durch eine Anleihe aufgebracht werden.

Wegen einer weiteren Ermäßigung der Grund- und Gebäudesteuer plant die Regierung eine Änderung des Einkommensteuergesetzes. Die Änderung soll sich erstrecken auf einen höheren Abzug für Kinder und Berücksichtigung kinderreicher Familien für steuerpflichtige Einkommen bis zur Höhe von 6000 M. Hier soll die für die Pächtertümer geltende Bestimmung, daß für das erste Kind 50 M., für das zweite und dritte Kind je 75 M. und für jedes folgende 100 M. in Abzug gebracht werden können, Anwendung finden auch auf das Herzogtum. Um die Wirkung solcher Veränderungen zu übersehen, schlägt die Regierung vor, daß die beantragte Ermäßigung in den unteren Einkommensteuertufen nur für die erste Einkommensteuerechhebung des Jahres 1909 Platz greifen soll, also nur auf ein halbes Jahr.

In Aussicht stehen noch eine Vorlage der Regierung auf Gewährung eines Wohnungsgeldes für die Staatsbeamten und eine solche auf Gehaltsaufbesserung der Pfarrer.

Protest gegen das persönliche Regiment.

In der zweiten Kammer des sächsischen Landtages wurde in der heutigen Sitzung vom freisinnigen Abgeordneten Gauthier und Genossen folgende Interpellation eingebracht: Im Hinblick auf die vom Auswärtigen Amt unter verfassungsmäßiger Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gebilligte Veröffentlichung der vom Kaiser einem englischen Staatsmann gemachten Mitteilungen, richten wir Unterzeichnete an die Igl. Staatsregierung die Anfrage, welche konstitutionellen Garantien in den verbandeten Regierungen in Vorzug zu bringen und was sie sonst im verfassungsmäßigen Sinne zu tun gedenkt, um im Falle einer Politik der Unbehändigkeit und Willkür eine in konstitutioneller Form sich bewegende, den Interessen des deutschen Volkes entsprechende auswärtige Politik durch die verbandeten Regierungen zu gewährleisten. — Die Interpellation wurde der sächsischen Staatsregierung mit dem Ersuchen um Erklärung zugefandt.

Im Zeichen der Krise.

In Bremen herrscht augenblicklich größte Arbeitslosigkeit. Die Schiffbauindustrie liegt seit mehreren Wochen ganz still. Auf der Norddeutschen Anilin- und Maschinenfabrik ist eine Glaserie ebenfalls stillgelegt. Ein paar Glaserien arbeiten nur mit einem Drittel der sonstigen Arbeitskräfte. Die Werft-Vereinigung Weser hat jedoch bekannt gemacht, daß sie beabsichtigt, die tägliche Arbeitszeit infolge Arbeitsmangels auf acht Stunden herabzusetzen. Auch diese Werft hat schon vor einiger Zeit Entlassungen in größerem Umfange vorgenommen. Das Baugewerbe liegt ebenfalls sehr darnieder. Die Werft „Oremer Vulkan“ in Vegesack, die sonst 3000 Arbeiter beschäftigt, hat drei Fünftel derselben entlassen. Auch in anderen Werften und großen Industrieunternehmen an der Unterweser herrscht großer Arbeitsmangel. Im Bremischen Hafen sah es lange Zeit über alle Maßen übel aus. Gegenwärtig ist die Baumwirtschaft, welche kurze Zeit hindurch eine Belebung des Arbeitsmarktes herbeigeführt hat.

Aus dem Münchener Rathaus.

Dem Münchener Magistrat lag dieser Tage der Haushaltsplan 1909 zur Genehmigung vor. An ordentlichen Einnahmen und Ausgaben sind 66 654 973,35 M. vorgesehen. Damit es möglich war, das Budget mit 66 Millionen aufzufüllen zu können, wußten die liberalen Finanzminister die Gemeindeforderungen um 150 auf 155 Proz. erhöhen. Und dies nicht etwa bloß durch den Weg, weil größere Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, um der immer mehr um sich greifenden Wohnungsnot oder der Arbeitslosigkeit zu steuern. Auch nicht, weil die Löhne der städtischen Arbeiter und Bediensteten erhöht werden sollen. In dieser unangenehmen Dinge denkt man nicht gerne. Sondern weil es die Katholikalliberalen verstanden haben, der Stadt fast 250 Millionen Schulden aufzuhäufen, macht sich die Umlagerhöhung notwendig. Magistratsrat Schmid (Soz.) geistelte mit Recht in längerer Rede die Finanzgebarung der Liberalen, an der auch das Zentrum nicht unschuldig sei und erklärte zum Schluß, daß die sozialdemokratische Fraktion das Budget ablehnen müsse. Da die Liberalen vorläufig aber noch die „Mehreren“ sind, wurde die Umlagerhöhung als auch der Haushaltsplan zum Schluß die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums genehmigt. Die Wähler werden in 4 Wochen die Antwort nicht schuldig bleiben.

Vom Sparsystem der Eisenbahn.

Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß die preussische Eisenbahndirektion beabsichtige, eine Reorganisation der Betriebe vorzunehmen, die auf nichts anderes hinaus, als auf Kosten der Arbeiter und unteren Beamten weitere Millionen herauszusparen. In einzelnen angeführten Beispielen aus den Direktionsbezirken Guben und Bosen war bereits zu sehen, wie die Eisenbahndirektionen zu ihrem Ziele zu gelangen trachteten. Diesen Beispielen können wir heute ein neues aus dem Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt anfügen. Auf dem Erfurter Güterbahnhof sind seit Juli d. J. 15 Mann entlassen worden, ohne daß Ersatzkräfte für sie eingestellt wurden, und während sonst im Oktober jeden Jahres 15—20 Mann zur Ausfülle angenommen wurden, ist dies Jahr davon keine Rede. Zahl aber kein Arbeitsmangel vorhanden ist, geht daraus hervor, daß den Arbeitern zugemutet wird, im Durchschnitt jeden Tag eine Wechsellöhne zu machen, jedoch ohne Bezahlung. Leuten, die einmal pünktlich freierabend machen wollten, wurde außerdem gesagt: Dem es nicht paßt, Ueberstunden zu machen, braucht an anderen Morgen gar nicht wiederkommen. Die Arbeitsweise ist zeitweilig so intensiv, daß die Arbeiter durchschnittlich in Trab gehalten werden. Dabei ist die Behandlung durch einige Vorgesetzte eine demartige, daß sie in jedem Privatbetriebe mit organisierten Arbeitern mit Mündigung oder sofortiger Arbeitsüberlegung beantwortet werden würde. Beschwerden über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind vom Arbeiterausschuß schon im Juli d. J. eingereicht worden, bis jetzt aber unerledigt geblieben. Auch das Fahrpersonal beklagt sich. Es kommt vor, daß 8 Nächte hindurch über dreizehn Stunden Dienst geleistet werden muß, die sechste Nacht wird dann darauf zurecht gestrichelt, daß es vielleicht scheint, als wenn 2—3 Stunden weniger Dienst herauskommt.

Der Eindruck der proletarischen Wahlrechtsdemonstration in Sachsen.

Aus allen Verichten der bürgerlichen Presse Dresdens ist zu ersehen, daß der imposante Aufmarsch der Dresdener Arbeiterschaft am Sonntag seinen Eindruck nicht verfehlt hat. Alle Zeitungen ohne Unterschied der Parteistellung konstataren die großartige Disziplin der Arbeiter. So schreibt das Regierungsorgan, das „Dresdener Journal“: „Die Wahlrechtsdemonstration ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. . . Der Einmarsch in die Stadtbahn vollzog sich ohne jede Störung. . . Die Rebuter traten durchweg in gemäßigten Ausdrücken für ein gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht ein. In der Stadtbahn mügen etwa 30 000 (!) Personen gewesen sein!“ Das Dresdener Volksblatt, der „Dresdener Anzeiger“, schreibt: „Die Wahlrechtsdemonstration ist vollkommen programmgemäß verlaufen. Trotz der großen Massen, die in den Mittagsstunden des gestrigen Sonntags auf den Weiden waren, ist keine Ausschreitung, kein erster Unfall zu verzeichnen, was teils auf die straffe Organisation der Demonstranten, teils auf die höchst maßvolle, vorlichtige Haltung der beteiligten Polizeiorgane zurückzuführen ist.“ Es ist dann von dem „imposanten Zuge“ die Rede und dann heißt es: „Nach ungefähre Schätzung hätten sich bis um 2 Uhr etwa 60 000 Personen angeammelt; von anderer Seite wird ihre Zahl bedeutend höher eingeschätzt.“ In den farblosen „Neuesten Nachrichten“ heißt es: „Die Kundgebungen waren allenthalben stark besucht und ohne jeden Zwischenfall verlaufen. . . So gab die Menge, die an dem Umzuge teilnahm, ihre Absicht kund, für ein freies und gerechtes Wahlrecht demonstrieren zu wollen, im übrigen aber verhielt sich die Masse sehr ruhig, so daß nirgends Anlaß zum Einschreiten vorlag. Auf den Straßen standen zahllose Menschen, die den Zug der Demonstranten erwarteten und an sich vorbeiziehen ließen. Die Schaulustigkeit, die auf den von dem Zuge berührten Straßen postiert war, hatte wenig zu tun, denn auf dem ganzen Wege waren auf allen Straßenkreuzungen von der Jugendleitung Ordner postiert worden, die darauf achteten, daß alles möglichst ohne Störung des Verkehrs abläufe. . . Obwohl lang- und langsam, wirkte der mächtige Zug, der beim Hotel des Ministers Graf v. Hohenhausen ca. 30 000 Personen umfassen mochte, doch imposant durch seine Massenentfaltung. . . Unverkennbar war auch hierbei die musterhafte Disziplin. . . Auch auf der Stadtbahn verlief alles ruhig und ohne Störung, weshalb das lange Warten bis zur Ankunft des Zuges die Geduld der Menge auf eine harte Probe stellte. . . Es ist schwer, die Menge oder Teilnehmer zu schätzen, aber etwa 35 000 Personen mochten wohl zusammengekommen sein. . . Nur ganz vereinzelt sah man Jugendliche.“ Die Zeitung der Mehrheitsfraktion, die oben „Ehrlichen“ „Dresdener Nachrichten“, bei der der Zug vorbeiging, bestimmt sich am schloßesten, kann sich aber doch nicht dem Eindruck der wirkungsvollen Demonstration, die Dresden je gesehen, entziehen. Sie spöttelt über die Teilnahme der Frauen und sagt, daß hauptsächlich Jugendliche an dem Zuge teilgenommen. Sie muß aber doch anerkennen: „Im übrigen vollzog sich das Ganze in verständiger Ruhe. Die Ordner und Sanitäter dürften unterwegs so gut wie nichts zu tun gehabt haben. Der Verkehr in den vom Zuge berührten Straßen hatte nirgends zu leiden.“ Und wie hatte dieses Organ vorher geäußert und die Polizei grufelig gemacht vor der Verantwortung, die sie auf sich laße. Es sind sogar extra einige Herren beim Polizeipräsidenten gewesen, um sich zu erkundigen, ob er denn wirklich die Genehmigung erteilt habe. Aus all diesen Weisheiten der Gegner geht zur Genüge der gewaltige Eindruck hervor, den die imposante Demonstration der Dresdener Arbeiter hervorgerufen hat.

Zur Umsatzsteuerfrage in Sachsen.

Vor etwa 10 Jahren ist im sächsischen Landtage einmal ein Antrag eingebracht und auch angenommen worden, wonach die Abgabe eine Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine auf landesgesetzlichem Wege einführen soll. Bisher hat die Regierung eine ablehnende Haltung dazu eingenommen. Eine Wendung schien aber mit dem Amtsantritt des jetzigen Ministers des Innern v. Hohenhausen eingetreten zu sein. Als im letzten Landtage der Umsatzsteuerantrag wiederum von den Konservativen eingebracht worden war, erfolgte nicht die übliche Erklärung, wodurch die Regierung jedes Eingehen auf der Umsatzsteuerforderungen ablehnte. Graf Hohenhausen erklärte vielmehr, die Regierung lege von einer Stellungnahme zu dem Antrage ab, solange sich die Erste Kammer nicht zu der Sache geäußert habe, die sich überhaupt noch niemals mit der Umsatzsteuerfrage befaßt hat. Der Minister machte also die Stellungnahme der Regierung von dem Verhalten der Ersten Kammer abhängig.

Es hat zwar die Palatskammer selbst noch keine endgültige Stellung zu der Umsatzsteuerfrage eingenommen, wohl aber hat die Abgeordneten des sächsischen Oberhauses sich mit der Sache befaßt und soden einen Bericht darüber erstattet. Das Ergebnis der Beratungen ist danach die vollständige Ablehnung der Umsatzsteueranträge und „Beschlüsse“ der Zweiten Kammer. Auch von einer besonderen Besteuerung der Konsumvereine will die Deputation der Ersten Kammer nichts wissen. Es heißt vielmehr über dieses Kapitel:

„Die Konsumvereine, die sich in Sachsen besonders entwickelt haben, die Wirtschaftvereine und landwirtschaftlichen Genossenschaften tun zweifellos, insbesondere dem Kolonial- und Weltwarenhandel Abbruch, für die breiten Schichten unferes Volkes aber und selbst für den Mittelstand sind sie von günstiger wirtschaftlicher Wirkung und es würde ein gewisser polizeilicher und wirtschaftlicher Fehler sein, wenn die Gesetzgebung sie in ihrer Leistungsfähigkeit durch eine Sonderbesteuerung beeinträchtigte, und zwar einer Gruppe wegen, deren Lage dadurch nicht einmal verbessert würde.“ Im weiteren weist die Deputation in ihrem Berichte nach, daß nicht die großen Warenhäuser und Konsumvereine, sondern in erster Linie die Erhaltung zahlloser kleinerer Geschäfte dem Kleinhandel die größten Schwierigkeiten bereiten und die Zusammenbrüche meist auf ungenügende Erfahrung und unzulängliche geschäftliche Kenntnis zurückzuführen seien.

Mit Sicherheit kann angenommen werden, daß die Erste Kammer die Beschlüsse ihrer Deputation akzeptiert. Dann aber würden die sächsischen Konsumvereinstäter wieder einmal abgebligt sein, denn dann wird auch der Regierung die Luft vergangen sein, eine landesgeschliche Umsatzsteuer in die Wege zu leiten, zumal sie dazu so ohnehin keine Neigung hat. Jetzt wird ihr klar werden, daß die Durchführung von Umsatzsteuerplänen schon deshalb unmöglich ist, weil es an dem Widerstand der Ersten Kammer scheitern müßte.

Waffendiebstähle.

Auffehen erregenden Diebstähle in der Erfurter Igl. Gewehrfabrik ist man auf eigentümliche Art auf die Spur gekommen. Eine auf dem Erfurter Bahnhof schon einige Zeit lagernde Kiste konnte nicht an die Adresse abgeliefert werden; sie wurde geöffnet; und zur Ueberzeugung aller Beamten fand man darin Gewehrteile. Sofort wurde an die Gewehrfabrik berichtet und da stellte sich nun heraus, daß die Kiste nach Jella St. Blasii bestimmt, aber falsch adressiert war. Es hat sich nun herausgestellt, daß in der Gewehrfabrik schon seit langer Zeit Diebstähle und Unterschlagungen in erheblichem Umfange stattgefunden haben. Ein Depotschwebel, ein Meister und der Sohn des letzteren wurden bereits verhaftet. Es stehen noch einige weitere Verdächtigungen bevor, besonders seien noch einige als Helfer und Vermittler tätig gewesene Personen von auswärtig verhaftet worden, so auch ein Agent in Euhl. In der Igl. Gewehrfabrik wird kein Arbeiter beschäftigt, der gewerkschaftlich oder gar politisch organisiert ist oder mit solchen Arbeitern verkehrt; ein dort beschäftigter Arbeiter, der sich etwa erlauben sollte, eine sozialdemokratische Zeitung zu lesen, würde sofort auf die Straße fliegen. Es können also nur ganz einwandfreie Staats- und Ordnungsführer in Betracht kommen!

Die Balkankrise.

Verminderung der Sultansgarde.

Frankfurt a. M., 3. November. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der Sultan seine Einwilligung dazu gegeben, daß die Garnison im Bildis-Kiosk und dessen näherer Umgebung um 3000 Mann vermindert wird.

Einstellung der türkischen Küstungen.

Adn, 3. November. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Saloniki meldet, trat infolge der Entlassung der bulgarischen Reservisten aus Konstantinopel die Weisung ein, von der Einberufung weiterer Reservisten und Rekruten abgesehen. Wegen der bereits eingezogenen Reservisten seien Befehle abzuwarten.

Die Orientbahnen.

Sofia, 3. November. Vor einigen Tagen hatte die bulgarische Regierung den hiesigen Vertreter der Orientbahn unter Hinweis auf die seitens der Regierung durchgeführte unüberwindliche Expropriation der osttrumlischen Bahnstrecken schriftlich aufgefordert, direkte Ablösungsverhandlungen mit der bulgarischen Regierung zu beginnen, die bisher von der Regierung nicht angehaltenen früheren Orientbahnbeamten sofort zu entlassen und zur unverzüglichen Räumung ihrer Dienstwohnungen zu veranlassen. Heute nachmittag überreichte die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs zur Wahrung der Interessen der Orientbahnen der bulgarischen Regierung einen schriftlichen Protest, in dem unter Hinweis darauf, daß es die Expropriation einer Bahnlinie nicht gebe, erklärt wird, die Entlassung der genannten Beamten und die Räumung der Dienstwohnungen sei während des gegenwärtigen Stadiums der Angelegenheit undurchführbar und die Aufnahme von Verhandlungen nicht früher möglich, bevor die bulgarische Regierung nicht mit der Türkei als der Eigentümerin sich auseinandergesetzt habe.

Oesterreich.

Die Ministerkrise.

Wien, 2. November. Die die „Neue Freie Presse“ meldet, haben heute vorbereitende Schritte zur Lösung der Ministerkrise begonnen. Ministerpräsident Freiherr v. Beck hatte Besprechungen mit den Abgeordneten Chiari, Lueger und Graf. Für den Fall der Neubildung des Kabinetts durch Freiherrn v. Beck spricht man von der Erhebung des Ministers Schwann durch Prinz Alois Liechtenstein, von dem Eintritt des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Weiskirchner und von der Heranziehung eines Mitgliedes des Herrenhauses. Wenn die Lösung der Krise bis zum 17. November nicht gelingen sollte, würde der Zusammentritt des Reichsrats verschoben werden.

Schweiz.

Wahlen und Volksabstimmung.

Zürich, 2. November. (Eig. Ber.) In Basel sind am Sonntag im zweiten Wahlgang alle 6 Vertreter für den Nationalrat gewählt worden, unser Genosse Dr. Brühllein mit der größten Stimmenzahl von 7887, die 5 Bürgerlichen mit 5180 bis 5062 Stimmen. Unser Genosse Frei erhielt 4646 Stimmen gegen 4077 im ersten Wahlgang. Die große Stimmenzahl Brühlleins erklärt sich daraus, daß er auf allen gestanden hat. Unsere Partei hat sich reichlich darüber ausgewiesen, daß ihr nach dem Proporz 2 von den 6 Vertretern im Nationalrat gehören. Bei der fortschreitenden Erklärung unserer Partei kann sie in einigen Jahren die Mehrheit der Bürgerlichen gegenüber haben und sich aus eigener Macht holen, was ihr gebührt. Mit der Wahl Brühlleins sind nun 5 sozialdemokratische Nationalräte gewählt.

In Zürich hat die demokratische Parteiversammlung beschlossen, die Kandidatur Dr. Weiskirchners von seiner Kandidatur zu akzeptieren und den D. Sih nicht nur den Sozialdemokraten zu überlassen, sondern auch für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Damit ist nun auch die Wahl Oerulichs gesichert.

In Genf gehen die Sozialisten und Radikalen im zweiten Wahlgang wieder zusammen und zwar mit je einem Kandidaten jeder Partei.

Im Kanton Tessin hat in der gestrigen Volksabstimmung die kirchliche Reaktion einen Sieg mit der Verwerfung des revidierten Schulgesetzes errungen, die mit 12517 gegen 10548 Stimmen erfolgte. Mit den Schlagworten „Geschädigung der Religion“, „stärkere Belastung der Gemeindefinanzen“ usw. wurden die Leidenschaften der katholischen Bevölkerung aufgeweckt und so der notwendige und zeitgemäße Fortschritt vereitelt. Die Herkule Reaktion hat so ihren kulturellen Tiefstand, ihre Volks- und Bildungsfeindschaft aufs neue bewiesen. Religiöser Fanatismus und Dummheit haben gesiegt.

Rußland.

Eröffnung der polnischen Schulen.

Warschau, 3. November. Infolge eines in den polnischen Blättern erschienenen Aufrufs aller politischen Parteien, der den Vorkott in jeglicher Form verurteilt, hat der Generalgouverneur angeordnet, alle in Warschau geschlossenen polnischen Lehranstalten wieder zu öffnen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Das System der „Victoria“.

Die Angestellten bei schlechten Gehältern durch relativ hohe Zukunftsversprechungen dauernd an die Gesellschaft zu fetten und das hierbei angewandte Gehaltsklassensystem mit Dienstalterszulagen ist in den Betriebsbesprechungen, über die der „Vorwärts“ unterm 11. und 28. d. M. berichtete, des breiteren beleuchtet worden.

Inzwischen ist eine nur an die Vorsteher und Prokuristen der Gesellschaft gerichtete Verfügung ergangen, welche für dieses System den Anfang vom Ende bedeutet. Die Verfügung lautet: „Vor dem Eintreten einer jeden Alterszulage hat der Bureauvorsteher einen Bericht über den Beamten (hinsichtlich Pünktlichkeit, Leistungen und Führung) zu machen und dem Personalbureau rechtzeitig einzureichen. In der Bericht für den Beamten ungünstig oder spricht er sich nicht unbedingt für die Gewährung einer Zulage aus, so ist er Herrn Dör vorzulegen zwecks Herbeiführung einer Entscheidung durch den Herrn Generaldirektor, in dessen Abwesenheit durch Herrn Direktor Thon.“

Es scheint also, daß die „Victoria“ an ihren Zukunftsversprechungen nur solange festhielt, als sie dieselben nicht kosteten; jetzt aber, wo immer größere Teile der Beamtenschaft in den Genuß der garantierten Dienstalterszulagen treten sollen, beabsichtigt die „Victoria“ ihr Versprechen mit einem Federstrich zu beseitigen. Wie weit diese Entziehung der Zulagen rechtlich angebracht wäre, interessiert in diesem Zusammenhang nicht. Hier kommt es nur darauf an, nachzuweisen, welchen Wert die Zukunftsversprechungen dieser Gesellschaft haben. . . .

Welche Bedeutung die Differenzen zwischen der Direktion der „Victoria“ und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen für

die Gesamtarbeiterschaft haben, das wird nur derjenige richtig erfassen, der weiß, daß hier eine Schicht, die von gewisser Seite als Teil des „neuen Mittelstandes“ vom Proletariat zu trennen versucht wird, seit Jahren in steigendem Maße und trotz großer persönlicher Gefahr bewußtermaßen die Vertretung ihrer Interessen in einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaft sieht und findet. Es kann mit großer Wahrscheinlichkeit behauptet werden, daß von den kaufmännischen Angestellten der Arbeiterkonföderation abgesehen, die „Victoria-Angestellten“ die bei weitem bestorganisierten Handlungsgehilfen von ganz Deutschland sind. Diese Tatsache ist die Erklärung für das scharfe Verhalten der Direktion, die diese Organisation zu zertrümmern beabsichtigt. Zu diesem Zweck sollen die minderwertigen Elemente der Gesellschaft, die „schwarzen Hundert“ mobil gemacht werden, denen eingeredet wird, der Zentralverband sei an allerhand in Aussicht gestellten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse schuld. Daß dieser Versuch scheitern muß, wenn die deutsche Arbeiterschaft und ihre Frauen die Vertreter der Gesellschaft, die von Haus zu Haus mit Volksversicherungen akquirieren gehen, auf das lebhafteste Interesse hinweisen, das sie an der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der „Victoria“ nehmen, ist ohne weiteres klar. Aus diesem Grunde wird auch der Verband der Handlungsgehilfen es sich zur Aufgabe machen, die Loyalität weiter über diese Fragen auf dem laufenden zu halten.

Verband der Steinseher, Pfisterer und Berufsgenossen Deutschlands. Tarifbezirk Groß-Berlin.

Kollegen! Laut § 1 des Tarifvertrages beträgt die tägliche Arbeitszeit vom 1. November bis Ende Februar acht Stunden (von 7 1/2 Uhr morgens bis 4 1/2 Uhr nachmittags).

Kollegen! Obgleich im § 1 deutlich ausgesprochen ist, daß die Mittagszeit eine halbe Stunde sein soll, daß also schon um 4 1/2 Uhr Feierabend ist, sind doch einige Kollegen (Poliere) der Meinung, daß sie den § 1 nach ihrer Bequemlichkeit ändern könnten. Kollegen, sorgt überall dafür, daß der Tarif innegehalten wird.

Deutsches Reich.

Zur Tarifbewegung in der Eisenindustrie.

Die Töpfer in Vellern beschäftigten sich in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung mit dem Stand der Tarifbewegung. Den Bericht über die Lage erstattete Hille. Er erklärte, daß die ganze Angelegenheit kaum einen Schritt vorwärts gekommen sei. Die Unternehmer versuchten immer wieder Abzüge zu machen, was aber abgelehnt worden sei. Jetzt ließen die Unternehmer überhaupt nichts mehr von sich hören; sie hätten sich an die Hilfsarbeiter gewandt, doch auch bei diesen sei der Erfolg ein negativer gewesen. Der Grund zu dem Stillstehen der Unternehmung sei wohl darin zu suchen, daß in der Unternehmervereinigung Unmühsamkeiten vor sich gingen, deren Ende noch gar nicht abzusehen sei. Die nächsten Tage würden wohl Aufschluß darüber bringen. Dann erst sei es möglich, die Tarifbewegung zum Fortgang zu bringen. Es sei jedoch vor allen Dingen nötig, daß die Arbeiter die Augen offen hielten, damit sie nicht übertrumpft würden. In der Diskussion wurde ausgeführt, die Firma H. G. Jirner habe den Töpfern erklärt, daß Herr Jirner den prozentualen Zuschlag auf gemauerte Unterstände nicht mehr bezahlen wolle, und daß dieser Fall von den Töpfern dem Vorstande nicht gemeldet worden sei. Dieses sei allerdings ein Fehler, doch wenn Herr Jirner glaube, durch dieses Vorgehen etwas zu erreichen, so irre er sich hierin. Ein Redner war der Ansicht, Vorstand und Kommission gingen nicht scharf genug vor. Hille erwiderte, daß der Vorstand seine Schuldigkeit tue, er warne vor einem blinden Draufgehen. Es sei alles geschehen, was im Interesse der Arbeiter liege.

Der Konflikt in den Greifhor-Fahrradwerken zu Brandenburg a. S. ist beigelegt. Die Firma hatte den alten Tarif gelündigt und gleichzeitig durch Mahenzählung von „Geländen“ vermindert, sich einen für Lohnkürzungen geeigneten Arbeiterstamm zu schaffen. Dieser Versuch ist mißlungen, da die Arbeiterschaft trotz der am Orte herrschenden Arbeitslosigkeit sich nicht in das von der Werkdirektion aufgedrungene gelbe Organisationsbuch beugte, sondern energischen Widerstand leistete, so daß die Firma nur minderwertige Arbeitskräfte an Stelle der entlassenen Freiorganisierten erhielt. Jetzt hat nun die Werkdirektion sich dazu bequemt, einen neuen Tarif vorzulegen, der zwar die Wünsche der Arbeiterschaft zum größten Teil unberücksichtigt läßt, aber auch die ursprünglich geplant gewesene allgemeine Herabsetzung der Akkordlöhne fassen läßt. Die Arbeiterschaft des Betriebes hat am Sonntag in einer Versammlung, zu der neben den Mitgliedern der freien Gewerkschaften auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftler erschienen waren, mit Zweidrittelmehrheit den neuen Tarif angenommen; damit dürften weitere Differenzen vorläufig vermieden sein.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Bremerhaven siegte nach einer und zugehenden Privatdepeche durch Eingreifen der freien Gast- und Schankwirte die Liste der sozialdemokratischen Arbeitgeber.

Antisemitische Geschäftspraktiken.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (Ortsgruppe St. Johann-Saarbrücken) hat einer Anzahl von Geschäftsleuten folgendes Zirkular zugehen lassen:

St. Johann a. d. S., 5. d. 08.

Die unterzeichnete Ortsgruppe des D. N. V., welche mehr als 600 Mitglieder zählt, begehrt am 19. d. d. J. das 15. Verbandsstiftungsgeld.

Neben verschiedenen Arrangements soll auch eine Verlosung stattfinden, deren Erlös zum Besten der Ortsgruppe verwendet wird. Die benötigten Gewinne, bestehend aus allerhand Waren und Gebrauchsgegenständen, sollen durch freiwillige Spenden aufgebracht werden. Wir richten daher auch an Sie die höfliche Bitte, uns durch Uebersendung einer Probe Ihrer Fabrikate zu beehren. Ein großer Teil unserer Mitglieder ist in Geschäften tätig, die das ganze Jahr hindurch mit dem Verkauf Ihrer Artikel beschäftigt sind und wird ohne Zweifel bei diesen das Interesse für Ihre Produkte bedeutend gefördert werden, wenn auch Sie zu den edlen Spendern zählen.

Während des Festes werden die Gegenstände hübsch ausgestellt und bilden somit auch eine sehr wirksame Reklame. Gest. Sendungen bis 16. d. M. erbitten wir an den Unterzeichneten.

Mit vorzüglicher Hochachtung und deutschem Gruß

Ortsgruppe St. Johann-Saarbrücken.

J. A.: Emil Post.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (Ortsgruppe St. Johann-Saarbrücken) verlangt also in nicht mißverständlicher Weise Almosen, die mit Bestechungsgeldern eine verteuerte Aehnlichkeit haben.

Arbeiten und Mahregelungen.

Die Hallberger Hütte in Brebach an der Saar hat den Betrieb am letzten Montag vollständig ruhen lassen, während den ganzen Sommer über schon mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet wurde. Man befürchtet in Arbeiterkreisen, daß den Winter über noch mehrfache ganze Ruhetage eingelegt werden und spricht sogar davon, daß zwei in einer Woche folgen würden. Auch auf der Runkirchener Hütte wird längst mit sehr reduzierter Arbeitszeit gearbeitet. Auf beiden Werken ist den Arbeitern der Lohn fast durchweg um 5 Proz. gekürzt worden, was unter den sonst so zufriedenen Stummischen Hüttenklassen einen Unwillen hervorgerufen hat; doch haben sie es gelernt, sich zu jeder Zeit zu duden und duden sich auch jetzt. Die Runkirchener Hütte hat ebenfalls erhebliche Lohnreduzierungen vorgenommen, dafür jedoch dem gelben Hüttenverein 150 000 M.

übertreten, wofür die Werkschläben bei nationalen und national-liberalen Schaulustigen Bier und Schinkenbrötchen erhalten, um kräftig Durra zu brüllen und gegen den Umsturz zu demonstrieren.

In Völklingen haben die freien Gewerkschaften in letzter Zeit einige Fortschritte gemacht und hat auch die Parteipresse dort, wenn auch noch in beschränkter Zahl Eingang gefunden, was das Scharfmachertum förmlich wild gemacht hat. Am letzten Sonntag wurden acht organisierte Holzarbeiter gemahregelt und zwar, wie sich ein Arbeiter vernehmen ließ, weil die Hütte nicht dulde, daß die Schreinermeister von Völklingen Heber beschäftigen. Die liberalen Selbstherrscher an der Saar, die für sich das Recht der freiesten und weitgehendsten Organisation fordern, glauben immer noch mit brutalen Mahregelungen die Arbeiterbewegung an der Saar niederzudrücken zu können, was ihnen indessen nicht mehr gelingt. Diese Mahregelungen zeigen aber wieder, welchen Wert die Phrasen der „Christen“ haben, die sich laut brüsten, der saarabischen Arbeiterschaft die wirtschaftliche und politische Freiheit erkämpfen zu haben. Noch ist die Freiheit nicht erkämpft und falls die saarabische Arbeiterschaft solange warten muß, bis die Christen ihnen die Fesseln sprengen, dürften sie noch recht lange darin schmachten.

Ausland.

Linierer und Kontobucharbeiter wollen keine Arbeitsangebote nach Budapest (Ungarn) annehmen, da seit dem 31. Oktober die Linierer und deren Hilfsarbeiterinnen sich im Streik befinden, weil eine Einigung über einen Tarif mit den Arbeitgebern nicht zustande kam. Infolgedessen sind auch alle Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen geländigt worden, so daß diese am 14. November ausgeperrt werden, sofern nicht eine Einigung zustande kommt.

Die Aussperrung in Schweden dauert unverändert fort und suchen die Arbeitgeber hauptsächlich in deutschen Kontobuchfabriken ihre Streikarbeit unterzubringen. Dies muß verhindert werden.

Verfammlungen.

Verband der handwerklichen Hilfsarbeiter. Der Zweigverein Berlin und Umgegend dieses Verbandes hielt am Sonntag bei Boeber in der Weberstraße eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Landtagsabgeordneten Borgmann. In kurzen, aber inhaltreichen Worten schilderte der Redner die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse, wies darauf hin, daß besonders die ungelerten Arbeiter am schwersten unter der Unsicherheit der Existenz und der furchtbaren Arbeitslosigkeit zu leiden haben, und zeigte, wie unverschämte und kraft namentlich jetzt bei der Krise die Klassengegensätze auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet hervortreten. Er erinnerte an die Verhandlungen des preussischen Landtags, an die Worte des Ministers Breitenbach, der wohl wegen der Feuerung der Beamtengehälter für notwendig hält, aber nicht eine Erhöhung der Beamtenegehälter für notwendig hält, aber Arbeitskräfte genug zu haben seien. Scharf verurteilte der Redner auch den Ausschluß Deutscher, die Bevorzugung ausländischer Arbeitskräfte beim Annullbau und schloß mit der Mahnung, daß die Arbeiterschaft mit unermüdbarem Eifer nach allgemeiner Aufklärung, vor allem auch nach politischer Gleichberechtigung streben, dabei auch nicht verzeihen soll, daß es das Staatspräsidententum ist, das der Regierung und den herrschenden Klassen seine Handlangerdienste gegen die Arbeiterklasse leistet. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. — In Stelle des seit 10 Wochen schwer erkrankten ersten Kassierers Gräber legte sein Stellvertreter Berger die Abrechnung vom 3. Quartal vor. Sie schließt für die Zweigvereinsklasse mit der Bilanzsumme von 65 864,70 M. Die Krankenunterstützung erforderte 3024,65 M., die Sterbeunterstützung 910 M., die Steink- und Gemahregelungenunterstützung 456,55 M. Der Bestand der Lokalkasse liegt im Laufe des Quartals von 36 000,70 M. auf 36 338,11 M. — Da die Mitglieder noch den Vortrag des Landtagsabgeordneten Hoffmann im „Kaiserhof“ hören wollten, wurde die Generalversammlung frühzeitig beendet.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sozialgesetzgebung in Oesterreich.

Wien, 3. November. (B. L. B.) Der Gesetzentwurf betreffend die Sozialversicherung ist von der Regierung gemäß dem gegebenen Versprechen dem Reichsrat vorgelegt worden. Die Vorlage umfaßt die Neuorganisation der bisherigen Arbeiterversicherung (Kranken- und Unfallversicherung), die Invalidenversicherung der Arbeiter, endlich die Altersversicherung der Arbeiter und der Selbständigen (Kleingrundbesitzer, Kleingewerbetreibende und Kleinhandwerker). Für alle diese Zweige der Sozialversicherung wird ein zusammenhängender Organismus aufgestellt. Die Alters- und Invalidenversicherung baut sich im wesentlichen auf dem Zusammenwirken von Selbsthilfe und Staatshilfe auf.

Eisenbahnkatastrophe.

Frankfurt a. M., 3. November. (B. L. B.) Durch eine Explosion in der Chemischen Fabrik in Hochspeyer wurde ein Doktor aufgesprengt, wodurch mehrere Personen schwer verletzt wurden; andere Personen wurden von der unvorsichtigen Flüchtigkeit getroffen und teils leichter, teils schwerer verbrannt.

Eine schwere Prügelei.

Frankfurt a. M., 3. November. (B. L. B.) In der Rosengasse kam es in der letzten Nacht zu einer wilden Schlägerei. Die Schausleute wurden mit Messern und Revolvern bedroht und machten von der Waffe Gebrauch. Die Rettungswache hatte hundelang zu tun; sie behandelte 37 Verletzte. Zehn Schwerverletzte kamen ins Krankenhaus. Verhaftet wurde ein 30jähriger Kellner, der die Schausleute angriff und einen Säbelhieb erhielt, und ein 18jähriger Kaufmann.

Erdbeben.

Karlsbad, 3. November. (B. L. B.) Seit 1 Uhr mittags wurden in Karlsbad und Umgegend Erdböße verspürt, von denen insbesondere einer um 6 Uhr 20 Min. abends fast in jedem Hause bemerkt wurde.

Sechs Arbeiter verbrannt.

Remiremont, 3. November. (B. L. B.) In Jambilliers wurde eine Weberlei, in der 550 Arbeiter beschäftigt waren, durch Brand zerstört. Sechs Arbeiter sind verschwunden. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

Verstarbeiterstreik.

Triest, 3. November. (B. L. B.) 600 Arbeiter von den Schiffswerften der Oesterreichisch-Amerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft sind in den Ausstand getreten, weil ihnen die geforderte Arbeitszeit nicht bewilligt worden ist.

Hafenarbeiterstreik in Schweden.

Kristiania, 3. November. (B. L. B.) Um an Stelle der einzelnen Verträge einen einheitlichen Tarifvertrag zu erreichen, hat der Hafenarbeiterverband den allgemeinen Streik beschlossen, der zur Stunde fast vollständig durchgeführt ist und jedenfalls längere Zeit andauern wird.

Das Sydowische Steuerbündel.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht endlich die im Reichsschatzamt ausgebrüteten Steuerentwürfe; aber nicht im Wortlaut, sondern im Auszug, mit Beschönigungen und geschminkten Erläuterungen, welche die drohende Belastung des Steuerzahlers als leicht erträglich und milde im Vergleich zu den Steuerlasten und Steuersystemen anderer Staaten hinstellen.

Als Einleitung zu den Vorlagen stellt das Kanzlerblatt einen Auszug aus der offiziellen Begründung voran, in der die Notwendigkeit betont wird, diesmal die Sanierung der Reichsfinanzen gründlicher durchzuführen als im Jahre 1906.

„Das Steuergesetz von 1906 stellte“, heißt es darin, „gewissermaßen einen letzten Versuch dar, die Wiederherstellung der Reichsfinanzen ohne erhebliche Anforderungen an die Privatwirtschaften zu erreichen. Nachdem das Ergebnis sich als unzulänglich erwiesen und statt der geforderten 225 Millionen bis jetzt nur wenig über 100 Millionen Mark erbracht hat, muß von seiner Wiederholung abgesehen und die Finanzreform auf solche Steuern gegründet werden, die in sich die Gewähr großer Erträge bieten.“

Um diese enormen Summen aufzubringen, sei, meint die Begründung, die Heranziehung der allgemeinen Genussmittel: Brauntwein, Bier, Wein und Tabak zu neuen Steuern durchaus nötig:

„Jeder große Staat hat auf diesen vier Produkten sein Steuersystem mit aufgebaut, nur Deutschland hat diese Quellen wenig ausgenutzt. Die finanziellen Schwierigkeiten des Reichs beruhen nicht zum geringsten Teil darauf, daß es verabsäumt ist, diese Genussmittel, insbesondere den Tabak, rechtzeitig mit ausreichenden Abgaben heranzuziehen. Sollen diese Sorgen nicht verewigt werden, so ist es geboten, früher gewährte Rückkäufe fallen zu lassen. Das Reich wird an den Ausbau der Steuern auf Brauntwein, Bier und Tabak zunächst heranzutreten um so mehr verpflichtet sein, als es diese Gegenstände dem Besteuerungsrechte der Bundesstaaten oder doch den meisten von diesen durch die Verfassung entzogen hat.“

Neben der Steigerung der Verbrauchsabgaben sei ferner eine Steuer auf Gas und Elektrizität nötig, und zwar aus folgenden Gründen:

„Während die Abgaben auf Genussmittel sich nur verhältnismäßig langsam entwickeln werden, ist in der Elektrizität ein Steuerobjekt gegeben, das mit den unaufhaltbaren und gewaltigen Fortschritten der Elektrotechnik steigende Erträge abwerfen muß. Aus einer selbst geringen Elektrizitätsabgabe kann bei der großen noch kaum übersehbaren Zukunft der Verwendung elektrischer Kraft auf Einnahmen gerechnet werden, die ohne Schädigung der Volkswirtschaft einen wesentlichen Teil des Reichsbedarfs zu decken vermögen. Eine Vereinfachung dieser Entwicklung ist bei Anwendung der vorgeschlagenen Steuerreform ausgeschlossen. Die Elektrotechnik befindet sich in so ungemein raschem Fortschritt und erweist sich als so anpassungsfähig, daß sie die geringe Belastung alsbald durch eine Verbesserung der Produktionsbedingungen mühelos ausgleichen wird; daher ist auch eine Vermeidung der Einkommen in keiner Weise zu befürchten. Die Besteuerung des elektrischen Lichtes gleicht überdies eine dem sozialen Empfinden widersprechende Unbilligkeit aus, die darin liegt, daß das von den minderbemittelten Kreisen und dem Mittelstande verwendete Petroleum einem erheblichen Eingangszoll unterliegt und dem Reiche jährlich 75 Millionen Mark erbringt, während das vorzugsweise von wohlhabenden Kreisen verwandte elektrische Licht steuerfrei bleibt.“

Und wenn die Elektrizität versteuert werde, dann müsse aus Gerechtigkeitsgründen auch das Gas versteuert werden:

„Schon mit Rücksicht auf den Wettbewerb, der zwischen Elektrizität und Gas besteht, war es notwendig, auch das letztere einer Steuer zu unterwerfen. Bezüglich des Gases ist die Abgabe gleichfalls so gestaltet worden, daß ein ungünstiger Einfluß auf die Entwicklung des Verbrauchs vermieden wird.“

Daneben erweise sich, heißt es weiter, jedoch als absolut notwendig, zur Bedarfsdeckung auch solche Steuern heranzuziehen, die vornehmlich von den Besitzenden getragen werden.

Es würde gegen die vornehmsten Grundsätze der deutschen Sozialpolitik verstoßen, wenn die Reform der Finanzen ausschließlich auf Abgaben aufgebaut würde, die trotz der Ertragsersparungen der Sozialpolitik und ungeachtet der fortgesetzten Steigerung aller Einkommen die ärmeren Volksklassen verhältnismäßig höher belasten.

Als solche ausgleichende sozialpolitische Steuer käme aber nur die Erbschaftsteuer in Betracht. Deshalb müsse diese zu einer ergiebigen Einnahmequelle ausgestaltet werden, indem man die Nachlässe an Adelsmännern und Ehegatten mit besteuere. Die Einführung der Nachlasssteuer mache eine Neuordnung der bestehenden Erbschaftsteuer notwendig. Gleichzeitig solle den modernen Rechtsanschauungen durch Vereinfachung des unbegrenzten Intestat-Erbrechts Rechnung getragen werden. Die Ausbildung der Nachlasssteuer ermögliche zugleich bei allen denen, die ein Vermögen von mehr als 20 000 M. hinterlassen, einen Zuschlag zu erheben, wenn sie ihrer Verpflichtung nicht genügt haben.

Der Ertrag der vorgeschlagenen Steuern und Steuererhöhungen läßt sich nach der offiziellen Begründung nur annähernd schätzen; nach den stattgehabten Berechnungen ist im Beharrungszustande, der erst nach Ablauf des Rechnungsjahres 1913 eintreten wird, zu rechnen auf Mehreinnahmen

Table with 2 columns: Item and Amount in Millions of Marks. Items include Brantwein, Tabak, Bier, Wein, Erbschaften, Elektrizität und Gas, and Anzeigen.

Der danach sich ergebende Gesamtertrag von rund 475 Millionen Mark im Beharrungszustande vermag jedoch immer noch nicht den auf durchschnittlich 500 Millionen Mark berechneten Mehrbedarf zu decken. Die verbündeten Regierungen haben sich daher entschlossen, in eine Erhöhung der ungedeckten Matrularbeiträge bis zu weiteren 40 % auf den Kopf der Bevölkerung über den bereits nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen gegebenenfalls zu zahlenden gleichen Höchstbetrag hinaus zu bewilligen, unter der noch zu besprechenden Voraussetzung, daß diese Mehrbeträge auf eine längere Reihe von Jahren gesetzlich festgelegt werden.

Das Zwischenhandelsmonopol mit Brauntwein.

Die Mitteilungen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ entsprechen den kürzlich von uns nach dem „Berl. Tagebl.“ veröffentlichten Bestimmungen, nur daß die süddeutschen Spiritusbrenner noch insofern günstiger gestellt werden, als ihnen neben der Ablosungssumme für die Liebesgabe (zehn Jahre lang alljährlich 20 Millionen Mark) noch eine Extragratisifikation in Gestalt eines besonderen Preiszuschlages von sieben Mark pro Hektoliter gezahlt werden soll.

In dem Gesetzentwurf wird vorgeschlagen, den Ankauf des Brauntweins und den Verkauf und im Zusammenhang damit die Brauntweinreinigung und die vollständige Denaturierung auf das Reich zu übertragen, die Herstellung des Brauntweins einerseits sowie die weitere Verarbeitung und den Vertrieb des von der Reichsverwaltung veräußerten Brauntweins andererseits aber der freien Gewerbetätigkeit zu überlassen.

Der Brenner soll einen Preis erhalten, der die durchschnittlichen Herstellungskosten deckt bei freier Schlempe. Der größere Betrieb arbeitet billiger, der kleine teurer; auch sonst ergeben sich beachtenswerte Verschiedenheiten. Daher sind Vorschläge und Abzüge nach Betriebsumfang, örtlicher Lage der Brennerei, Reinheit und Verwendbarkeit des Brauntweins vorgegeben. Der Brenner erhält damit nur das, was billigerweise keinen Produzenten versagt werden kann, wenn anders er nicht genötigt sein soll, seinen Betrieb einzustellen. Für darüber hinausgehende Vorteile, wie sie sich aus der geltenden Gesetzgebung ergeben haben, wird er entschädigt; zu diesem Zwecke erhält er für den künftig in den Grenzen der bisherigen Kontingente hergestellten Brauntwein auf 10 Jahre eine Vergünstigung in halber Höhe des Wertes der Kontingentscheine.

dispensiere. Eine unglaublich sinn- und poesielose Märchenszene, in der die Wiener Fee und die Fee „Humanitas“ vor drei Feenrichtern über die Härte der Zeit des reichen Florian Heindl debattieren, leitet die Vespergeschichte des verstorbenen Sünders ein. Ein Traum zeigt ihm, was herauskäme, wenn seine Kinder und Freunde sich gegen ihn verhalten würden, wie er sich gegen sie sein Leben lang verhalten hat. Die rache Kur macht auch die anderen glücklich; der eben erst hochmütig fortgejagte arme Feer erhält die Hand des Fräulein Heindl und den väterlichen Segen. Girardi spielte den Heindl vor und nach der Umwandlung gewiß mit feiner, eindringlicher Charakteristik, aber das Eigenste, Verönlichste seiner Kunst konnte sich in diesem engen, bürgerlichen Rahmen nicht entfalten. Nur in einem der Traumbilder, wo der Reiche, zum Bettler verarmt, demütig-süch in gebührender Haltung, um Arbeit bittet, bligte das Rührende und Ergreifende auf. Aus dem Ensemble wäre Herr Arnold Neß, der als sanftmütig-trübsinniger Hausknecht temperamentvolles Poffenhumor bewies, noch zu erwähnen. Das Publikum applaudierte enthusiastisch.

Humor und Satire.

Erkennt sich aus. Richter (zum Gauner): „Sagen Sie mir nur, wie Ihnen das gelingt, schon abends um zehn in der belebtesten Straße ein Haus vor sich zu öffnen?“ Gauner (überlegen lächelnd): „Ganz einfach, ich setze mir eine Studentenmütze auf und stelle mich betrunken, dann kann ich an den Schlüssel herumhantieren wie ich will, kein Teufel kümmert sich um mich!“

Dilemma. Junger Mann (der vor dem Heiraten steht): „Der Müller sagt: „Ich als echter Freund rate Dir ab vom Heiraten!“ Der Meier sagt: „Ich als echter Freund rate Dir, heirate!“ Nun möchte ich mir wissen, welcher von den beiden der falsche Kerl ist.“

Notizen.

- Das Deutsche Theater bereitet als nächste Novität eine neue Dichtung Bernard Shaw's „Der Arzt am Scheidewege“ vor.
- Die Orchestermitglieder der Mailänder Theater sind in einen Streik getreten. Sie verlangen eine Erhöhung ihrer Tagesgage von 3,50 Lire auf 4 Lire. Die letzten Opernvorstellungen sollen aus diesem Grunde bereits nur mit Klavierbegleitung stattgefunden haben.
- Der Bildhauer Harro Ragnussen hat sich in der Nacht zum Dienstag durch Einatmen von Leuchtgas das Leben genommen. Der Künstler, der sein Talent in der Schöpfung von Wästen und Statuetten „berühmter Leute“ ausgab - u. a. hat er auch für die Siegedalce gearbeitet - gehörte jener Richtung der

Der süddeutsche Brenner arbeitet mit weniger gutem Anstossboden und teilweise mit höheren Kosten; es erscheint daher gerechtfertigt, daß ihm der gegenwärtige Vorteil aus dem Reservatrecht nach dem Ablauf jener zehn Jahre in Gestalt eines Zuschlages von 7 M. zum Ankaufspreis erhalten wird. Ein die Herstellungskosten deckender Ankaufspreis kann aber nur für eine Brauntweinsmenge gezahlt werden, die dem Inlandsverbrauch angepaßt wird; er kann den einzelnen Brennereien mit hin nur nach Maßgabe ihrer bisherigen Brauntweinerzeugung gewährleistet werden.

Zu diesem Zwecke soll den Brennereien im Umfange des in den Betriebsjahren 1904/05, 1905/06 und 1906/07 durchschnittlich in den Inlandsverbrauch, das heißt in den Trinkverbrauch und gewerblichen Verbrauch, gelangten inländischen Brauntweins ein Brennrecht (Produktionsrecht) ohne zeitliche Begrenzung gewährt werden. Neu entstehende landwirtschaftliche Brennereien und kleinere Materialbrennereien, die lediglich Obst, Beeren, Wein oder Trester verarbeiten, sollen von 10 zu 10 Jahren besonders veranlagt werden, und ein Brennrecht unter der Voraussetzung erhalten, daß der in den abgelaufenen 10 Jahren durchschnittlich in den Inlandsverbrauch übergegangene Brauntwein einen Ueberschuß über den Gesamtbedarf der gewährten Brennrechte ergibt.

Die Reinigungsanstalten sollen zum Teil vertragmäßig weiter beschäftigt, zum Teil sollen sie angekauft und vom Reiche betrieben oder gegen Entschädigung abgefunden werden. Diese Regelung soll nach den ersten drei Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes durchgeführt werden. Für die Zwischenzeit wird den Anstalten die Verpflichtung auferlegt, die Reinigung, Lagerung und Verfernung des Brauntweins in dem Umfang ihrer Betriebsanstaltungen für die Verwaltung zu übernehmen.

Auch vorhandene Brauntweinschuldlager sind die Betriebsverwaltung übernehmen, soweit das im Interesse einer zweckmäßigen Gestaltung des Brauntweinschuldlager geboten erscheint. In gegebenen Grenzen sollen auch darüber hinaus die Besitzer von Brauntweinschuldlagern entschädigt werden. Eine solche Behandlung der Reinigungsanstalten und Brauntweinschuldlager erscheint sachlich gerechtfertigt. Denn von einem allgemeineren volkswirtschaftlichen Standpunkte wäre es unwirtschaftlich, wenn die Betriebsverwaltung neue Reinigungsanstalten und Lager einrichten und die vorhandenen nicht beseitigen wollte.

Die Angelegenheiten der Spirituszentrale und der auf das Reich übernommenen oder abgefundenen Reinigungsanstalten werden entschädigt, die sogenannten Vermittler in bisheriger Weise weiter beschäftigt werden.

Die Verwaltung wird durch ein dem Reichskanzler unterstelltes Betriebsamt geführt, dessen Vorstand aus dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern besteht. Wichtigere Entscheidungen, z. B. über Bestellung des Ankaufs- und Verkaufspreises, trifft der Vorstand in gemeinschaftlicher Beschlußfassung mit einem Beiräte, bestehend aus fünf vom Bundesrate, fünf vom Reichstage, fünf aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Brenner und fünf auf Vorschlag des Reichsbeamts vom Reichskanzler auf 5 Jahre zu berufenden Mitgliedern. Unter den auf Vorschlag des Reichsbeamts zu berufenden Mitgliedern müssen sich auch Vertreter der gewerblichen Brennereien, der Brauntwein verarbeitenden Gewerbe und des Handels befinden.

Der regelmäßige Verkaufspreis wird so bemessen, daß sämtliche Verwaltungs- und Geschäftskosten gedeckt werden und an die Reichskasse im Betriebsjahr eine Reineinnahme von 220 Millionen Mark, nach Ablauf der zehn Jahre, während deren den Brennereibesitzern eine Entschädigung gewährt wird, und nach Tilgung der erforderlichen Anleihe eine Reineinnahme von 240 Millionen Mark abgeführt wird. Die damit einsetzende Mehrbelastung hält sich in mäßigen Grenzen und wird den Trinkbrauntwein für die Folge im Durchschnitt mehrerer Jahre schwerlich um mehr als 50 M. für das Hektoliter Alkohol über den Verkaufspreis der Zentrale für Spiritusüberwertung im abgelaufenen Betriebsjahre hinaus verteuern. Dabei werden die Verbraucher noch den Vorteil einer sechsmonatigen Stundung des vollen Verkaufswertes der Ware haben. Die Verteuerung aber würde nur etwa fünfzehn bis zwanzig Pfennig für das Liter Trinkbrauntwein von 33/4 vom Hundert Alkoholgehalt ausmachen, mithin weit zurückbleiben hinter der allgemeinen Zunahme des Wohlstandes seit Einführung der Verbrauchsabgabe durch das Gesetz vom 24. Juni 1887. Führt die höhere Belastung des Trinkbrauntweins dazu, daß der Trinkverbrauch von jetzt 2,1 Millionen Hektoliter etwas zurückgeht, und damit ist vorstehend schon gerechnet, so wäre das nicht zu beklagen.

Kleines feuilleton.

Engagementsverträge und Schauspielersend. Von den traurigen Zuständen im Künstlerberuf dringen von Zeit zu Zeit Nachrichten in die Öffentlichkeit, die selbst in Kreisen stopfhafteren Erzeugen, wo man sonst gern über derartige Dinge hinwegzusehen liebt. Als eine hübsche Illustration für das „Zeitalter der sozialen Gesetzgebung“, in dem wir angeblich leben sollen, gibt sich ein Engagementsvertrag, den die Direktion des Stadt-Theaters zu Arem und Steyr mit ihren Mitgliedern abschließt. Nach dem „Theater-Courier“ enthält dieser Kautschukvertrag die folgenden Abschnitte:

„Während der ganzen Engagementszeit steht der Direktion allein das Recht zu, diesen Kontakt durch eine vierzehntägige Kündigung aufzulösen.“

Bei Dienstunfähigkeit infolge Krankheit bleibt es dem Ermessen der Direktion überlassen, die Gage zu zahlen oder dieselbe bis zum Tage der Genesung ganz oder teilweise einzuziehen.

Die Direktion ist berechtigt, im Laufe der Saison einen Urlaub von acht Tagen zu erteilen, bei welchem die Gage entfällt. Sechs Tage unentgeltlicher Vorproben werden gefordert.

Das Material für das Benefizstück hat das Mitglied aus eigenem zu beschaffen und der Direktion für eine Wiederholung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Bei Benefizien entfällt das Spielhonorar.

Alle Mitglieder sind zum Stahieren und Chorsingen verpflichtet. Landesräuber usw. sowie die Niederlegung der Direktionsführung geben dem Direktor das Recht, diesen Vertrag augenblicklich zu lösen oder auch für die Zeit der nachteiligen Skalamität zu suspendieren.

Einer Gage von 70 Kronen monatlich steht eine Konventionalstrafe von 100 Kronen gegenüber. Der Benefizanteil wird erst nach Schluß der Saison ausgezahlt.

Widerleglichkeit usw. berechnen die Direktion zur augenblicklichen Entlassung nebst Verfall der laufenden Gage und des Benefizes.

Die Stempelkosten trägt das Mitglied.

Nachgeschriebene Bestimmungen: Im Falle eines Schauspielers- oder Choristenstreikes entfallen für die Streikenden sämtliche Bezüge.“

Theater.

Thalia-Theater. Girardi-Gastspiel: „Das liebe Ja.“ Volksstück von C. Karlowid. - Schade, daß die Schilde, in denen sich der berühmte Volksschauspieler hier präsentiert, zum Teil so minderwertig sind! Das Karlowid'sche Werk, in welchem er am Montag auftrat, stellte jedenfalls die Geduld auf eine arge Probe und besah bei allen naiven Unzulänglichkeiten nicht einmal den Versuch, daß es dem Gaste eine ergiebige und dankbare Rolle bot. Der Wiener Autor scheint der Ansicht gewesen zu sein, daß die Wertlosigkeit der Moral, die er predigt, im Verein mit dem Titel „Volksstück“ ihn von allen sonstigen dramatischen Autorpflichten

alten Schule an, die nicht ohne „Pathos“ auskommen kann. Ragnussen ist 47 Jahre alt geworden.

Interessante Ziffern über die Vollständigkeit Goethe'scher und Schiller'scher Dichtungen gibt Dr. W. Vode in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Stundener mit Goethe“. Nach seinen Ermittlungen wurden allein in Reclam-Hefen bisher folgende Werke der beiden Dichter in mehr als hunderttausend Exemplaren abgesetzt:

Table with 3 columns: Title, Quantity, and Price. Includes titles like 'Hermann u. Dorothea', 'Faust I', 'Faust II', etc.

Das Portal der romanischen Kapelle des oberfränkischen Klosters Langheim, eines Baues aus dem 12. Jahrhundert, ist für die Berliner Museen angekauft worden.

Ueber Bosnien und die Herzegowina sprach am Montag abend Dr. Heiman in „Wissenschaftlichen Theater“ der Urania. An die jüngsten Tagesereignisse anknüpfend führte er seine Zuhörer in die landschaftlich schönsten Teile der ehemaligen österreichisch-ungarischen Okkupationsländer. Aus montenegrinisches und albanisches Gebiet wurde berichtet. Prächtige Lichtbilder, die besonders reich Vollstüpen und Strahlenzonen waren, illustrierten wirkungsvoll die fesselnden Ausführungen des Vortragenden.

Eine neue Erdbebenekunde. Jünglich gleichzeitig mit dem Erdbeben im sächsischen Vogtlande hat die Erde auch an einer anderen, noch nicht genau ermittelten Stelle eine ziemlich schwere Erschütterung erlitten. Der Erdbebenforscher Professor Milne hat nämlich am 20. Oktober, wie er jetzt bekannt gibt, in seiner Erdbebenkarte auf der Insel Wight um 3 Uhr morgens einen Erdstoß und drei Stunden später einen weiteren beobachtet, dessen Ursprung nach seinen Berechnungen 10-11 000 Kilometer von England gewesen sein muß.

Medizin und Luftschiffahrt. Schnell hat sich die Heilkunde die jüngsten Fortschritte der Luftschiffahrt zunutze gemacht, und ein französisches Blatt weiß bereits von einer neuen Heilmethode zu berichten, der „Aerostattherapie“, mit der sich die Pariser Akademie der Wissenschaften demnach zu beschäftigen haben wird. Anstatt in langen Reisen den Segen des Klimawechsels zu erproben, werden die Ärzte ihren Patienten künftig täglich fünf bis sechs Stunden Aufenthalt in der Luft verordnen und große Luftschiffe, von sachkundigen Medizinern begleitet, führen die Kranken in die verschiedenen Höhengrade, die ihrem Gesundheitszustand angemessen scheinen.

Reichsfrage anerkannten Bedenken vermeidet, die einer auf der Grundlage des Einkommens oder als Kopfsteuer aufgebauten Wehrsteuer entgegenstehen. In der vorgeschlagenen Form läßt die Wehrsteuer vor allem die Unbemittelten frei und entbehrt allen Schwierigkeiten der Veranlagung und Einziehung. Den Vorwurf, daß sie eine Krüppelsteuer sei, wird man ihr auch dann nicht machen können, wenn sie einen minder Kräftigen trifft. Denn er soll erst nach dem Verzuge dessen, was er am Schlusse seines Lebens hat ererbigen können, herangezogen werden. Daß die Summe dessen, was der Erblasser bei seinem Tode hinterläßt, in keinem unmittelbaren und notwendigen Zusammenhange mit den Vorteilen zu stehen braucht, die ihm die freie Verfügung über seine wirtschaftlichen Kräfte während der Jahre der Militärdienstzeit gebracht hat, kann der Berechtigung der Steuer gleichfalls keinen Eintrag tun. Denn diese Vorteile sind überhaupt nicht so mehrere Beste, daß sie je der Höhe der Steuer zum unmittelbaren Rohstoffe dienen könnten. Es kann für die Bestimmung der Wehrsteuer nur darauf ankommen, daß derjenige, der nicht gebietet hat, zum Ausgleich für die ihm zur Gründung oder Festigung seiner wirtschaftlichen Existenz zugute gekommenen Vorteile nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit ein wirtschaftliches Opfer bringt, und der vorliegende Entwurf unterscheidet sich hierbei von den sonstigen Wehrsteuerentwürfen nur dadurch, daß er die Steuerlast auf diejenigen beschränkt, die bis zu ihrem Tode ein Vermögen haben ererbigen können.

Von der Abgabe befreit sind nach dem Entwurfe Wehrpflichtige, welche bei Einführung des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1887 schon auf Grund der früheren landesgesetzlichen Bestimmungen Militärdienst geleistet hatten oder vom aktiven Dienste endgültig befreit waren. Die Abgabe haben ferner nicht zu entrichten Wehrpflichtige, welche zu dreijährigem altem Dienste verpflichtet, wenigstens zwei Jahre aktiven Dienst geleistet haben, sowie Wehrpflichtige, welche vor der endgültigen Entscheidung über ihre Dienstpflicht oder zwischen ihrer Aushebung und dem Ende ihrer aktiven Dienstzeit gestorben sind, ohne sich zur Zeit ihres Todes der Bestimmung oder Dienstpflicht entzogen zu haben, oder die infolge einer Dienstbeschädigung vor dem aktiven Dienste untauglich geworden oder als Kriegsteilnehmer im Sinne der Militärpensionsgesetzgebung anzusehen sind. Die Wehrsteuer ermäßigt sich um zwei Fünftel, wenn der Erblasser wenigstens 10 Wochen, und um fünf Fünftel, wenn er wenigstens ein Jahr aktiven Dienst geleistet hat oder in der zur Unterstützung des Kriegsanknüpfungsbedürfnisses berechtigten freiwilligen Krankenpflege während eines Krieges auf die bezeichnete Dauer verwendet worden ist. Das Vorliegen der für die Steuerbefreiung und -ermäßigung erforderlichen Voraussetzungen ist von den zur Anmeldung des Erbschafts verpflichteten Personen nachzuweisen, wozu die Bescheinigung der Militärbehörde ausreicht.

Der Ertrag aus der Nachlasssteuer ist auf 84 Millionen Mark, der Ertrag der Wehrsteuer auf 14 Millionen Mark im Beobachtungsjahre veranschlagt.

Abgabe an die Einzelstaaten.

Von dem Rohertrage der Nachlass- und Wehrsteuer soll das Reich drei Viertel erhalten. Ein Viertel soll den Bundesstaaten verbleiben, für die sich aus der neuen Steuer ein ganz erheblicher Geschäftszuwachs ergeben wird, und die sich auch bei der Einnahme aus der Erbschaftsteuer künftig mit einem Viertel statt bisher mit einem Drittel begnügen sollen. Ihnen ist außerdem überlassen, für eigene Rechnung zur Nachlasssteuer, nicht aber auch zur Wehrsteuer, Zuschläge zu erheben.

Beschränkung des Erbrechts.

In dem Entwurfe eines Gesetzes über das Erbrecht des Staats soll eine Vermehrung der Einnahmen des Reichs dadurch herbeigeführt werden, daß unter Aenderung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs außer dem Ehegatten nur die Verwandten erster und zweiter Ordnung (Abstammlinge, Eltern, Geschwister und deren Abstammlinge) und die Großeltern gesetzliche Erben bleiben, die weiteren Verwandten der dritten und die ferneren Ordnungen dagegen von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossen werden. Auch das gesetzliche Erbrecht der Großeltern wird nicht unbeschränkt aufrecht erhalten, um zu vermeiden, daß die Erbschaft über die Großeltern noch wenigen Jahren im Wege der gesetzlichen Erbfolge doch noch an die Abstammlinge der Großeltern gelangt, die das Gesetz von der gesetzlichen Erbfolge in jene Erbschaft ausschließen will. Daher wird den Großeltern lediglich bis zu ihrem Tode die rechtliche Stellung von Voreben eingeräumt. Als Nachkommen sind nacheinander die anderen Großeltern, dann der Ehegatte und nach diesem der Fiskus zu berufen.

An die Stelle der künftig von der gesetzlichen Erbfolge ausgeschlossenen Verwandten tritt als gesetzlicher Erbe der Fiskus und zwar der Regel nach der Fiskus des Bundesstaates oder Schutzgebietes, in welchem der Erblasser seinen Wohnsitz hatte, mit der Maßgabe, daß von der Reineinnahme aus dem einen Bundesstaate angefallenen Nachlass drei Viertel an das Reich abzuliefern sind.

VIII. Weitere Aenderung im Finanzwesen.

Zunächst wird der Spielraum der Ratrikularbeiträge erweitert, sowie bestimmt, daß der Höchstbetrag auf die Dauer von 5 zu 6 Jahren durch besonderes Gesetz festgesetzt werden soll. Für die nächsten 5 Jahre wird ein Höchstbetrag von 80 Pf. pro Kopf in Vorschlag gebracht. Das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten erfährt eine wesentliche Vereinfachung, indem als einzige Ueberweisungsteuer die Reineinnahme aus dem Großhandels- und Branntweinvertrieb, der gleich hohe Zahlungen von Ratrikularbeiträgen an das Reich gegenübersteht. Neben der Tilgung der Reichsanleihe werden neue verlässliche Grundsteuern aufgestellt, ferner enthält das Gesetz die den Wünschen des Publikums entgegenkommende Aufhebung der Fahrkartensteuer; hinsichtlich der Zuckerversteuer bestimmt das Gesetz, daß die Herabsetzung von 14 R. auf 10 R. erst am 1. April 1910 stattfinden soll.

Parlamentarisches.

Die Besoldungsvorlagen in der Kommission.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses trat am Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammen; sie wird täglich außer Montags und Sonnabends tagen. In Aussicht genommen ist, daß zunächst die Besoldungsfrage und dann die Deduktionsfrage in erster Lesung beraten wird. Es wird angenommen, daß nach Erledigung der ersten Beratung auch die Lehrerbeförderungskommission in erster Lesung fertig ist. Haben beide Kommissionen die erste Lesung beendet, so wird das Plenum wieder zusammentreten, damit die Fraktionen zu den Kommissionsberichten Stellung nehmen können. Während der Plenarberatung werden entweder an scheinungsfreien Tagen oder des Abends die beiden Kommissionen die zweite Lesung abhalten, so daß voraussichtlich bis Weihnachten die Vorlagen im Plenum erledigt sind.

Von einer Generaldebatte sah die Kommission ab; sie trat sofort in die Spezialdebatte ein und beschäftigte sich zunächst eingehend mit den Besoldungen der Gehaltsstufe I (Bahnwärter, Stocmeister, Gefängniswärtinnen und andere Unterbeamte), die nach dem Vorschlage der Regierung ein nach Dienstaltersstufen aufsteigendes Gehalt von 1000 bis 1200 R. beziehen sollen. Hierzu lag eine Reihe von Änderungsanträgen vor:

Ein Antrag bezweckte die Erhöhung der Gehälter auf 1100 bis 1400 R., ein zweiter Antrag sah nur eine Erhöhung der untersten Stufe auf 1100 R. vor, wolle dagegen die anderen Gehaltsstufen entsprechend der Regierungsvorlage bemessen. Ein dritter Antrag schließlich lief auf eine Erhöhung auf 1100 bis 1800 R. hinaus. Der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben widersprach allen Anträgen, die über die Vorlage der Regierung hinausgingen. Er warnte davor, einzelnen Beamtenkategorien mehr zu bewilligen, da hieraus unabsehbare Konsequenzen für andere Kategorien erwachsen; insbesondere fürchtet er eine Steigerung des Lohnes der Arbeiter, namentlich der ländlichen Arbeiter und eine weitere Belastung des Wirtschaftsliebenden, vor allem der Landwirtschaft. Er mahnte eindringlich zur Vorsicht bei der Erhöhung von Gehältern, da die Gehaltssteigerung der Beamten eine Steigerung der Arbeiterlöhne zur Folge haben würde. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Eisenbahnminister Drettenbach, der die Regierungsvorlage u. a. damit verteidigte, daß schon jetzt trotz der gering bemessenen Löhne der Bahnwärter, die in diese Kategorie gehören, ein großer Andrang nach diesen Stellen sich bemerkbar mache. Dabei bezog er die Bahnwärter in Bayern und Sachsen schon erheblich mehr als in Preußen!

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde ausgelegt und zunächst die Gehaltsfrage der Aufseherinnen bei den Gefängnissen der Landes- und Amtsgerichte erörtert. Auch diese Beamtinnen sollen entsprechend den oben angegebenen Zahlen besoldet werden, während sie in Bayern ein weit höheres Gehalt, nämlich 1200—1800 R. beziehen. Der Umstand, daß nach der Vorlage der Regierung die Besoldungen aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen um 88000 R. herabgesetzt werden sollen, führte zu einer Diskussion über die Fragen des Remunerationen- und Gratifikationsunterschieds überhaupt. Es wurde die Abschaffung aller Remunerationen und Gratifikationen angeregt. Der Vertreter der Justizverwaltung warnte dringend vor einer Beseitigung der Remuneration aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen. Er fürchtete, daß dadurch der Eifer der Beamten nachlasse und daß die Gehälter der Beamten dann noch weiter erhöht werden müßten. Namens des Finanzministeriums erklärte Unterstaatssekretär Dombold, daß er kein Freund von Remunerationen sei, weil ihre Verteilung große Schwierigkeiten bereite. Bei den höheren Beamten seien die Gratifikationen auch im wesentlichen schon beseitigt, aber für die mittleren und unteren Beamten könnten sie noch nicht ganz entbunden werden. Der Eisenbahnminister sprach sich dafür aus, daß die Remunerationen beibehalten werden. Er betonte, daß sie zum größten Teil an Beamte des Ausendienstes verteilt würden, die besondere Leistungen aufzuweisen hätten. Auch über diese Frage kam es noch zu keiner Abstimmung.

Die Debatte wandte sich nunmehr der Gehaltsstufe II zu. Für diese Klasse, unter die die Schaffner, Bremser, Brückenwärter, Stationsdiener, Bahnsteigkassierer usw. fallen, beantragte die Regierung Gehälter von 1000 bis 1200 R. Entgegen diesem Vorschlage verlangte ein Antrag (abgegeben von einer Vereinigung dieser Beamtenkategorien mit den Knäblern, Weichenstellern, Rottenführern zu einer einheitlichen Klasse) eine Erhöhung von 1100 bis 1800 R. Ein anderer Antrag forderte eine Erhöhung des Anfangsgehaltes für diese Klasse um 100 R., während er das Endgehalt so belassen lassen wollte, wie es die Regierung vorschlägt. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, daß die Art, wie die Beamten jetzt die Nebenbezüge bekommen, völlig ungerade sei, und es wurde angeregt, daß den Beamten im Ausendienst nicht mehr Kilometer-, sondern Tagelöhne gezahlt werden sollten. Eisenbahnminister Drettenbach stellte in Aussicht, daß das Kilometergehalt durch das System der Stundenlöhne ersetzt werden soll, dagegen wandte er sich scharf gegen den Vorschlag, die Stellenzulagen in das Gehalt einzubeziehen. Die Anträge auf Erhöhung der Sätze der Regierungsvorlage bekämpfte er. Unterstaatssekretär Dombold wandte sich aus finanziellen Gründen gleichfalls gegen eine Erhöhung. Immer und immer wieder machen die Vertreter der Regierung geltend, daß die Annahme der aus der Mitte der Kommission gestellten Anträge die Finanzverwaltung zu sehr belasten würde. Aus der Mitte der Kommission wurde darauf erwidert, daß, wenn die Regierung diese paar Millionen nicht übrig habe, sie lieber von einer Erhöhung der Gehälter der oberen Beamten absehen und das, was dadurch gespart würde, den unteren Beamten zuwenden sollte. Diese Anregung stieß bei anderen Mitgliedern der Kommission auf Widerstand.

Mittwoch Fortsetzung.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Bei der Gemeindevahl in Apolda am 2. November wurde von acht zu wählenden Mitgliedern auch unser Genosse Deutert als einziger Sozialdemokrat gewählt. Nachdem Genosse Wandert infolge Wegzugs nach Weimar freiwillig aus dem Gemeinderat ausgeschieden, zieht mit dem Genossen Deutert der erste Sozialdemokrat wieder in das Apoldaer Stadtparlament ein. Er gehörte (1889 gewählt) ihm schon von 1890—1898 an.

Ein Jubiläum der Hamburger Parteidemokratie und des Genossen Vebel. Die Hamburger Genossen feierten am Freitag im Gewerkschaftshaus die Wiederkehr des Tages, in dem vor 25 Jahren Vebel das erste Mal zum Abgeordneten des Wahlkreises Hamburg I gewählt wurde. Genosse Gronenwald sprach über die Bedeutung des Tages, einer der „Alten“. Genosse Diez gab in prächtigen Zügen ein Lebensbild von Vebel, das vor allem der ungewöhnlichen Kampfnatur unseres Helden gerecht wurde. Vebel hatte sein Erscheinen zu dem Festabend zugesagt, teilte aber telegraphisch mit, daß ihn kein Gesundheitszustand hindere, in der Mitte der Hamburger Genossen die Feier zu begeben. Im Verlauf des Abends, der noch durch Darbietungen von Gesangsvereinen und schauspielerische Vorträge verschönt wurde, fand die Festversammlung ein glückwünschendes Telegamm an Vebel, das der Hoffnung auf seine vollkommene Genesung Ausdruck verlieh.

Schnelle Entwicklung.

Der sozialdemokratische Verein Hof erhielt folgendes Schreiben:

Hof, den 29. Okt. 1908.

Der Sektion Hof des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins teilen wir hierdurch mit, daß wir uns fortan nicht mehr als Mitglieder den sozialdemokratischen Partei betrachten.

Hochachtung

Otto Burgemeister, Schriftsteller und Privatgelehrter.

Marie Burgemeister geb. Schäfer.

Herr Otto Burgemeister war seit nicht ganz einem Jahre Redakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“ zu Hof. Vor kurzem teilte das Hof'er Parteiorgan mit, daß Burgemeister wegen Krankheit die Redaktion niederlege. Nun folgt dieser Mitteilung die Erklärung Burgemeisters, daß er aus der Partei austritt.

Herr Burgemeister darf sich einer außerordentlich schnellen Entwicklung seiner politischen Ueberzeugung rühmen. Vor rund 11/2 Jahren trat er mit großem Eifer aus der Redaktion eines bürgerlichen Blattes in Wilhelmshafen aus und erklärte sich für einen Sozialdemokraten. Jetzt, nachdem er die Redaktion eines sozialdemokratischen Blattes verlassen hat, wird Herr Burgemeister wieder bürgerlich!

Man kann sich vorstellen, wie viele Tränen dem Herrn und seiner Gattin in der Partei nachgeweint werden.

Der Vorfall ist aber zugleich eine Lektion für die Genossen von Hof. Herr Burgemeister war kaum einige Wochen Sozialdemokrat, da wählten ihn die Hof'er Genossen zum Redakteur ihres Organs! Wie haben damals sofort erklärt, daß man ihn doch zunächst eine gewisse Frist hätte geben müssen, seine neugewonnene Ueberzeugung zu prüfen und zu festigen, ehe man ihn in einen wichtigen Vertrauensposten der Partei berief. Das Beispiel zeigt, wie nur zu sehr beirrt unsere Bedenken waren.

Soziales.

Arbeiterflucht.

Obwohl man durch allerlei Ausnahmegesetze gegen die Anwerbung ausländischer Arbeiter in „Deutero“ auf dem Lande zu begegnen sucht, steigt die Zahl der „Blühenden“ von Jahr zu Jahr, die aus ländlichen Gegenden den Industriebezirken zufließen. Dies zeigt auch der Jahresbericht der Invaliden-Versicherungsanstalt „Pommern“ für das Jahr 1907.

Bekanntlich haben sich die Versicherungsanstalten gegenseitig Ertrag zu leisten und stellen sich deshalb die eingegangenen Quittungskarten in diesen Fällen zu. Erhält eine Versicherungsanstalt mehr Karten zurück, als sie fremde Karten abgeben kann, so beweist dies, daß aus ihrem Bezirk eine größere Auswanderung von Arbeitkräften stattfindet. Die Versicherungsanstalt „Pommern“ berichtet:

Es sind Karten über- Es sind Karten ein-
sandt an die gegangenen von der

	2770	2808	3590	10985	861	696	293	199	319	711	
Östpreußen											700
Westpreußen											3460
Berlin											23607
Brandenburg											29215
Schleswig-Holstein											2484
Hannover											2846
Westfalen											1515
Sachsen-Koblen											789
Rheinprovinz											2008
Hansastädte											3407

Man beachte diese Zahlen. Aus den noch ärmeren Provinzen Ostpreußen und Westpreußen ist die Zuwanderung fremder Arbeitkräfte nach Pommern noch 3—4 mal stärker als die Abwanderung.

Der Strom der abwandernden Pommern ergießt sich auf die Bezirke Berlin, Brandenburg, Pommern, Hansestädte usw. In Pommern und in der Rheinprovinz haben fast 8 mal mehr Pommern aufgenommen, als eigene Landleute in diese Gegend abgegeben.

Bei den übrigen Versicherungsanstalten ergaben sich keine großen Unterschiede in der Zahl der überwiesenen und eingegangenen Quittungskarten. Die Gesamtzahlen sind für das Jahr 1907:

Es wurden von der Versicherungsanstalt „Pommern“ an fremde Versicherungsanstalten überandt 40 837 (37 022 im Jahre 1906), dagegen sind eingegangen von fremden Versicherungsanstalten: 82 424 (76 995) Quittungskarten! Eine weitere Zusammenstellung des Verichts über die Jahre 1891—1907 ergibt, daß in diesem Zeitraum 488 708 Quittungskarten abgegeben wurden, dagegen 755 158 eigene Karten eingegangen sind. Es sind also 300 000 Pommern mehr ausgewandert, als die Einwanderung betrug!

Der Vorstand der Versicherungsanstalt hat aber für diese Zahlen kein Wort der Kritik. Vorläufige Berechnungen. Daß auch die niedrigen Arbeitslöhne zur Landflucht helfen, wird wohl nicht bestritten werden. Wie es in Pommern damit aussieht, kann man aus dem Vericht auch lesen. „Bei Annahme von 835 000 Versicherten entfallen auf den Kopf 10,20 (10,12) R. und 50,78 (50,61) Wochenbeiträge. Die Wochenbeiträge haben einen Durchschnittswert von 20,08 (19,99) Pf.“

Ein Wochenbeitrag von 20 Pfennigen setzt ein Jahres-einkommen von 260 R. voraus. Da aber das Invalidengesetz auch eine III. Lohnklasse mit 24 Pf., eine IV. mit 30 Pf. und eine V. Klasse mit 36 Pf. Wochenbeitrag hat, so ergibt sich, daß in Pommern ganz elende Lohnverhältnisse vorhanden sind. Laut Vericht sind für Beitragswochen eingegangen:

Wochenbeiträge	Lohnklasse I	Lohnklasse II	Lohnklasse III	Lohnklasse IV	Lohnklasse V	Jahreseinkommen
4743 661	1	2	3	4	5	bis 260 R.)
7037 760	1	2	3	4	5	(über 380 „ 550 „)
3259 158	1	2	3	4	5	(550 „ 850 „)
1320 988	1	2	3	4	5	(850 „ 1150 „)
967 561	1	2	3	4	5	(1150 „)

Das sind die Hungerlöhne des platten Landes! Für ausländische Arbeiter wurden nur Beitragsklassen bis Lohnklasse III verwendet, also noch schlechter bezahlt, als inländische Arbeiter. Wie hoch die Zahl der bei der starken Abwanderung inländischer Arbeiter, jedenfalls stark begehrten Ausländer ist, wird im Vericht nicht angegeben. Da die Versicherungsanstalten bei ihrer erbärmlichen Organisation ihre Mitgliederzahlen nur „annehmen“ oder „schätzen“ können, so wird wohl auch niemals eine genaue Zahl angegeben werden können. Nach dem Vericht wurden für ausländische Arbeiter verwendet: 318 080 Wochenbeiträge Lohnklasse I, 423 782 Wochenbeiträge Lohnklasse II, 987 Wochenbeiträge Lohnklasse III, Summa 839 512 Wochenbeiträge. Bei einer Annahme von fünfzig Wochenbeiträgen pro Jahr wären circa 17 000 Ausländer im Bezirk Pommern beschäftigt. Die Zahl ist jedoch weit höher, weil für ausländische Arbeiter keine 50 Beitragswochen, sondern höchstens 20—30 Wochen verwendet werden. Die Zahl der Ausländer dürfte deshalb mit 30 000 nicht zu hoch gerufen sein!

Im Vericht heißt es auch u. a.: „Bisher ist in Pommern von der den Versicherungsanstalten zuzuschreibenden Besoldung, Kontrollvorfchriften zu erlassen, kein Gebrauch gemacht worden. Der Vorstand hatte von einer bezüglichen Anregung abgesehen, weil er eine Benurteilung der beteiligten Kreise möglichst lange vermeiden wollte. Die kontrollierenden Beamten sind aber bei ihren Revisionen auf solche Schwierigkeiten gestoßen, daß das Bedürfnis nach dem Erlaß von Kontrollvorfchriften sich nicht mehr abwenden läßt.“ Die niedrigste Invalidenrente beträgt in Pommern 111 R., die höchste 284 R., durchschnittlich nur 138 R. pro Jahr. Ueber 70 Jahre alte Greise erhalten Renten von 106 R. bis 230 R., durchschnittlich: 133 R. pro Jahr! Das „gesunde“ Land zeigt eine Zunahme der Invalidenrentenanträge (6127 auf 6250) und eine Abnahme der Altersrentenanträge (von 519 auf 489) im Jahre 1907.

Aus der Frauenbewegung.

Die Forderungen der Frauen.

Den wirtschaftlichen Berdegang können wir nicht aufhalten. Hand in Hand mit den Erzeugnissen der Technik auf allen Gebieten läßt sich Glied an Glied an die Kette der Lebensumwandlungen.

Der große Haushalt vergangener Zeiten gab der Frau Arbeit in Halle und Kasse. Sie war ihr eigener Väter, Schlichter, Weber und Säneider. Ihre Aufgabe war es, die Kinder zu hüten, zu pflegen und sie war — oft auch die alleinige Lehrerin. Aber der Repräsentant der Familie, der Besitzer der Sachgüter, der Inhaber aller Bestimmungsrechte war der Mann, die Frau, wirtschaftlich und sozial von ihm abhängig, galt nur als seine Dienerin.

Als jene Dinge und Einrichtungen haben die einseitige Hausfrau sowohl als auch die Kräfte aller zum Haushalt gehörigen weiblichen Personen in Anspruch genommen. Auch die unverheirateten „Tanten“ wurden gern aufgenommen, da es Arbeit, z. B. Handarbeit, wie Strümpfe stricken, Gardinen häkeln und dergleichen noch viel mehr zu tun gab.

Durch die fortschreitende Technik in der Industrie gingen all die im Haushalt bereiteten Dinge nach und nach in Industriebetriebe über, die sich dann wieder mehr und mehr in Spezialbetriebe teilten. So wurde den weiblichen Kräften ihr Tätigkeitsfeld auf ein minimales beschränkt.

Früher ergog man die Frau nur für „die Ehe und für's Haus“. Dies war aus dem Grunde ganz selbstverständlich, da es ja keine „außerhäuslichen“ Verufe für die Frauen gab, andererseits die Männer der vergangenen Zeiten die weibliche Kraft zu ihrer leiblichen Versorgung sehr nötig brauchten. Denn wir fanden noch nicht im Reichen des Warenhauses und des industriellen Großbetriebes, —

und es fanden den Männern nicht die heutigen Einrichtungen, wie Restaurationen, Volkshäuser, Einkaufshäuser, Ausbesserstuben, Waschanstalten und dergleichen mehr zur Verfügung. All das konnten sie nur von der Hausfrau oder in der Haushaltung haben.

Jene dem Geiste der Zeit nach notwendigen Einrichtungen sind jedoch nicht Ursache der heutigen Ebelosigkeit, sondern wenigstens zum Teil Wirkung derselben, und zwar Wirkung als Befolgung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Technik und Industrie haben diese Verhältnisse vollständig verschoben. Auf der einen Seite Häufung des Reichtums, auf der anderen die große Masse, die von der Hand in den Mund lebt, und dazu die gewerbliche Anwesenheit freigelegener Frauenkräfte. Rapide wie die Fortentwicklung im Bereiche der technischen Umwälzungen und ungeahnter Erweiterungen der gewerblichen Gütererzeugung, nahm auch die Zahl der Frauenkräfte im Erwerbs- und Lebenskampfe zu.

Der Gesichtskreis der Frauen, der durch jahrelanges Wirken im engen Kreise und in sozialer Unfreiheit, wobei ihr Denken fast ausschließlich auf die leibliche Versorgung gerichtet war, von Generation zu Generation kleinlich, engherzig und ohne Verständnis und Interesse für die großen Angelegenheiten blieb, — mußte natürlicherweise nach und nach erweitert; ihre Aufmerksamkeit wurde auf das gelenkt, was täglich und täglich neu von allen Seiten auf sie eindrängte. Das und ihr Mitsprechen im Großbetriebe lenkte ihr Denken, Fühlen und Wollen in andere Bahnen.

Langsam dauerte es, ehe die Frau aus ihrem unterdrückten, unbewussten Sein zum Selbstbewußtsein, zur Erkenntnis ihrer Kraft und Leistung erwachte. In langen Kämpfen hat sich ihr Persönlichkeitsbewußtsein erzungen und zu der Ueberzeugung gelangt, daß sie Anspruch darauf hat, als vollberechtigter Mensch beachtet zu werden. Deshalb kann und wird sie niemals zurückgehen auf die überlebte Generation des „hausbackenen Hausmütterchens“; sie muß für sich den Zwang, unter überlebten Lebensformen weiter in wirtschaftlicher und sozialer Unfreiheit nur ein Anhängsel des Mannes zu bleiben, ablehnen; sie will nicht Dienerin sein, sondern vollwertiger Mensch auch als Geschlechtswesen.

Die Beziehungen zwischen Mann und Weib, abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen, müssen mit deren Veränderung und gemäß der Wandlung der Frauenpersönlichkeit sich ebenfalls zu anderen Formen umwandeln. Die Frau will nicht mehr den Vast fürs Leben schließen mit irgend einem „Er“. Die wirtschaftliche Abhängigkeit nicht nur von einem ungeliebten Mann, sondern überhaupt von dem Manne wirkt auf jede selbständig denkende Frau deprimierend. Die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau, die im Proletariat durch der Verhältnisse Zwang ja tatsächlich insofern vorhanden ist, als die Frau neben dem Manne erwerbstätig schafft, wirkt ganz naturgemäß veredelnd auf die Beziehungen der Geschlechter zu einander. Aber die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau leidet unter der miserablen Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft. Die Gleichwertung dieser mit der männlichen ist jedoch auch aus dem Grunde erforderlich, weil Millionen Frauen den Weg zur Ehe nicht finden, teilweise nicht finden wollen. Die Voraussetzung der wirtschaftlichen Befreiung der Frau ist aber ihre politische Gleichberechtigung. Diese zu gewähren ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Kultur.

Leseabende.

Banow. Der Leseabend findet am Mittwoch, den 4. November, bei Abendroth, Mühlenstraße 31, statt.

Gerichts-Zeitung.

Der Reinsfall des Arbeitgeberbundes,

Aber den wir in unserer Nummer vom 8. September ausführlicher berichteten, ist gestern endgültig vor dem Kammergericht festgelegt worden. Es handelte sich um einen Verleumdungsprozeß gegen unseren verantwortlichen Redakteur Hans Weber, den der Gleisearbeiter Däding auf Veranlassung des Arbeitgeberbundes angestrengt hatte. Die Vorgeschichte war die: Däding führte seinerzeit gegen den Gewerkschaftsfunktionär Weltsch einen Zivilprozeß auf Schadenersatz, indem er behauptete, er sei durch den damaligen Vorgesetzten außer Arbeit gebracht worden, weil er als Glaschleifer Arbeitswilligendienste geleistet habe. Das Kammergericht erkannte zugunsten Dädings. Der „Vorwärts“ brachte in der Nummer vom 1. Mai 1907 darüber einen Bericht, an den sich eine Kritik des Kammergerichtsurteils anschloß. Zur Illustration wurde in der Kritik des eigenartigen Urteils ein Beispiel angeführt, worin das Wort „Lump“ vorkam. Däding bezog nun das Wort in Anwendung einer ganz unverständlichen Logik auf sich und verklagte Genossen Weber wegen Verleumdung. Das Schöffengericht

stellte jedoch das Verfahren ein, weil der Privatkläger nicht rechtzeitig Strafantrag gestellt habe. Das Landgericht verwarf Dädings Berufung und führte unter anderem aus: Es komme darauf an, ob die dreimonatliche Frist zur Stellung des Strafantrags am 11. September 1907, wo der Strafantrag erst gestellt wurde, abgelaufen war. Die Frist beginne an dem Tage zu laufen, wo Däding von der angeblichen Verleumdung Kenntnis erhielt. Hier hätte D. die Kenntnis erst nach dem 11. Juni 1907 erlangt haben müssen, wenn der Strafantrag vom 11. September noch rechtzeitig gestellt sein sollte. Er behauptete das auch. Dargetan sei aber folgendes: Däding sei zu einem Zeugen gegangen, um die Nummer des „Vorwärts“ vom 1. Mai zu erlangen, von der er schon durch andere wußte, daß sie sich mit seinem Zivilprozeß kritisch beschäftigte. Er habe dort auch die Nummer bekommen und den Artikel gelesen. Ueber den entscheidenden Tag könne aber der Zeuge nur sagen, es sei 8 bis 14 Tage vor dem 24. Juni 1907 gewesen. Dem Zeugen biete der 24. Juni einen Anhalt, weil an diesem Tage der Geburtstag seiner Frau sei. Jene Bekundung (8 bis 14 Tage) sei aber zu unbestimmt; sie lasse auch die Annahme zu, daß es etwa drei Wochen vorher gewesen sei. Im Zweifelsfalle müsse aber die dem Angeklagten günstigere Annahme gelten. Mitin sei als festgestellt anzunehmen, daß die Frist verstrichen sei und die Einstellung des Strafverfahrens zu Recht erfolgt.

Nun legte Däding — wohl durch den Arbeitgeberbund dazu getrieben — noch Revision ein. In der gestrigen Verhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts war er nicht vertreten. Den Genossen Hans Weber vertrat Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der die Verwerfung der Revision aus den Gründen des Landgerichts beantragte. Im übrigen machte er noch geltend, daß seiner Rechtsauffassung nach die Verjährungsfrist schon zu laufen begonnen habe, als der Privatkläger Däding bald nach dem Erscheinen des „Vorwärts“-Artikels, also bald nach dem 1. Mai, von der Existenz eines solchen Artikels durch Hänfelleien der Kollegen erfuhr. Das Kammergericht verwarf denn auch die Revision des Herrn Däding mit der kurzen Begründung, sie scheitern an der tatsächlichen Feststellung, daß der Strafantrag zu spät gestellt sei. Daran sei das Revisionsgericht gebunden.

Der Zusammenbruch des Bauhauses J. Vork u. Co.,

der seinerzeit in der Finanzwelt großes Aufsehen erregt hatte, beschäftigte heute in einem umfangreichen Strafprozeß die zweite Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank mußten der Bankier Erwin Vork und der Bankier Rudolf Niggeloff Platz nehmen. — Die Anklage lautete auf Konkursvergehen im Sinne des § 240, Absatz 1 und 4 der Reichs-Konkursordnung und ferner auf Betrug in fünf Fällen.

Nach einer langen Beweisaufnahme, in der etwa 20 Zeugen und Sachverständige verhört wurden, erkannte das Gericht, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, daß die Angeklagten von der Anklage wegen Betrugs und unterlassener Bilanzziehung freizusprechen, dagegen durch übermäßigen Aufwand und übermäßigen Differenzhandel gegen die Konkursordnung verstoßen haben. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis.

Von der Durchführung des Impfwangs.

Der Sattlermeister Kornbostel und zwei andere Handwerker aus Herrmannsburg, die grundsätzliche Impfgegner sind, hatten ihre impfpflichtigen Kinder nicht zum vorgeschriebenen Termin impfen lassen und sind deswegen bestraft worden. Der Landrat zu Celle gab ihnen dann durch polizeiliche Verfügung auf, bei Vermeidung der Zwangsvorführung die Kinder unverzüglich impfen zu lassen und den Nachweis der Impfung zu erbringen. — Ihre Beschwerden wurden vom Regierungspräsidenten in Lüneburg und dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover als unbegründet abgewiesen. Die Herren klagten nunmehr beim Ober-Verwaltungsgericht. Sie machten geltend, das Reichs-Impfgesetz habe nach seiner Entstehungsgeschichte neben der Bestrafung der unterlassenen Impfung nicht noch die zwangsweise Durchführung der Impfung im Verwaltungswege zulassen wollen. Im übrigen seien sie der Ueberzeugung, daß mit dem Impfen eine Gesundheitsgefahr verbunden sei. Ihr Gewissen habe es nicht zugelassen, dieser Gefahr die Kinder auszusetzen.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies aber die Klage ab und erklärte die Verfügung des Landrats für zulässig und begründet. Es wurde ausgeführt: Das Reichs-Impfgesetz habe den Impfwang eingeführt. Das sei entscheidend. Die Kinder seien dem Zwange nur dann entzogen, wenn es sich um eine Gefahr für Leben und

Gesundheit handele. Die Kläger hätten nun nicht etwa behauptet, daß ihre Kinder krank seien oder dergleichen, sondern sie hätten sich nur wegen ihrer allgemeinen Auffassung von der Impfpflicht in ihrem Gewissen bedrängt gefühlt. Die Verfügung habe mit Rücksicht auf den gesetzlich eingeführten Impfwang erlassen werden können.

Ein prügelnder Schutzmann.

Der Polizist Cornelius Smuds aus Erkrath bei Düsseldorf beagnete am 22. Juni d. J. auf der nahen Landstraße dem 60 Jahre alten, verwachsenden, schwächlichen Invaliden Blum aus Erkrath und frag ihn, wohin er wolle und ob er Schnaps habe. Als B. hierauf die Antwort verweigerte, fiel der starkgebaute Polizist über den Invaliden her, ohrfeigte ihn und schlug ihn mit der Säbelscheide über den Kopf. Zur Entschuldigung führte der Ordnungshüter vor der Düsseldorfer Strafkammer an, B. stehe auf der Säufeliste. Im übrigen konnte sich der Schutzmann der Einseitigkeit des Vorfalls „nicht mehr erinnern“, auch sei er oft „sehr aufgeregt“ und leide an nervösen Störungen. Das Gericht beurteilte am Freitag den Ordnungshüter zu der gelinden Strafe von sechs Wochen Gefängnis, wiewohl der „Sicherheitsbeamte“ bereits wegen ähnlicher Vergehen vorbestraft ist. Beantragt war gar nur ein Monat. Man vergleiche mit dieser gelinden Strafe die kürzlich in Berlin über einen Jubiläum verhängte Strafe von 1½ Jahren, weil dieser in fleißiger Weise auf der Straßenbahn sich mit einem Leutnant in Zivil auseinandersetzt und ihm eine Ohrfeige verabreicht hatte.

Versammlungen.

Die Generalversammlung der Stuckateure fand am Donnerstag statt. Die Abrechnung lag gedruckt vor. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen im 3. Quartal 5411,80 M., die Ausgaben 5411,80 M. Die Einnahmen der Filialkassen betragen 22708,78 M., die Ausgaben 22708,78 M. Der jetzige Barbestand beträgt 21193,88 M. — Aus der Ergänzungswahl eines Hilfskassierers für Rixdorf ging Hans Schnell hervor. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Zusammensetzung und Rechtsprechung der Gewerbegerichte“ referierte Stadtverordneter Adolf Ritter, der in fesselnder und instruktiver Weise die Materie behandelte und aus seinen vielen Erfahrungen Beispiele anführte, wie verwickelt und kompliziert sich gerade auf diesem Gebiete die Rechtsprechung gestaltet und wie schwer es oft für einfache ungeschulte Arbeiter sei, sich darin zurecht zu finden. Besonders erwähnte Redner, nur äußerst tüchtige und zuverlässige Genossen zu dem Posten als Vorsitz zu wählen, die auch geschickt und sachgemäß einzugreifen verstanden und die nicht nur wörtlich genommene „Beisitzer“ seien. Leider würden an manchen Gewerbegerichten Gewerkschaftsbeamte nicht als Vertreter zugelassen, selbst wenn der Kläger in Hamburg oder sonst einer anderen Stadt wohne. — An den Vortrag schloß sich eine äußerst rege Diskussion und Fragestellung, die bewies, daß die Versammelten mit Interesse den Ausführungen des Referenten gefolgt waren. — Zum 3. Punkt: „Unser Tarifvertrag, Position 13 der allgemeinen Bestimmungen“, forderte Krebs die Anwesenden auf, vom 3. November ab nur in zugreifen Räumen zu arbeiten, die ihnen polizeigefällig und vertagsmäßig zuständen. Auch gegen offene Hofseuer sollten sie energisch auftreten, da auch diese nicht gestattet sind. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten, bei der Gewerbegerichtswahl voll und ganz ihre Pflicht zu tun, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Genossen und Genossen zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Otto Gülde
Mitglied des 219. Bezirks, Teil II, am Sonnabend, den 31. Oktober, nach langem Leiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Beig aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Ausnahme-Angebot.
Wir geben den Roman
Der Idiot
von Dostojewski
(Verf. v. „Schuld und Sühne“)
zwei Bände (ca. 1000 Seiten)
zu billigen Preisen ab.
Statt früher 6 M. jetzt nur
2 Mark.
Nur noch eine kleine Anzahl
am Lager.
Expedition des „Vorwärts“
Lindenstr. 69 (Laden).

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Seltene Kaufgelegenheit!

50000 Meter Seidenstoffe

enorm billig, zum Teil unter Herstellungspreis

Louisine-Schotten
„Reine Seide“
gute Qualität
..... Meter **95** Pf.

Louisine
gute Kleiderware
schwarz oder
farbig Meter **95** Pf.

Kleiderseide
einfarbig, gestreift
oder kariert, schwere
Qualität Meter **1.25**

Taffet od. Merveilleux
schwarz,
haltbare Qualitäten
..... Meter **1.35**

Dr. Conradys Vorträge.

Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft begann am Montagabend in den Germania-Sälen der Vortragszyklus des Genossen Dr. Conradys über die Geschichte der französischen Revolution.

Vorgeschichte der französischen Revolution.

wie das Thema des ersten Abends hieß, zu entwickeln. Das Folgende ist eine kleine Skizze der Ausführungen des Vortragenden, der sehr interessant und lehrreich sein Thema auszuspielen verstand.

Das Genter System und die Gewerkschaftskommission.

Zwecks Ausarbeitung von Vorschlägen zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System hatten die Stadtverordneten Dupont und Glöckel mit Zustimmung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission bei den hiesigen Gewerkschaften eine Umfrage über die Arbeitslosenunterstützung veranstaltet.

gewährt. Kein Arbeitsloser ist verpflichtet, wo in einem Gewerbe Tarifverträge bestehen, Arbeit unter Tarif anzunehmen.

Die Umfrage bei den Gewerkschaften in Berlin hat nun, wie der Redner weiter ausführte, ergeben, daß 36 der freien Gewerkschaften Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, 31 aber nicht.

An die Ausführungen des Redners knüpfte sich eine rege Aussprache. Gewerkschaftssekretär Körsen bemerkte, daß es unseren Genossen in der Deputation leicht sei, nachzuweisen, warum große Gruppen, wie die Bauarbeiter, die mit einer alljährlich wiederkehrenden arbeitslosen Zeit zu rechnen haben, die Arbeitslosenunterstützung nicht einführen.

Cohen, Metallarbeiter, hat nichts dagegen, wenn die städtischen Vertreter Einblick in die Kassenbücher der Gewerkschaften nehmen, soweit es sich dabei nur um die Arbeitslosenunterstützung handelt.

Riesbach, Bildhauer, meint, daß die ganze Sache auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen werde, und man erst abwarten müsse, welche Vorlage schließlich dabei herauskomme.

Werner, Transportarbeiter, will dem Gedanken gerne zustimmen, daß aus Gemeindef- oder Staatsmitteln den Arbeitslosen ein Zuschuß gewährt wird.

Stadtvorordner Glöckel bemerkt, daß es ja nicht sein und Duponts Wunsch sei, daß die Gewerkschaftsvertreter etwa jetzt schon endgültig zu der Sache Stellung nehmen sollten.

Raadenbichler, ein Mitglied der Kommission, äußert sich über die Frage und den verschiedenen Bedenken geäußert hatte, erhielt der Referent das Schlusswort.

Als zweiter Punkt kam die Arbeitslosenzählung, die am 17. November in Berlin und den Vororten stattfinden soll.

die Zählung leider nicht nach dem Hauslisten-system, sondern nach dem Meldesystem vorgenommen wird, obwohl selbst Professor Silbergleit, der Leiter des Statistischen Amtes von Berlin, jenes System unumwunden für das bessere erklärt hat.

In der Diskussion über diesen Punkt wurde bemerkt, daß das Resultat der Arbeitslosenzählung in Rixdorf keineswegs so ausgefallen ist, wie es den Verhältnissen entspricht.

Cohen bemerkte, daß in Rixdorf mindestens 500 arbeitslose Metallarbeiter wohnen, während bei der Zählung kaum 100 festgestellt wurden.

Content, Weisensee erklärte, daß dort noch mit dem Wohlfahrtsamt Rücksprache genommen werde, um zu entscheiden, ob die Arbeitslosenzählung auch auf diese Gemeinde ausgedehnt wird.

Am Schluß der Sitzung wurde die Präsenzliste verlesen. Es ergab sich, daß die Vertreter folgender Berufe fehlten: Asphaltreue, Bootsbauer, Brauereiarbeiter I und II, Buchdrucker, Schriftsetzer, Bureauangestellte, Drochsenführer, Fabrik- und Hilfsarbeiter, Gärtner, Hafenarbeiter, Guttmacher, Weißgerber, Chemiker, Steinseher und Kammer, Sattler, Schuhmacher, Tapezierer, technisches Bühnenpersonal, Diensthöten, Wäscharbeiter, Kflographen und Zuschneider; ferner die Vertreter der Unterkommissionen von Pantow, Reinickendorf und Rummelsburg.

Aus Industrie und Handel.

Berminderter Viehantrieb und Fleischimport.

Der Viehantrieb im Oktober hat gegenüber dem Vorjahre einen auffallenden Rückgang erfahren. Es betrug nämlich der Antrieb an Schlachtvieh an achtzehn der wichtigsten deutschen Viehmärkte im Oktober dieses Jahres, in Gewicht umgerechnet, 33 759 Tonnen gegen 42 804 Tonnen im Vorjahre.

Die Einfuhr von Fleisch hat zudem im laufenden Jahre einen erheblichen Rückgang erfahren: an Fleisch von Schlachtvieh wurden in den ersten neun Monaten nur 114 897 Doppelzentner eingeführt gegen 161 856 Doppelzentner in der Parallelzeit 1907.

Berliner elektrische Straßenbahnen.

Bei den Berliner elektrischen Straßenbahnen, den beiden Straßenbahnen Vehrenstraße-Treptow und Mittelstraße-Pantow, deren Betrieb von Siemens u. Halske geführt wird, betragen nach dem Geschäftsbericht die reinen Betriebsausgaben (was sind reine Betriebsausgaben und wieviel betragen die „reinen“ Betriebsausgaben) 992 133,66 M., während die Gesamteinnahme 1 446 509,10 Mark ausmachte.

Zum Schluß fehlt natürlich auch diesmal die bei Siemens und Halske herrschende Redensart nicht, daß die Erhöhung der „reinen“ Betriebsausgaben hauptsächlich auf die „Steigerung der Bezüge der Angestellten“ zurückzuführen ist.

Arbeitslosigkeit im Hamburger Hafen.

Nach den Angaben des Hamburger Hafen-Petriebsvereins lagen im September 16 781 Arbeitslosigkeiten vor; 10 562 Stellen wurden besetzt, so daß auf je 100 Stellen rund 150 Verweise entfielen.

suchenden im Hamburger Hafen stellt sich also nach dieser Statistik auf 180 Proz.

Ob mit diesen Ziffern der Grad der Arbeitslosigkeit wirklich erfasst ist, erscheint doch noch sehr fraglich.

Elektrizitätsindustrie.

Die Elektrizitätsindustrie ist, wenn man darunter in erster Linie die großen Konzerne versteht, in diesem Jahre ebenso sehr gut beschäftigt. Mit ihrem großen Betätigungsfeld auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens, Beleuchtung, Verkehrsvermittlung usw. hat diese Industrie schon eine relative Stabilität, ein bestimmtes Quantum regelmäßiger Beschäftigung. Die Beleuchtung, Verkehrsvermittlung usw. wird in den weitaus meisten Fällen durch kommunale und staatliche oder gesellschaftliche Unternehmer gepflegt, die wirtschaftlich um einiges sicherer stehen als Privatpersonen, die den Unbillen des wirtschaftlichen Wetterumschlags viel unmittelbarer ausgesetzt sind. Zudem hat sich gerade in der Elektrizitätsindustrie ein besonderes System herausgebildet.

In den heute bestehenden öffentlichen und privaten Lichtquellen, den an Größe und Art unendlich variierten Kraftquellen ist ein reiches Kapital investiert, an dem Vorsehen derselben sind ganze Industrien mit Hunderttausenden von Arbeitskräften interessiert. Die Elektrifizierung einer Fernstraßenbahn, die Versorgung einer Stadt, eines Ortes mit elektrischem Licht, mit elektrischer Kraft, bedeutet zugleich das nahezu völlige Wertloswerden der bisherigen Einrichtungen. Um alle diese Hemmnisse zu überwinden, um die Konkurrenz der bestehenden Licht- und Kraftquellen, die Missoskurde der Unternehmer und als Wichtigstes den Mangel an bereitem Kapital zu beseitigen, erfolgte ganz systematisch bei den Konzernen eine Verquickung von Fabrikation mit Unternehmertum und Finanzgeschäft. Diese Form ist am weitesten durch die A. E. G. ausgebildet. Die Hemmnisse einer möglichen Vervielfachung der A. E. G., wenn sie ihr als Fabrikant und Vorkonzern nicht Herr werden kann, mit Rechtigkeit hindern, indem sie selbst das Risiko übernimmt, welches der Auftraggeber nicht tragen will, über indem sie die Kapitalien hergibt, die kein anderer hergeben mag. Hilft dies alles nichts, so erzwingt sie den Auftrag, indem sie, unterstützt durch die zweite Verquickung der ihr befreundeten Banken, die genügende Anzahl Aktien des zu elektrifizierenden Unternehmens in ihre Hände zu bekommen vermag. So wurde kürzlich in einer bekannten Bankzeitschrift nach der Bilanz vom 30. Juni 1907 festgestellt, daß die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft für Beteiligungen, Aktien, Zweigniederlassungen, Kraftwerke, Bahnen usw. 120 Millionen angelegt. Und dieses ist selbstverständlich sicher nicht die volle Höhe ihrer Engagements! Es existieren eine ganze Reihe von Tochtergesellschaften, die wieder Tochtergesellschaften aller nur möglichen Art sich angegliedert haben. So eine durch und mit der anderen halten.

So hat sich das Unternehmen nach und nach zu einem kapital-

reichen Jhkop ausgewachsen, welcher auch in wirtschaftlich schlechter Zeit seine normale Zufuhr von Arbeitsmöglichkeit braucht. Das riesenhaft erweiterte Herz mit seinem gewaltigen Pulsschlag darf nicht zu Ruhe kommen, bei Strafe des Unterganges. Aus diesen Tatsachen wird es verständlich, daß den Zauberehringen allgemach etwas schülzig zu Mute wird und sie nach einem Wege suchen, sich von der Kienlast zu befreien. Die Hauptaufgabe der Elektrobank wird darin erblickt, die Elektrifizierung von Volkbahnen, Kleinbahnen, Ueberlandzentralen dadurch zu ermöglichen, daß durch sie die Finanzierung erfolgt, d. h. es soll durch diese Bank den großen Elektrokonzernen A. E. G. und Siemens u. Salome ermöglicht werden, die eben gefährliche Praxis noch weiter auszubauen. Nebenbei wird man wohl auch einen Teil der lastenden Engagements mit abgeben. Dies kann um so eher angenommen werden, als ja auch die nahelebenden Banken, Deutsche Bank, Berliner Handelsgesellschaft und die Diskontogesellschaft bei der Gründung beteiligt sind. Die Finanzierung der Auszüge für die Auftraggeber soll durch die Ausgabe von Obligationen erfolgen, deren Zinsen und Tilgungsdienst durch die Mieten des Vorkonzerns zu erfolgen hat. Zu diesem Zwecke sollen vorläufig bis 90 Millionen Mark Obligationen, das ist das Dreifache des Aktienkapitals, herausgegeben werden.

Versammlungen.

Die Freie Volkshöhne hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Generalversammlung ab. Sie wurde gegen 9 Uhr von dem Vorsitzenden Dr. Conrad Schmidt eröffnet. Der Schriftsteller Max Hachdorf hielt einen Vortrag über „Vortheilhaft“; in formal abgerundeter Sprache gab er eine Reihe von Einzelanschüssen aus dem gewöhnlichen Bericht; bei einzelnen Partien, namentlich des zweiten Teils, verweilte er etwas länger, und seine eingestreuten Bemerkungen über die Inzestierung und die schauspielerische Darstellung, die dem Werk angemessen wäre, waren gerade den Mitgliedern der Freien Volkshöhne anscheinend sehr interessant. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Hierauf erstattete Dr. Schmidt den Geschäftsbericht. Es war ihm zu entnehmen, daß der gegenwärtige Stand des Vereins durchaus zufriedenstellend genannt werden kann. Sämtliche Abteilungen sind gefüllt. Der Andrang zu den Abendvorstellungen ist so lebhaft, daß man in Verhandlungen mit der Direktion des Neuen Schauspielhauses eintrat, um die Abendabteilungen zu erweitern. Diese Verhandlungen haben vorläufig keinen befriedigenden Erfolg gehabt. In der nächsten Saison wird es möglich sein, weitere Vereinbarungen zu treffen, so daß der Umfang des Vereins dann vergrößert werden kann. Das Projekt des eigenen Heims im Zentraltheater mußte bekanntlich wegen baulicher Schwierigkeiten vertagt werden. Es wurden daher im letzten Moment für diese Saison Verträge mit dem Thalia- und dem Herrnselbtheater abgeschlossen. Es gelang aber auch, das

Leffingtheater für eine Anzahl von Vorstellungen zu bekommen. Nachdem „Faust“, „Die versunkene Glocke“, „Aedem“ u. a. bereits aufgeführt worden sind, steht jetzt Shakespeares „Julius Cäsar“ auf dem Spielplan. Am 14. November wird ein Winterfest stattfinden, dessen musikalische Leitung in den Händen des Herrn Kapellmeisters Rothstein liegt, und in dem die aus dem Wollzogenischen Lieberbrett bekannten vorzüglichen Künstler Koppel und Bogena Vradsky mitwirken werden. — Der Rosenbräu, den der Geschäftsführer Winkler vorlegte, ergibt eine Gesamteinnahme von 130 055 M. und eine Ausgabe von 102 518 0 M., so daß der 30. September einen Bestand von 27 537 M. aufwies. Herr Winkler ergänzte noch den Bericht des Vorjahres in einigen Punkten: Die Verhandlungen mit der Direktion des Neuen Schauspielhauses scheiterten, weil es nicht möglich war, noch einen anderen Tag in der Woche für Abendvorstellungen zu bekommen. Es ist aber gelungen, wenigstens an den Montagen mehr Plätze zu erhalten, so daß die bisher eingelaufenen Meldungen befriedigt werden konnten. Ob noch neue Maßnahmen möglich werden, ist fürs erste allerdings fraglich. Ein großer Mangel, unter dem der Verein in diesem Jahre litt, ist die unregelmäßige Verteilung der Vorstellungen für die einzelnen Abteilungen. Dieser unregelmäßige Zustand rührt daher, daß durch die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten das Zentraltheaterprojekt im letzten Moment sich zerbrach und daß man dann Hals über Kopf eine neue Ordnung nach den vorhandenen Theatern und Spielplätzen treffen mußte. Im nächsten Jahr wird dieser Mangel vermieden. Namens der Rediktoren beantragt Herr Jonas, dem Vorstand Entlassung zu erteilen. In der Diskussion äußert Herr Otto Schmidt seine lebhafteste Unzufriedenheit mit der Einteilung der Vorstellungen: Ein Teil der Mitglieder sei nicht so geschult, um so schnell hintereinander die Stücke zu verfolgen zu können (Große Heiterkeit), wie dies jetzt zuweilen nötig werde; der Vorstand sei doch etwas zu leichtsinnig in dieser Sache vorgegangen. Auch Herr Schwarzbürger findet die Verteilung der Vorstellungen zu unregelmäßig eingerichtet; in Zukunft solle doch der Vorstand, ehe er solche Verträge abschließt, erst die Generalversammlung befragen. Der zweite Vorsitzende Baake erwidert den beiden Beschwerdeführern: Eine Befragung der Generalversammlung ist ganz unmöglich. Verträge müssen rasch abgeschlossen werden. Im geschäftlichen Leben heißt es eben zugreifen oder man hat das Nachsehen. Durch das Scheitern des Plans mit dem Zentraltheater sind wir in einen Notstand hineingeraten und haben daher gewissermaßen einen Notbau betreiben müssen. In einem Notbau kann man natürlich nicht so bequem wohnen. Im übrigen ist das ja nur ein Provisorium. Im nächsten Jahre wird Abhilfe geschaffen sein. Durch diese Darlegung fühlt sich die Versammlung offenbar befriedigt. Dem Vorstand wird einstimmig Entlassung erteilt. Hierauf schließt der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Generalversammlung.

Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe und Zutaten vollständige Garantie höchster Reellität.

1500 Paletots,
neueste Fassons,
aus modernen englischen Diagonal- und
Cheviot Stoffen,
von 7 M. an.

Abendmäntel
aus feinem Tuch in herrlichen Pastell-
farben, auf Gloria und Solide gefüttert u.
mit karierter Absteife
von 10 M. an.

**Plüschjackette, Plüschpaletots,
Plüschmäntel,**
glatt und mit eleganter Linsen- und Bortengarn-
ierung aus prima Velours du Nord und echt engl. Seal.
15, 20, 30, 40 M. bis 250 M.

Frauenmäntel
aus prima Tuch und Kakimo,
schwarz und farbig,
von 12 M. an.

1000 Kostüme
mit langen Paletots,
Directoire, aus feinem Tuch, in den neuesten
Farben und gediegenen englischen
Tweed-Stoffen,
von 12 M. an.

Sielmann & Rosenberg,

Sonntags von 8-10 und 12-2 geöffnet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 4. November,
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Salome.
(Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Der letzte Haule.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kommerzielle. Clavigo.
(Anfang 8 Uhr.)
Neues königl. Opernhaus. Minnenwauß und Ochweil.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Julius Caesar.
Dehen. Der ideale Bauer.
Leffing. Gipsweiser.
Berliner. Der Weichenfresser.
(Anfang 7 1/2 Uhr.)
Kleines. 2 x 2 = 5.
Königliche Oper. Manon Lescaut.
Rebbers. Kammere dich um Amelle.
Sobbel. Der Weichenfresser.
Schiller u. (Wagner-Theater.)
Die Zwillingsschwester.
Sch. u. Charlottenburg. Das Opferlamm.
Friedrich-Wilhelmsstädt. Schauspielhaus. Anteros. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Thalia. Bruder Stroußinger.
Vulken. Stolz der Stadt.
Bürger. Schauspielhaus. Der Troubadour.
Bernhard Meis. Herr Paragrapp.
Zeisens. Die Liebe macht Verrückten.
Neues Operetten-Theater. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Capotta.
Gebirder Herrnsfeld. Die beiden Bändelbinder. Vorher: Antern.
Künstler-Lit.
Hypok. Eine lustige Spreewaldfahrt.
Metropol. Donnerwetter - tadellos!
Wintergarten. Spezialitäten.
Voyage. Spezialitäten.
Kaffee. Familien August Knoche.
Spezialitäten.
Reichshallen. Stehener Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Parodie. Der Haub der Sabine.
Luisen. Die Haub der Sabine.
Carl Gaverling. Spezialitäten.
Urania. Tonnenkreise 1849.
4 Uhr: Von der Jungfuge zum Bahmann.
8 Uhr: Dornien und die Herzogin.
Sternwarte. Spezialitäten. 57/62.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die Tür ins Freie.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Wahrheit.
Morgen und folgende Tage:
Wahrheit.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Musik.
Donnerstag: Musik.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr:
Der ideale Bauer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, 4. November, Anf. 7 1/2 Uhr:
Anteros.

Donnerstag: Großmama.
Freitag: Anteros.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Ene-mittchen und die sieben Berge.

Berliner Theater.

7 1/2 Uhr zum erstmalig:
Der Weichenfresser.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater

Königsgraber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr:
Der Liebhaber.

Residenz-Theater.

— Direction: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kammere dich um Amelle.“
Schwanz in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folg. Tage: Kammere dich um Amelle.
Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr: **Ferrol.**

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Stolz der Stadt.
Donnerstag: Eine tolle Nacht.
Freitag Premiere: **Die Öhre.**
Sonabend 4 Uhr: **Wendendebel.**
Abends: **Freiheit.**
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Aus-gewiesene.** Abends: **Eine tolle Nacht.**
Montag: **Eine tolle Nacht.**

Stolz der Stadt.

Donnerstag: Eine tolle Nacht.
Freitag Premiere: **Die Öhre.**
Sonabend 4 Uhr: **Wendendebel.**
Abends: **Freiheit.**
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Aus-gewiesene.** Abends: **Eine tolle Nacht.**
Montag: **Eine tolle Nacht.**

Stolz der Stadt.

Donnerstag: Eine tolle Nacht.
Freitag Premiere: **Die Öhre.**
Sonabend 4 Uhr: **Wendendebel.**
Abends: **Freiheit.**
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Aus-gewiesene.** Abends: **Eine tolle Nacht.**
Montag: **Eine tolle Nacht.**

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Zwillingsschwester.
Lustspiel in 4 Akten von Ludwig Fulda.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Zwillingsschwester.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schwanz in 3 Aufzügen von Oskar Walther und Leo Stein.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.

Zirkus Schumann.

Hente Mittwoch, den 4. November, abends präzis 7 1/2 Uhr:
Das vollständig neue Programm!
U. a.: **Zum erstmalig in Europa! Das lebende Kreisel**
Mons. Menneret. Direkt aus Amerika! Moas. Macartis Baboos.
Noch nie dagewesen:
Affen als Kunstradfahrer, Chauffeurs, Jongleure und Schellenspieler.
Absolute Novität! Panamahüte und Kufenjongleure. The Mr. Sans. —
Neu! Troupe Flochl, die Könige aller Akrobaten.

Berliner Eis-Palast

Quicker. 22/24. Ständige Eisbahn. Mittwoch und Donnerstag abends 8 Uhr: **Großes Internationales Eis-Weitlaufen.** Rennungen der besten Skifahrer der Welt. Eintritt 2 M. Von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr: **Großes Konzert.** Nachmittags 4 Uhr: **Auftreten der engagierten Eislaufkünstler und Künstlerinnen.** Eintrittspreis: Kinder 50 Pf., Erwachsene 75 Pf. — Von 6 bis 8 geschlossen.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. 8. Jährl. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: **Wilh. Wolffs Hamburger Sänger.** Anfang Sonntag 7 Uhr, wochentags 8 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. 25 Pf. Vorsugarten haben wochentags Gültigkeit.

DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Brunnenstr. 132. Abends 8 1/2 Uhr:
Herr Paragrapp.
Schauspiel in 3 Akten von G. Meiss. Wochentagspreise.
Donnerstag Gaitpiel Jakobas H e u l e r : Die Jungfrau v. Orleans.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entrée! Lebend! Das Lebend! **Bärenweib.** Simpson der lebende Amboß der Mann mit dem Steinkörper. Neapolitanische Briganten. Panophon-Vorträge: **Alexander Girardi, Otto Reutter, Caruso** etc. Alles ohne Extra-Entrée! Eintritt 50 Pf. Kinder, Soldaten 25 Pf.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Nachmittags 4 Uhr: **Von der Zugspitze zum Watzmann.** 8 Uhr Dr. Heimann: **Dornien und die Herzogin.**
Rixdorfer Theater
Bergstraße 147. Mittwoch, den 4. November 1908: **Ueber unsere Kraft.** (1. Teil) Schauspiel in 4 Akten von Eberhard von Björnson. — Anfang 8 Uhr.

Zirkus Busch.

XIV. Saison: Mittwoch, den 4. November 1908, abends präzis 7 1/2 Uhr: **Gr. Gala-Vorstellung. Stöber noch nie dagewesen! Kapitän Webbs dreifache 9 Seelöwen 9** Die Uffens! Herr Durward. Kostüm, Schauspieler. Herr Ernst Schumann m. f. Meisterleistungen. Um 9,45 ca.: **Barbarossa!!** Große Origin.-Musik.-Pantomime des Zirkus Busch in 6 Bildern.

WINTERGARTEN

November - Attraktionen
V. Angelo lebende Bilder.
Die Kralons, Holzwandlung
LOUISE BLOT.

WALHALLA-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor. Anfang 8 Uhr:
Das vollst. neue Novemberprogr. Perzina m. seinen 110 Tieren
Im Tunnel Regimentsoffiziere re. Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97. Heute:
Cavalleria - Rustikana und die urkomische Burleske „Berlin steht Kopf“. Anfang Sonnt. 8. wochent. 8 1/2 Uhr.

Theater Folies Caprice

Linienstr. 132. **Türschloßender Erfolg! Die lästige Witwe. Die Brautheban.** Neu: Gröneck als Verteidiger in Strafsachen. Vorpost. u. 10-2 u. d. Halle, h. Wetstein u. Knapfendank!

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Anni Wunsch.
Schneider-Duncker
Willi Prager
und das großartige
November- Progr.

Bürgerliches Schauspielhaus

Katharinen-Allee 7-9.
11. Operabend.
Der Troubadour.
Oper in 4 Akten von J. Verdi. Anfang 8 Uhr. Morgen: Maria Stuart. Freitag zum 1. Male: Don Carlos.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. u. 3. Hof. Heute:
Das glänzende November-Programm.
Der Spion!! **Vendros Wunderaffen.** Mr. Carlo. Steve und Ella. Feldow Seegall. Finlay Brothers. Les 3 Soraines. Ella Vandero Trio. Rämber Camp. Biographische Bilder.

Die Frau mit den drei Männern.

Familienkarten, wochentags halbe Preise, übriges gratis.

Die verpfändet gewesenen Waren

im Betrage von 74 000 M., bestehend in
Herren- u. Knaben-Anzügen, Joppen, Paletots u. Hosen
wegen vollständiger Auflösung
des Konfektionshauses



der Firma E. Süsskind & Co.

gelangen folgende Waren bis zu

50% unter Preis zum Verkauf

Kinder-Hosen, Buckskin	Stück 52 Pz.	Kinder-Anzüge	Stück 1,85
Kinder-Joppen, warm gefüttert	1,50 an	Kinder-Paletots	2,60 an
Burschen-Hosen, Buckskin	1,10	Burschen-Anzüge	3,40
Burschen-Joppen	2,20	Burschen-Paletots	3,60
Herren-Hosen, Buckskin	1,50	Herren-Joppen	3,85
Herren-Anzüge, Wert - 15 M. jetzt	7,85	Herren-Paletots	Wert - 14 M. jetzt 8,-
Herren-Anzüge, 21	12,50	Herren-Paletots	20 " 13,-
Herren-Anzüge, 30	17,50	Herren-Paletots	28 " 17,75
Herren-Anzüge, 36	21,-	Herren-Paletots	34 " 22,10
Herren-Anzüge, 42	26,-	Herren-Paletots	42 " 28,-
Herren-Anzüge, 50	32,-	Herren-Paletots	55 " 34,-

Nur noch kurze Zeit! So lange der Vorrat reicht!
Bei Einkauf eines Herren-Paletots von 28,- M. an bei Vorzeigung der Annonce

Gratis! 1 Herren-Anzug. Gratis!

85 Chausseestr. 85 137 Gr. Frankfurter Str. 137
24 Kottbuser Damm 24 9 Rosenthalerstr. 9, Auguststr.
Schöneberg, 10 Hauptstr. 10

Gebrüder Herrnsfeld

Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Der größte Herrnsfeld-Erfolg:
Die beiden Bindelbands!!
Romöde in 2 Akten mit Anton Herrnsfeld als Gewandlungskünstler „Monsieur Ganivet“ und Oskar Herrnsfeld als „Boni Bindelband“.
: Vollständig neuer :
Künstler-Tell
Gehr. Ronzoni Opera - Duett.
Marga u. Milli Bild Ballett:
Walzertraum. Kun Arpad, der berühmte jugendl. Geigenvirtuose.
The six Rockets, Gesangs- und Tanz-Sextett. Wacker u. Wackers Gehirgs-Typen.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.
Gründer und vornehmster Theater-saal Moabits.
Donnerstag, den 5. November:
Der Störenfried.
Lustspiel in 4 Akten v. Rod. Benedy. Auf. d. Borch. 8. Aufführung 7 Uhr. Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.
W. Noacks Theater
Dresdnerstr. 10.
Frau Zoes Rache.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonntag, 7. November: Große Extra-Vorstellung: Der Glöckchenglocken in Breslau.
Sonntag, 21. November: Festschau in 10 Akten: Jubiläum des Dr. Rob. Dill.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Kolmer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutscher Sänger
und Konzertsänger.
Durchweg neues Progr.
Beg. Sonnt. 5. wochent. 6 U.
Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Echte Sprechathener.
Vollständiges mit Gesang und Tanz von Walter Gerike.
Kunst- und Musik-Theater: Dr. Gustav Behrens, Wilhelm Gerike, Arbeiter: Regist. Fernh. Ranne.
Ausserdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 Uhr.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger

Unter anderem:
Das versiegelte Brautpaar.
Urkommliche Burleske.
Auf. wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant:
Großes Militär-Konzert.

Braueri Friedrichshain

Am Königsdior.
Heute, Mittwoch, 4. Tag der
Gr. Internationalen Ringkampf - Konkurrenz
um den Großen Preis von Berlin - 6000 M. in bar.
Heute ringen 5 Paare:
Altman-Berlin gegen
Mischonko, Kofad, Bukland, Wachturoff-Sibirland gegen
Schiblski-Berlin, Masl Junio-Italien gegen
Zippo-Nord-Amerika Petroff-Bulgarien gegen
Albano-Spanien, Roszak-Berlin gegen
Van Dem-Belgien.
Vor dem Ringkampf: Kultur-eröffn. Spezialitäten.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf. Ref. Platz 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.

Königstadt-Kasino.

Colonnadenstr. 72.
Täglich:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung mit Franz Sobanski.
Neu! Neu!
12 Nummern 12
Um 9 Uhr:
Ruth.
Romöde in 1 Akt von Braune.
Auf. 8 Uhr, b. Konzerts 7 1/2, Sonntag 6 1/2 Uhr, des Konzerts 5 1/2 Uhr.

Casino-Theater

Neubauerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 5. November
Familie August Knoche.
Freitag, den 6. November Premiere:
Die Diamantbäder.
Sonntag 4 Uhr: Ranzengasse 8a

Bestmännens Trauermagazin

Bestmännens Trauermagazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
Berlin NO., Gr. Frankf. Str. 110

Eleg. Trauer-Magazin

Bestmännens Trauermagazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
Berlin NO., Gr. Frankf. Str. 110

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Jahresfest Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 1. November die Frau **Wwe. Elise Renfer** geb. Lathomas (Bezirk I) verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 4. November, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Frida Keßner

im Alter von 17 Jahren nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen
Albert Keßner nebst Familie.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Friedhofs Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
49272

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die trostlichen Worte des Herrn Prof. Dr. Wehrle am Grabe meines lieben Mannes, unseres Sohnes und Vaters, des Portiers

Max Meißner

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Vorstand des 4. Berliner Reichstagswahlkreises, der Firma und dem Personal Gehr. Trübsch, den Freunden im Hause Wackstraße 50 unseren innigsten Dank.
49282
Die trauernden Hinterbliebenen.

Reste!

Damensuche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch, Velours de Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 4147L

Confektion

Paletots, Jacketts, Costumes und Costumesrücke in großer Auswahl
C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Schöneberg.

Bezirk 8. F.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **Ferdinand Becker** am Sonntag, den 1. d. Mts., verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 4. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofs, Wackstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband deutscher Granerarbeiten

Jahresfest Berlin. Sektion II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 31. Oktober des Kollegen, **Ferdinand Becker** (Schloßbrauerei Schöneberg) nach längerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, auf dem Schöneberger Friedhof, Wackstraße 13.
4476
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Otto Gülde** am 31. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gumnus-Friedhofes in Kirchb., Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/17 Die Ortsverwaltung.

Am 2. November nachmittags 3 1/2 Uhr verschied nach langen schweren Leiden im 53. Lebensjahre mein lieber Mann, unser Vater und Bruder, der Buchbinder **Karl Schiele.**
Um stille Teilnahme bitte
Witwe **Hanna Schiele.**
Beerdigung Donnerstag nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem neuen Friedhof Kirchhof in Kirchb., Hermannstraße. 26140

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. November, verstarb unser Mitglied, der Steinmetz **Ernst Funck** Wulfsauestr. 14-16.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Wagners-Gemeinde, Reinickendorfer-Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.

Filiale Berlin I.
Am 1. November starb unser Kollege **Ernst Funck** im Alter von 40 Jahren an der Verulfrankheit.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wagners-Friedhofes in Reinickendorfer-Weg, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
172/7 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 31. Oktober, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Albert Krüger** Kahlenberg-Str. 57.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Hions-Gemeinde in Nordend aus statt. 290/13
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kellerarbeiter **Albert Krüger** am 31. Oktober an Nieren- und Verleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 4. November, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hions-Friedhofes, Nieder-Schönhaufen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
57/7 Die Verwaltung II.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Nachruf.
Am 30. Oktober verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Friedrich Tietze** Kollwitzstr. 27.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am 2. November auf dem neuen Wagners-Friedhofe stattgefunden. 290/14
Der Vorstand.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 45000
Haut- und Nervenleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Ziehung nächste Woche Dienstag!

1. Frankfurter Pferde-Lotterie

Gew. i. W. v. zus. Mk.

15 000

1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 5000, 1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 2000,
1 Hauptgewinn i. w. v. Mk. 1000 usw. Kleinster Gewinn i. w. v. Mk. 5
Lose a 50 Pf., 11 Lose nur 5 Mk. (Porto und Gewinnliste 20 Pf. extra) sind in allen Lotteriegeschäften und den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben sowie beim
General-Debit **Paul Steinberg & Co. G. m. h. B., Bankgeschäft, Berlin C. 54, Rosenthaler Straße 11-12.** 4910L

Ausnahmetage für Uebergangs- und Plüschmäntel

- Mittwoch - Donnerstag - Freitag - Sonnabend -

Westmanns Spezial-Konfektionshaus

für Mäntel und Kostüme

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemstraße)
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße)
zu bis teilweise auf 1/4 des Wertes herabgesetzten Preisen, um den Zweck der Räumung zu erreichen.

Der Verkauf dieser Ausnahme-Artikel findet nur vormittags statt!

Elegante, gediegene Neuheiten! **Neueste Stoffe und Façons!**

Mäntel und Paletots in Astrachan, Velvet, Tuch, Eskimo, Diagonal, Phantasiestoffen
Jacketts, Capes, Kimonos, Kindermäntel
jeder Größe und in jedem Façon in vielseitiger Auswahl.
Pelzjacketts und Stolen
Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen in allen erdenklichen Stoffen und Modorrichtungen!
In den vier Tagen gratis, um die Räumung durchzusetzen, bei Einkauf von nur 20,- an 1 elegante seidene Bluse!
Genauere Beachtung meiner Firma und Hausnummer liegt im eigenen Interesse.

Öffentliche politische Versammlungen.

Los von der Kirche

und der nicht Kirchensteuer bezahlenden Geistlichkeit.

Vortrag vom
Landtags-Abgeordneten Adolf Hoffmann.
Volksversammlung

am Sonntag, den 8. November 1908, mittags 12 Uhr,
in der „Neuen Welt“, Hafenseide.

Freie Diskussion, besonders für alle Gegner.

Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree.
Der Einbuferer. H. Garndt, Röhrenbofener Str. 45.

Achtung! Frauen Rixdorfs. Achtung!

Freitag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Versammlung

in Thiels Lokal, Bergstraße 151/52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Ihrer: Die wirtschaftliche Krise. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
Frauen erlischt in Massen und spricht für die Versammlung.
Der Einbuferer. J. A. M. Altscher, Beyer-Strasse 50.

Haben Sie Sitt?
Ich bringe Ihnen Franzos od. Falset
nach Mass, reich, durch, Linsen,
von 20 Mark an, Moritz Lohmann,
Nied. Promenade 111, S. 111.

Prack Verleih-Institut:
Friedrichstr. 1151, a. Orabg.
Lor. Eleg. Grad, Gehrod
1,50, Dofe 1,00, Wette 50 Pf.

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.**

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, 5. November, abends 8 Uhr, im Lokal Freyers Festäle (früher Keller),
Koppenstr. 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Nichtbilder-Vortrag: Im Reiche der schwarzen Diamanten. Referent: Gen. Otto Roth
In dieser Versammlung erlischt wir die Kollegen, ihre Frauen mitzubringen.

Der Vortrag beginnt um 8 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert.

130/13*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engel-Ufer 15 (Saal 4):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassensberichte. 2. Antrag der Ortsverwaltung auf
Überweisung von 1000 Mark an die Verbandskasse. 3. Verschiedenes.
Die Geschäfts- und Kassensberichte werden der Versammlung gedruckt
vorliegen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Stralauer Straße 48. Telephon: Amt Ia 7779.

Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

sämtl. Schmiede Berlins und der Vororte
in den Musterjalen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m, großer Saal.

Tages-Ordnung:

„Aus der Geschichte der deutschen
Gewerkschaftsbewegung.“ Referent: Reichstagsabg.
Genosse Karl Legien. — Diskussion. 176/14*

Zahlreichen Erscheinen der Kollegen erwartet der Einbuferer.

W. Siering, Stralauer Straße 48.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Dof. I. Amt 3, 1232. Charitéstraße 3. Dof. III. Amt 3, 1097

Vertrauensleute der mechanischen Betriebe

sowie die der Mechaniker-Orts-Krankenkasse angeschlossen sind,
werden ersucht, am

Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, zu erscheinen.
Der Einbuferer: Max Gutsche.

W. Kückelhahn

Heidestraße 59/73 — Fernsprecher II, 7024.

Kohlen-Großhandlung für

bestes, billigstes Heizmaterial

Salon-Briketts, 7^{er} pro 1000 8,00 Mk., pro Str. 95 Pf.

Industrie-Briketts „do.“ 85

ab Blech, Steinkohlen, Koks, Holz billigst.
Frei Keller bei 3000 a R. 9,—, pro Zentner 10 Pf. mehr.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Bekanntmachung
der
Orts-Krankenkasse
für Friedenau.**

Folgende des Ablaufs der Wahl-
periode findet am 12. November
d. J. die Neuwahl sämtlicher Ver-
treter zur Generalversammlung
für die Wahlperiode 1909 und 1910
statt. Zu wählen sind nach § 50 des
Statuts leitend der Arbeitnehmer
73 Vertreter, leitend der Arbeitgeber
36 Vertreter.

Wahlberechtigt und wählbar sind
nur solche Personen, welche groß-
jährig und im Besitz der bürgerlichen
Ehrenrechte sind.

Die Wahlen finden statt im
„Reichshof“, Reichenstr. 60,
und zwar für die Arbeitnehmer am
Donnerstag, 12. November 1908
nachm. von 4—7 1/2 Uhr,
für die Arbeitgeber ebenfalls am
Donnerstag, 12. November 1908,
abends von 8 1/2—9 1/2 Uhr.

Die Wahl ist geheim.

Zutritt zum Wahllokal haben nur
solche Arbeitgeber resp. deren Ver-
treter, welche Beiträge an die dies-
seitige Kasse zahlen, und nur wohl-
berechtigte Mitglieder der genannten
Kasse. Diese haben sich durch ihre
Mitgliedskarte sowohl beim Eintritt
in das Wahllokal wie zur Ausübung
des Wahlrechts zu legitimieren. In
diesem Zweck werden die Herren Ar-
beitgeber ersucht, den bei ihnen be-
schäftigten Kassenmitgliedern die Mit-
gliedskarten rechtzeitig anzuhändigen.
Im übrigen wird auf die Bestim-
mungen der §§ 49 und 50 des
Statuts verwiesen. 277/20

Der Vorstand,
H. Heider, Vorsitzender,
R. Hildebrandt, Schriftföhrer.

21 Gegründet 1864 21

**Pelzwaren-
Fabrik**

S. Schlesinger,

Neue Königstr. 21 II
(Ordonnanzhaus)

Kein Laden!

Einzelverkauf

wie alljährlich
nach beendet
Engros-Saison.

Pelz-Stöcke
Muffen
an fabelhaft
billigen Preisen.
Sonntags geöffnet.

21 Repar. sauber u. billig 21

Um vielseitigen Wünschen Rechnung zu tragen,
werden die allgemein beliebten VERA-CIGARETTEN
sowohl auch mit Mundstück hergestellt.

JOSETTI VERA
m. Mundstück
CIGARETTEN

enthalten dieselbe köstliche Mischung wie Vera ohne
Mundstück, die stets bei allen urteilsfähigen Rauchern
in bestem Ruf gestanden.

Joseppi-Vera m/M.
10 St. 30 Pfg.

Ein wahres Wunder

scheint der Waschprozeß mit Persil — das
neueste und vollkommenste Waschmittel der
Gegenwart. Seine Waschkraft ist geradezu staunenerregend.
Ohne Seife und Soda, ohne Waschbrett, Reiben und
Bürsten, selbst ohne zweites Kochen, nur durch Hinzutun von
Persil allein, also ohne jede Mühe und Arbeit wird die
Wäsche

dauernd blendend weiß, ohne sie im geringsten anzugreifen.
Garantiert chlorfrei, unschädlich und gefahrlos!

Wir vergüten jeden Schaden, der nachgewiesenermaßen selbst
bei falscher Anwendung durch Persil entstanden sein sollte

Ausschließlich Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**
auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte
Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11.

Pelzwaren!!!
119 Eile zu Weile 119
Dresdener Straße
Folkhaus Oranienplatz.
Eigene Kürschnerei.

Echtkunskstola
von 25.— M. an
Ohne Konkurrenz
Echt Nerz-Stola
von 45.— M. an
Neueste Moden!
Echt Nerz-
murmel-Stola
von 12.— M. an
Schlager d. Sais.
Echt Tibet-Stola
von 12.— M. an
Rosenhafte
Auswahl!
Prima Felle
in all. Fellarten
stets auf Lager.
Reparaturen
und
Umarbeitungen
schnell, gut, billig
Prozente
gewähre ich
nicht. Meine
Preise sind für
das kaufende
Publikum so
vorteilhaft,
daß jeder Käufer
mich empfehlen
wird.
Die Auswahl
wird jedermann
überraschen.

Sonntag
8—10
und
12—2.

Winter-Joppen

Spezialartikel meiner Firma.

In allen Größen
für
Männer, Jünglinge u. Knaben
am Lager.

m. 2⁷⁵ 4⁰⁰ 6²⁵
7²⁵ 8⁵⁰ 10⁵⁰
12⁵⁰ 14⁵⁰

Extra warm gefüttert,
unverwüsllich

m. 17⁵⁰ 18⁵⁰ 20⁵⁰ 22⁵⁰

Anfertigung nach Maß
prompt, billig und gut.

Julius Lindenbaum
Große Frankfurter Str. 141
Ecke Fruchtstraße.

Größtes und leistungsfähigstes Spezialhaus für seine Herren-
und Knabenmoden des Ostens, Nordostens und Südostens.
Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Folgende Lokale stehen von jetzt ab zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung: In Waldmannsdorf: Zum Bergschloß, Inh. Rudolf Heinrichs (Saal 600, Garten 6000 Personen); in Reinickendorf-Str. Schöyenshaus, Inh. Ludwig Jelinek, Residenzstraße 1/2 (Saal 450 Personen); das Lokal „Zur Warburg“, Kopenhagenerstraße 71 dortselbst hat den Besitzer gewechselt, jetziger Inhaber Wilhelm Lange; das- selbe ist nach wie vor frei. Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 8. November, abends 6 Uhr: Versammlung mit Frauen in der Lebensquelle, Kommandantenstr. 20. Nachher: Gesellschaftliches Beisammensein. Eintritt mit Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

Weißensee. Zum Besuche der Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung am Sonntag, den 8. November, treffen sich die Mitglieder der 4. Abteilung, Bezirk 1 um 11 1/2 beim Genossen Kassele, Vorbringer Straße 32 und die der 3. Abteilung beim Genossen Klopff, König- Chaussee 88.

Tegel. Am Sonnabend, den 7. November veranstaltet der hiesige Wahlkreis einen Ausflugsabend in S. Trapps Festsaal, Bahnhofs- trasse 1. Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern zu haben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Zum Auktionschluss.

Das von Tausenden schon seit langen Jahren sehnsüchtig erwartet wurde, am Montagabend traf es ein. Endlich. Aber noch merklich zaghaft schlossen die Geschäftsinhaber ihre Läden. Händeringend sah man an mancher Tür den Chef stehen, wie er fragend und forschend zu seinem Konkurrenten hinüber- „spitzte“, ob es „der“ auch nicht vergessen würde. Eifertig huschten noch Frauen und Dienstmädchen kurz vor „Torenschluss“ in die Geschäfte, um das „Vergessene“ zu holen. Ueberhaupt die Vergesslichen. Sie waren am Montag alle in einer un- angenehmen Lage. Hatten alles auf die letzte Stunde aufgehoben und als sie zur gewohnten Zeit, 30 Sekunden vor 9 Uhr, im Eilzugstempo lossegelten, fanden sie allüberall ver- schlossene Pforten und muhten resultatlos nach Hause ziehen.

Auf den Verkehr übte der frühere Ladenschluss einen nicht unerheblichen Einfluss aus. An den Haltestellen in den Ge- schäftsgegenenden war schwerer mitzukommen.

Der frühere Geschäftsschluss wird einen großen Einfluss auf den Lichtverbrauch ausüben. Die A. G. B. suchen den Winderverbrauch an elektrischem Licht durch Mehranschlüsse wieder weit zu machen.

Kirchenregiment im Irrenhause.

Die Kirche, namentlich die katholische, steckt ihre Polypen- arme in alles — solange es kein Geld kostet. An Millionen, die frei herumlaufen und von der Aufklärungsarbeit unseres Jahrhunderts schon gelernt haben, versucht sie ihre seelen- fängerischen Hauberkunststücke heutzutage vergebens. Um so eifriger macht sie sich an die „Halbtoten“ heran, die in öffent- lichen Anstalten zeitweilig oder für immer untergebracht sind und nur noch einen schwachen Schein eigenen Willens besitzen. Neuerdings entfaltet die Berliner katholische Geistlichkeit, um für den Ausfall draußen in der gottlosen Großstadtwelt einen kleinen Erfolg zu haben, eine besonders rege Tätigkeit auch in den städtischen Irrenanstalten. Man jagt an den eigenen Kopf und fragt sich, ob etwa die Kirche die Tausende, welche heute an religiösem Wahnsinn leiden, heilen oder noch ver- wirrt machen will. Und man empfängt den richtigen Ge- griff von dem rücksichtlosen Denkervermögen geistlicher Hirne beim Lesen des sonderbaren Stimmungsbildes, das der Pfarrer von Reinickendorf über seine Tätigkeit an der Dal- dorfer Irrenanstalt in der „Germania“ als verknappte Klingel- beutelei zum besten gibt. Selbstverständlich sind wir über- zeugt, daß der Herr Pfarrer kein frommes Klauertwisch auch wirklich glaubt. Sonst wäre es ja Heidelei, über einen in der Anstalt nach langen Jahren schwerer Geisteskrankheit ver- storbenen Greis zu schreiben:

„Er starb an der Sehnsucht nach dem Himmel. Ab- geschlossen war das Leben, das nur zwei Kommunionen ver- kostete! Ergriffen dankte ich dem Guter alles Guten für diese unschätzbare Gnade einer seligen Sterbestunde.“

So vertieft ist der geistliche Herr in diesen felsenfesten Glauben, daß er drei Reilen dahinter auf recht irdische Manier faßt: „Vergesst den Bauherrn nicht! Gebt Geld, recht viel Geld zu Kirchenbauten!“

Die Daldorfer Anstaltsdirektion wird dem Herrn Pfarrer für seine Indiskretionen vielleicht nicht sonderlich dankbar sein. Sie sehen beinahe wie ein kleiner spitziger Kirchenpfeil aus. Die katholische Kirche jammert nämlich schon lange darüber, daß die Stadt Berlin sie in ihren Irren- anstalten nicht so schalten und walten läßt, wie es die fanati- sche, seelenhungrige Geistlichkeit ohne Rücksicht auf den Geisteszustand der Kranken gern möchte. So schreibt der Reinickendorfer Pfarrer über eine Geisteskranke, zu der er in die Lobzelle gebeten war (?), folgendes:

„Das jugendliche Geschöpf benutzte einen unbewachten Augenblick, um sich zu erhängen. Der Staatsanwalt beschlag- nahmte die Leiche. Endlich freigegeben, wurde sie umgehend auf dem Anstaltsfriedhofe beigesetzt ohne einen katholischen Priester. Man hatte in der Auslegung und bei den verwickelten Verhältnissen, so sagte der Herr Geheimrat, ganz darauf ver- gessen. Wenn hätte ich ihr Grab eingeseget; denn unsere erste und einzige Unterredung war ein reumütiges und aufrichtiges Bekenntnis.“

Interessant ist über den Gottesdienst im Irrenhause auch die folgende Scene des frommen Stimmungsbildes:

Natürlich dürfen nur jene Kranken zum Gottesdienst kommen, die nach der Auffassung des Arztes einigermassen ge- brauchsfähig sind und selbst den Wunsch äußern, daran teil- nehmen zu wollen. Von weitem hört man schon das laute Hin- und Herreden von einigen Idioten. Nach einigen Beichten (der Idioten?) tritt der Priester an den Altar. . . Blödsinn springen mehrere Pflegerinnen auf ein junges schwarzgekleidetes Mädchen zu . . . es jammert und schreit und muh wegen der steigenden Unruhe hinausgebracht werden . . .“

Das scheint ja eine allerliebste Heilmethode zu sein. Nach unserer Ansicht ist solcher Gottesdienst für die Kranken keine Erbauung, sondern eine Qual, ja sogar die leicht mögliche Ursache einer Verschlimmerung der Krankheit. Deshalb läßt es sich auch verstehen, wenn die Leitungen der städtischen Irrenanstalten schon aus rein ärztlichen Gründen den Ver- frommungsbestrebungen der katholischen Geistlichkeit die dringend nötigen Bügel anlegen. Um Idioten das Evangelium

zu predigen, dazu gehört nicht viel Ueberredungskunst, Herr Pfarrer! Draußen in der hungernden Welt, wo die bitterste Armut an allen Ecken und Enden lauert, kann die christliche Nächstenliebe weit besser betätigt werden. Aber wie selten sind da Verkünder des göttlichen Wortes zu finden.

Das Gewerbegericht zu Berlin

hat im Geschäftsjahre 1907 (1. April 1907 bis 31. März 1908) eine beträchtliche Vermehrung der Klagen zu verzeichnen gehabt. Dem Jahresbericht, der jetzt vom Magistrat bekanntgegeben wird, entnehmen wir, daß in dem genannten Jahre 14 712 Klagen (im Vorjahr 13 702) ein- gingen. Nach Aussonderung derjenigen, die vor Abhaltung des ersten Termins erledigt wurden, blieben 14 208 Klagen (im Vorjahr 13 252). Hier von wurden erledigt: durch Vergleich 5976, durch Verzicht 572, durch Klagerücknahme oder Ruhenlassen 2962, durch Abgabe an das Innungs- schiedsgericht, das Kaufmannsgericht und so weiter 516, durch Anerkennungsurteil 60, durch Versäumnisurteil 1799, durch kontradiktorisches Urteil 1356 (und zwar mit Beweis- aufnahme 772, ohne Beweisaufnahme 574, nach Eidesleistung durch eine der Parteien 10); die übrigen 1067 Klagen waren am Schluss des Berichtsjahres noch nicht erledigt. Von den erledigten 13 141 Klagen wurden nur 4117 durch Verhand- lung mit Beistehern beendet. An den zu erledigenden 14 208 Klagen waren die einzelnen Kammern so beteiligt: I. Schneiderei und Näherei mit 2830, II. Textil-, Leder-, Fugindustrie mit 706, III. Baugewerbe mit 2185, IV. Holz- und Schnitzstoffe mit 780, V. Metalle mit 1767, VI. Nahrung, Beherbergung, Erziehung mit 2937, VII. Handel und Ver- fehr mit 1764, VIII. Allgemein mit 1239. Eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr ist besonders bei Kammer I, Kammer III, Kammer VI eingetreten. Die Kläger waren, wenn alle 14 712 eingegangenen Klagen berücksichtigt werden, bei nur 856 Klagen die Arbeitgeber, dagegen bei 13 856 Klagen die Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmer- klagen waren 2960 von Frauen und Mädchen, 416 von Heim- arbeitern, 73 von Lehrlingen, 151 von Kauf- und Arbeits- burgen. Wer die Klage gewann (mit dem ganzen An- spruch oder doch seinem wesentlichsten Teil), das gibt der Bericht nur für die zum kontradiktorischen Urteil gelangten Klagen an. Es gelangten zum kontradiktorischen Urteil von den 856 Arbeitgeberklagen 68, von den 13 856 Arbeitnehmer- klagen 1293, und es wurden gewonnen von diesen 63 Arbeit- geberklagen 33 (also 52% Proz.), von diesen 1293 Arbeit- nehmerklagen 641 (also 49% Proz.). Der Streitgegen- stand war: 8746mal Zahlung rüchständigen Lohnes, 5913 Lohn- oder Entschädigungsansprüche wegen Entlohnung vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung, 668mal Ausstellung eines Arbeitszeugnisses, 36mal Berech- nung und Anrechnung der von den Arbeitern und Haus- gewerbetreibenden zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge, 30mal Auflösung des Lehrverhältnisses, 23mal Fortsetzung des Lehrverhältnisses, 24mal Konventionalstrafen, 1012 Schadenersatz, 1039mal Herausgabe von Arbeitspapieren, Handwerkszeug usw., 42mal Wiederaufnahme der Arbeit, 85mal Rückzahlung von Kautionen, 10mal Zahlung von Lehrgeld, 20mal Zahlung von Kostgeld. Hierbei ist zu be- achten, daß oft mit einer Klage gleichzeitig mehrere Ansprüche geltend gemacht wurden. Der Wert des Objekts war (bei überhaup 14 712 eingegangenen Klagen): 5810mal bis 20 M., 4064mal über 20 M. bis 50 M., 2903mal über 50 M. bis 100 M., 1335mal über 100 M. Diesmal hatte das höchste Objekt einen Wert von 4000 M., das niedrigste einen Wert von — 10 Pf. Die Dauer der Erledigung wird in dem Bericht nur für die durch kontradiktorisches Urteil be- endeten Klagen angegeben. Das waren im ganzen 1460 (wenn 104 Reste aus dem Vorjahr mitgezählt werden), und hiervon wurden erledigt: 46 in weniger als 1 Woche, 108 in 1 bis 2 Wochen, 688 in 2 Wochen bis 1 Monat, 537 in 1 bis 3 Monaten, 81 in mehr als 3 Monaten. Der Bericht macht auch Angaben über den Verkehr im Anmeldezimmer des Gewerbegerichts. Es trugen dort 27 294 Personen ihr Anliegen vor, darunter 292 Arbeitgeber und 27 002 Arbeit- nehmer, unter letzteren 6597 weibliche Personen, und 12 729 Klagen wurden zu Protokoll gegeben.

Zur bevorstehenden Stadtratswahl

wird uns geschrieben: Für die Stelle eines besoldeten Stadtrats sind 49 Bewerbungsschreiben eingegangen. Unter den Bewerbern befinden sich dreizehn aus Berlin, darunter ein Rechtsanwalt, ein General- sekretär und ein Fabrikant, sowie ein Magistratssekretär; die übrigen sind Magistratsräte. Der Ausschuss hat in seiner letzten Sitzung eine Prüfung der Listen vorgenommen und wie üblich eine engere Liste der Bewerber aufgestellt. Dieselbe umfaßt 15 Namen. In zwei Wochen soll endgültig entschieden werden. Ob einer der Berliner Bewerber als Sieger aus der Bewerbung hervorgehen wird, ist durchaus nicht sicher, da auch unter den auswärtigen Bewerbern sich ganz beachtenswerte Kandidaten befinden und es im Ausschuss eine Gruppe gibt, die der Meinung ist, daß es wünschenswert sei, dem Magistrat von auswärts frisches Blut zuzuführen.

Was die Stelle eines unbesoldeten Stadtrats betrifft, so hat die Kandidatur des Dr. Wiemer in dem hierzu eingesetzten Ausschuss zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Herr Cassel hat erklärt, daß seine Fraktion sich mit großer Majorität für Herrn Dr. Wiemer ausgeprochen habe, während Herr Rosenow für die Neue Linke ein- stimmige Zustimmung für Wiemers Kandidatur versicherte.

Würde das zutreffen und würde auch wirklich diese Stimmung in der geheimen Abstimmung zum Ausdruck kommen, so hätte Dr. Wiemer alle Aussicht, als unbesoldeter Stadtrat gewählt zu werden.

Unseren Freunden kann es ja so ziemlich gleichgültig sein, ob Wiemer oder ein anderer zum Stadtrat gewählt wird, denn wenn es gegen uns geht, ziehen doch alle an einem Strange. Allein es sind doch Bedenken verwaltungsmässiger Natur, die gegen eine Kandidatur Wiemers sprechen. Die Wahl von unbesoldeten Magistratsmitgliedern ist gegründet auf das Wesen der Selbst- verwaltung. Durch den Eintritt des bürgerlichen Elements in das Magistratskollegium soll das Bürgerturn direkt an der Verwaltung beteiligt werden. Herr Cassel und Herr Rosenow, die sich immer als Verehrer für die Selbstverwaltung hinstellen, leisten derselben aber durch die Kandidatur Wiemer einen sehr schlechten Dienst, denn zu den gleichen Rechten gehören selbstverständlich auch die gleichen Pflichten.

Ganz abgesehen davon, daß Dr. Wiemer noch keinerlei städtisches Ehrenamt innegehabt hat, um sich einige Erfahrungen sammeln zu können, ist er so sehr mit Arbeiten überhäuft, daß er sehr wenig Zeit und Gelegenheit finden wird, sich in die Verwaltung ein- zuarbeiten.

Dr. Wiemer ist Mitglied des Reichstages und des Landtages, ferner Syndikus der Papier-Verufsgenossenschaft, Redakteur einer Tageszeitung, Vorstandsmitglied der freisinnigen Volkspartei und eifriger Agitator derselben. Alles das erfordert allein die Arbeits- kraft eines ganzen Mannes. Wo will er die Zeit hernehmen zur Wahrnehmung der Aufgaben, die ihm als Stadtrat zugewiesen werden. Dazu kommt, daß die Sitzungen des Reichstages des Landtages, des Magistrats und der städtischen Ver- waltungsdeputationen fast ausnahmslos zusammenfallen. Das wissen die „Wocher“ im Rathaus, sie wissen auch, daß schon jetzt im Magistrat manches im Argen liegt und daß es dringend wünschenswert ist, volle Arbeitskräfte heranzuziehen. Geht das nicht, bleiben die Geschäfte oft unerledigt, wodurch schwere Gefahren für die Verwaltung und für die Bürgerchaft herauf- beschworen werden. Damit kann doch auch der Stadt nicht gedient sein, daß ein Stadtrat täglich ein paar Duzend Unterleichten leistet, sich sonst aber so gut wie nicht um die ihm übertragenen Dezerate bekümmert. Es ist jetzt schon schwer, bestimmte Stadträte während ihrer sechseigenen Sprechstunden zu finden, so grobe Mühe man sich auch geben mag. Fortgesetzt wird aus Handwerker- und Unternehmerkreisen geklagt über Langsamkeit in der städtischen Verwaltung. Das liegt daran, daß einzelne Personen überlastet werden, während andere sehr wenig leisten. Das muß noch schlimmer werden, wenn der Magistrat durch Kräfte ergänzt wird die eben nur dem Namen nach vorhanden sind. Den Schaden von einem derartigen unverantwortlichen Verfahren wird immer nur die Selbstverwaltung haben.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 5. November, nachmittags 5 Uhr. Wahl von zwei Bürgerdeputierten für die Armenverwaltung mittels Stimmzettel. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betr. den Bau des Tunnels unter den Gleisen des Gürtler Bahnhofs zur Verbindung der Gürtler mit der Sienersstraße. — Vorlagen betr. die Her- stellung des Anschlusses der Regenwasserableitungen der Heimstätte in Buch an die neugeschaffene Logawasserleitung usw. nahe der Banke. — den Anschluß des auf Panower Gebiet gelegenen Sophien- Kirchhofes an die städtische Kanalisation von Berlin. — die Ver- teilung der Hufen aus dem Vermächtnisse des Hofrats Heyer, — den Abbruch der städtischen Ladenfront im Nordhofen. — den Erwerb des zur Freilegung der Straße 5a, Abteilung XI, und Bornholmer Straße erforderlichen Straßenlandes am Nordausgange der Straße 5a und die Mietung von Schulräumen im Hause Frankfurter Allee 4; außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, die Wahl eines Stadtbaurats statt.

Nächste Post nach Südwest. Eine Post nach Deutsch-Südwest- afrika geht von der Heimat wieder am 6. November ab. Sie benutzt die an diesem Tage abends 6.00 von Köln nach Verdier abgehende Bahnpost oder die von Hannover nachmittags 8.00 abfahrende Bahn- post nach Vortel. Die Post wird nach Southampton befördert, wo sie dem englischen Dampfer übergeben wird, der am 7. November nachmittags 4 Uhr in See geht. Von Kapstadt befördert sie ein Küstendampfer der Wörmannlinie nach Norden. Die Post trifft so am 27. November in Lüderichsund an und 30. in Swakopmund ein. Sie kommt hauptsächlich für Lüderichsund und die von hier aus be- dienten Orte in Betracht. Es sind dies Aus, Verieba, Oetanus, Brodwafer, Gibeon, Gochas, Hafum, Kalkfontein (Eld), Konus, Kretmanshoop, Kuisis, Koinahöhe, Wamas und Waranab. Befördert werden ausschließlich Gegenstände der Briefpost.

Eine Zentralkasse zur Förderung des Sports

ist am Montagnachmittag unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten v. Trott zu Solz gegründet worden. An der zu diesem Zweck ein- berufenen Konferenz nahmen teil: Das königliche Generalkom- mando des Gardelcorps, die Regierung in Potsdam, die Landrats- ämter des Kreises Zeltow und Niederbarnim, die Eisenbahndirek- tion, das Polizeipräsidium in Berlin, die Magistrats der Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Kirdorf, Lichterberg und Wilmersdorf, die Handelskammer und die Handwerkskammer. Ferner war eine große Anzahl von Turnvereinen, Schwimmclubs, Tennisklubs, Wandervereinen usw. durch ihre Vorstenden ver- treten; auch die Zentralkasse für Volkswohlfahrt, die deutsche Zen- trale für Jugendfürsorge, der Zentralausschuss für Volks- und Jugendspiele in Deutschland und der deutsche Reichsausschuss für olympische Spiele hatten Bevollmächtigte entsandt.

Ueber den Zweck der Gründung sagte der Oberpräsident folgendes: „Ich brauche nicht auseinanderzusetzen, welche hohe Be- deutung die körperliche Betätigung für die heranwachsende Jugend in dem Alter von der Entlassung aus der Schule bis zum Ein- tritt in das Heer hat. Was wir wollen, ist in wenigen Worten gesagt: Wir wollen ein an Seele und Körper gesundes Geschlecht heranziehen. Vorläufig ist für unsere Bestrebungen der Landes- polizeibezirk Berlin vorzusehen. Es sollen Orts- und Kreisaus- schüsse gebildet werden, die mit den Vereinen und der Regierung Fühlung nehmen. Wir legen nichts fern, als bei diesem Gedanken etwas zu schmälern; die Vereine und Verbände sollen volle Bewegungsfreiheit haben; ich würde es nicht für richtig halten, hier mit Zwang und Bestimmungen vorzugehen. Es ist aber außerordentlich wichtig, wenn eine Art Ausschuss als Berater da ist, um Hilfe und Anregung zu geben. Insbesondere kommt die An- stellung von Spielleitern in Betracht, die die Vermittlung zwischen den Vereinen und der Regierung zu erleichtern haben. Die Aufgaben eines solchen Ausschusses wären: Propaganda für unsere Ziele zu machen, das Interesse für unsere Bestrebungen in weite Kreise zu tragen und materielle Unterstützungen von Freunden für die gute Sache herbeizuführen.“

In der Diskussion wies der Oberbürgermeister von Charlotten- burg auf den Mangel an Spielplätzen hin; die Regierung möchte den Gemeinden zu minimalen Preisen große Flächen zu diesem Zweck zur Verfügung stellen. Kommervenzialrat Vögelsheim meinte, denjenigen Kreisen und Elementen, die sich der Jugend in vater- landschaftlicher Weise näherten, müsse das Wasser ab- gegossen werden. Schließlich wurde beschlossen:

Die Versammlung erklärt sich mit den vom Herrn Ober- prääsidenten niedergelegten grundlegenden Gedanken über die Förderung von Turnen, Spiel und Sport durchaus einverstanden. Die Versammlung hält die Lösung der Frage für dringend not- wendig und erachtet es als zweckmäßig, vorläufig einen Ausschuss von neun Mitgliedern einzusetzen, der die Bestrebungen auszu- arbeiten hat. Der Ausschuss hat seine Arbeit dem Herrn Ober- prääsidenten zu übergeben, der dann das weitere veranlaßt.“

Wenn man bedenkt, welche Schwierigkeiten durch die Behörden den aus Arbeitern zusammengesetzten sportlichen Vereinen gemacht werden, die nicht patriotisch gerichtet sind, wird man erst den wahren Charakter der neuen Gründung erkennen. Wäre es den obigen Sportfreunden ausschließlich um die Förderung des Sports ohne Nebenabsichten zu tun, so müßten sie in erster Linie die Re- gierung veranlassen, die gegen die Arbeiterturnvereine erlassenen Verfügungen aufzuheben, nach denen ihnen die Erstellung des Turnunterrichts an Jugendkinder verboten worden ist. Davon hören wir aber kein Wort. Herr Vögelsheim scheint den Zweck der Grün- dung ganz richtig erkannt zu haben, indem er von den Kreisen sprach, denen das Wasser abgegossen werden müßte.

Steinbergs „Teilhaber“.

Herr Adolf Steinberg, der „Direktor“ der „Ersten Berliner Krawattenakademie“ (Lindenstraße 43), hat kürzlich in seiner Beleuchtungsanlage gegen den „Vor- wärts“ den „Eriola“ gehabt, daß das Schöffengericht, wie wir

berichten, unseren Redakteur Genossen Davidsohn nicht nur zu einer Geldstrafe von 150 M., sondern auch noch zu einer in Steinberg selber zu zahlenden Buße von 300 M. verurteilte. Auf Zahlung dieser Buße erkannte das Gericht gemäß einem Antrag, den der klagende Steinberg durch seinen Anwalt gestellt hatte. Herr Steinberg hatte sich nicht daran genügen lassen wollen, daß das Gericht nur seine Ehre reparieren und der Justizkasse die von dem „Vorwärts“-Redakteur zu be- rappenden Moneten einzufassen sollte. Vielmehr hatte er gefordert, daß auch ihm selber noch Geld dazugegeben werde, alldieweil er durch den „Vorwärts“-Artikel an seinem Portemonnaie geschädigt worden sei. Und das Gericht billigte Herrn Steinberg die ge- forderten 300 M. zu, wiewohl in der Verhandlung weder von Steinberg noch von seinem Anwalt auch nur der leiseste Versuch gemacht worden war, eine Schwadigung nachzuweisen. Nun wird freilich der Herr Anwaltensadame, Direktor seinen vor Gericht rege gewordenen Appetit auf Bargeld zunächst noch ein bißchen be- zähmen müssen; denn da Genosse Davidsohn sich bei dem höchst an- sehnlichen Urteil des Schöffengerichts nicht berührt, so muß erst noch die Berufungsinstanz darüber entscheiden, ob Steinberg tat- sächlich als beleidigt und geschädigt anzusehen ist. Das hat aber einen Mann, der gegen Steinberg auf Grund eines alten Urteils von 1904 noch eine Forderung von 70 M. nebst Zinsen geltend macht, nicht gehindert, sich in- zwischen bereits bei uns zu melden und den Wunsch zu äußern, daß ihm sein Anteil an den vorläufig noch in der Luft schwebenden 300 M. gesichert werde. Es würde ihm, meint er, jede weitere Scherelei erspart bleiben, wenn er von den 300 M. sogleich seine 70 M. nebst Zinsen abbekommen könnte. Er hat jedoch unseren Redakteur Genossen Davidsohn einen Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte aufstellen lassen, durch den für den Gläubiger Steinberg die Forderung Steinbergs an Davidsohn in Höhe von 70 M. nebst Zinsen gepfändet wird. Hiernach darf Davidsohn als „Dritt- schuldnere“ an den Schuldner Steinberg insoweit nicht mehr zahlen, und der Schuldner Steinberg hat insoweit sich jeder Verfügung über die Forderung, insbesondere der Einkahlung, zu enthalten. Diese Eilefertigkeit des Gläubigers des Herrn Steinberg ist nicht über. Aber einstweilen wird er, ebenso wie Herr Steinberg selber, sich noch gedulden müssen, weil — wie schon gesagt — das Urteil gegen Genossen Davidsohn ja noch gar nicht rechtskräftig ist und noch seiner Wissen kann, was die Berufungsinstanz dem Herrn Steinberg beschieden wird. Es ist übrigens ein Glück, daß Herr Steinberg nicht noch mehr Gläubiger hat; sonst könnte es ihm passieren, daß von der „Buße“, auf die er hofft, gar nichts für ihn übrig bleibt.

Mehr Bewegungsfreiheit für die Gemeindefiskalinder, das ist der neueste Beschluß, den die Schuldeputation gefaßt hat. Sie hat sämtlichen Direktoren der Gemeindefiskalinder die Anweisung gegeben lassen, dafür zu sorgen, daß in den Unterrichtsplan die Kinder auf den Höfen nicht in Reih und Glied umherwandeln, sondern in zwangloser Weise sich bewegen. In manchen der Gemeindefiskalinder war man bereits so einsichtig, den Kindern einige Bewegungsfreiheit zu gewähren, ohne erst auf die Schuldeputation zu warten. In den anderen aber, wohl in den meisten, wurde ge- horiam immer noch an dem alten System festgehalten. Mit der jetzt allgemein eingeführten Neuerung wird endlich ein Wunsch erfüllt, der seit vielen Jahren von Eltern der Gemeindefiskalinder oft geäußert und im „Vorwärts“ immer wieder vorgetragen worden war. Früher wurde in der Regel geantwortet, es sei leider nicht möglich, die Kinder auf den Höfen sich frei bewegen zu lassen, sie würden da zuviel Staub aufwirbeln und auch einander umlaufen. Es freut uns, daß man nunmehr im Rathaus anderen Sinnes geworden ist. Festgehalten wird, so will es die Schuldeputation, nur an der Bestimmung, daß die Kinder, wenn sie die Treppen hinab- oder hinaufsteigen sollen, sich in Reih und Glied ordnen. Hiergegen ist nichts einzuwenden.

Um die Hebereste eines verbrannten Kindes handelt es sich an- scheinend bei einem Knochenfund, der in einer Hofwohnung des Hauses Wiesenstr. 30 gemacht wurde. Die Wohnung hatte einige Zeit leer gestanden und als jetzt der Arbeiter H. einzog, entdeckte er in der Küche eine Anzahl verbrannter kleiner Knochen, die vermutlich von einem Kinde herrühren. Sie sind polizeilich beschlagnahmt worden und werden gerichtlich untersucht werden.

Vom vierten Stockwerk abgestürzt. Durch Leichtsinm ist gestern nacht der 17jährige Arbeiter Anastasius Andrzejczak, Glasowstr. 40, lebensgefährlich verunglückt. Der junge Mensch war angebeutert heimgekommen und als er noch einmal fort wollte um weiter zu kneipen, verbot ihm dies sein Salzwirt. Anscheinend sagte sich auch A. Er legte sich zu Bett, erhob sich aber bald wieder und knüpfte heimlich eine dünne Schnur am Fensterknauf fest. Er wollte sich daran auf den Hof herunter- lassen. Raum hatte er frei in der Luft geschwebt, so riß das Seil und A. stürzte aus der Höhe des vierten Stockwerks in die Tiefe hinab. In besinnungslosem Zustande schafften Hausbewohner den Leichtsinmigen nach dem städtischen Krankenhaus, wo ein schwerer Schädelbruch, innere Verletzungen und Schenkelbrüche bei ihm fest- gestellt wurden. Der Zustand des Verunglückten ist hoffnungslos.

Auf einen Kindesmord deutet ein Leichenfund, der gestern auf dem Hofe des Grundstückes Wiesenstr. 9 gemacht wurde. Ein Haus- bewohner stieß auf ein Paket, dessen Umhüllung aus einem Molttuch und einer Zeitschrift bestand. Als er es öffnete, kam zu seinem Schrecken die Leiche eines neugeborenen Kindes zum Vorschein. Eine unbekannte Frauensperson hatte das Paket kurz vorher auf dem Hofe niedergelegt und es dann eiligst entfernt.

Im Berliner Aquarium erregen nach der neuen Besetzung, die sie infolge der reichhaltigen Zusendungen von Meerestieren erhielten, einige der Seewasserbüden ganz besonderes Interesse. Dies gilt zunächst von dem neben dem Tintenschnecken belegenden großen Becken, das jetzt Vertreter von vier Familien der quermäuligen Anneliden, die im Bau und Entwidlung eine Sonderstellung in der ganzen Fischklasse einnehmen, beherbergt; es sind Angehörige der echten Nereiden, der Tintiden, der Steniden und der Adler-Nereiden. Bildet bei den Tintiden, die vermöge eines zwischen Kopf- und Vordorschnitten eingelagerten elektrischen Organs höchst schmerzhaft und für kleinere Fische tödliche Schläge auslösen können, der Vorderkörper mit den Brustflossen eine fast kreisrunde Scheibe, so ist die Rumpfscheibe bei den anderen mehr oder weniger rhombisch oder drachenförmig, und auch sie haben ihre Verteidigungsmittel. Eine geradezu fürchterliche Waffe besitzt der bis zwei Meter lang werdende Stenid in seinem peitschenartig langen dünnen, mit großem widerhalligen Stachel ausgereihten Schwanz, mit welchem er im Schwimmen und Sand eingewühlt liegende Fisch nach dem unvorsichtig sich Nahnenden schlägt und diesem schreckliche Wunden beibringt, die entsetzliche Schmerzen, Krämpfe verursachen und zuweilen sogar den Tod herbeiführen.

Dem Zoologischen Garten hat Professor Vossler, der verdiente Gelehrte von der Versuchsanstalt Anani im Uambaragebirge, wieder ein wissenschaftlich hochinteressantes Geschenk aus Deutsch-Ostafrika in Gestalt von zwei Mäusekratten überwiesen. Diese zu den Insektenfressern gehörenden Tiere sind zum erstenmal lebend nach Europa gekommen und in die Gefangenschaft eingeführt worden. Neben den schon früher einmal erwähnten kleinen Elefanten-Epithymen aus Nordafrika bilden die ungleich größeren deutsch-ostafrikanischen Mäusekratten eine bemerkenswerte Bereicherung des Gartens. Sie haben übrigens mit dem schuppigen Rattenungeziefer nichts gemein, sondern truppeln in ihrem jetzigen Heim, dem alten Tierhaus am Hauptrestaurant, auf dünnen, verhältnismäßig hohen Beinen zierlich einher und knüpfeln mit den kurzen, stabförmigen Häufchen fortwährend in der Luft herum.

An diesem ersten Sonntag im Monat November kostet der Eintritt nur 25 Pf. pro Person.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 1 Uhr kam in dem Eckhause Neue Schönhauser Straße 10 und Rosenthaler Straße ein

Dachstuhlbrand zum Ausbruch, der die Feuerwehr mehrere Stunden beschäftigte. Trotzdem die Wehr sofort nach ihrer Ankunft mit mehreren Hochdruck Wasser gab, konnte es bei der großen Ausdehnung des Brandes nicht verhindert werden, daß der Dachstuhl des Hauses, in dem sich die bekannte „Rote Apotheke“ befindet, ein Raub der Flammen wurde. Ueber die Entstehung des Brandes konnte nichts ermittelt werden. Kurz vorher hatte die Wehr in der Kottbusser Straße 18 zu tun, wo in einem Stalle Feuer ausgebrochen war. Ein zweiter Stallbrand, bei dem 20 Pferde in Gefahr schwebten, kam in den Stallungen von Körting u. Lehmann in der Greifswalder Str. 20 zum Ausbruch. Der Automobilzug war schnell zur Stelle und es gelang, sämtliche Pferde zu retten, auch den Brand auf den Stall zu beschränken. Furniere und anderes wurden in der Wassertorstr. 14 in einer Tischlerei ein Raub der Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Spandauer Str. 30/31, Svinemilander Str. 43, Markgrafstr. 94 und an anderen Stellen zu tun.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Morgen Donnerstag, abends 9 Uhr: 3. Abteilung in Schöneberg bei Dieck, Brunenwaldstr. 110 und 4. Abteilung in Lichterfeld bei Bedmann, Samariterstr. 11. In beiden Abteilungen Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung mit nachfolgenden praktischen Übungen. Da mit diesem Vortrage der eigentliche Samariterkursus beginnt, können neue Mitglieder noch eintreten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Ansichten für die baldige Einführung der Wertzuwachssteuer in Charlottenburg sind noch immer äußerst geringe. Wohl ver- sprachen auch von den „liberalen“ Stadtverordneten und Kandidaten bei der Gemeindevahl im vorigen Jahre verschiedene Herren recht energisch für die Einführung einer Wertzuwachssteuer einzutreten. Aber, was wir bereits damals vorausgesetzt haben, scheint Wort für Wort eingutreten: den „liberalen“ war es mit den Auslassungen und Versprechungen über die Wertzuwachssteuer im Vorjahre mehr um eine Betörung der Wähler als wie im Ernst um die Einführung dieser Steuer zu tun. Die Verwirklichung dieser Annahme ergibt sich aus dem bisherigen Verlauf der Dinge von selbst.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Juni dieses Jahres kam der Antrag unserer Stadtverordneten zur Veratung. Der- selbe lautete:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat eruchen, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen, durch welche eine Wertzuwachssteuer in Charlottenburg eingeführt wird.“

Damals nahmen die „liberalen“ aber keineswegs eine klare Stellung zu der Frage ein, sondern ihr Redner beschränkte sich darauf, zu erklären, daß unter den „liberalen“ die Ansichten über diese Frage sehr auseinandergingen und man erst die Ausschüß- beratungen abwarten müsse, um weiter zu der Sache Stellung nehmen zu können.

Diese Ausschüßberatungen haben nun — soweit wir dies erfahren konnten — ihren Abschluß erreicht. Daß was besonders dabei herausgekommen ist, darf man nicht behaupten. Die „liberalen“ haben alle in den Ernst ihrer Wahlversprechungen gesetzten Zweifel voll bestätigt und auf absehbare Zeit wird an die Einführung der Wertzuwachssteuer in Charlottenburg nicht zu denken sein.

Im Magistrat ist angeblich eine Mehrheit für eine Wertzuwachs- steuer vorhanden, aber man glaubt dort, nur dann in Charlotten- burg mit einer solchen Steuer Erfolg zu haben, wenn auch die anderen westlichen Vorortgemeinden die Wertzuwachssteuer einführen. Daran dürfte aber für die nächste Zeit nicht zu denken sein. Inzwischen habe man sich in Charlottenburg mit der Verdoppelung der Steuer aus unbedautem Grund und Boden zu befehlen verurteilt. Und die daraus sich ergebenden Mehrerträge im laufenden Jahre könnten durchaus befriedigen. — Nun ist das mit den Mehrheiten im Magistrat für eine Sache, die verheißt nicht durchzuführen will, eine eigene Sache. Durch reine Freundschafterklärungen ist den Besitzverordnern der Wertzuwachssteuer nicht geholfen und wenn der Magistrat einmal dann, wenn Charlottenburg vollständig erschlossen ist, mit der Wertzuwachssteuer kommt, dann hat dieselbe keinen be- sonderen Wert mehr.

Noch unsicherer, unbestimmter und unbegründeter aber ist die Stellung der „liberalen“ zu dem Antrag unserer Genossen. Was sie im Plenum nicht sagten, holten die Herren im Ausschüß nach. Vielesicht war es nur Zufall, daß die Mehrzahl der „liberalen“ Ausschüßmitglieder überhaupt aus Gegnern der Wertzuwachssteuer bestand? Aber fest steht, daß die „liberalen“ fast durchweg gegen den sozialdemokratischen Antrag sprachen. Einmal wendeten sie sich dabei gegen die Wertzuwachssteuer an sich, dann hielten auch sie die- selbe — entsprechend den Ansichten des Magistrats — nur im Ein- vernehmen mit den übrigen westlichen Vororten für durchführbar. Zuletzt aber stiegen den Herren überhaupt Zweifel darüber auf, was eigentlich unter einer Wertzuwachssteuer zu verstehen ist. Einmal, was sie darunter verstehen könnten, zweitens was die anderen sich dabei denken würden. Am Ende kamen sie sich völlig hilflos und verlassen vor, sie wußten in ihrer Mehrheit nicht mehr recht ein noch aus. Da winkte ihnen als einzige Zu- flucht aus diesem Gedränge der Wunsch nach Einsetzung einer gemischten Deputation, in welcher die Herren sich — gemein- sam mit dem erleuchteteren Magistrat zunächst über die nebensächlicheren Fragen der Wertzuwachssteuer unterhalten wollen. Das heißt: Ehe die Herren sich im Prinzip für die Einführung der Wertzuwachssteuer erklären, wollen sie sehen, ob ihnen vom Magistrat eventuellenfalls eine Wertzuwachssteuervorlage präsentiert werden kann, die niemand wehe tut, die das „Prinzip“ wahr, sonst aber der Stadt nichts nützt und dem Geldbeutel der des unbedeutenden Wertzuwachses sich Er- freunden nichts schadet.

So wurde denn der Antrag unserer Genossen kurzerhand ab- gelehnt. Zwar nur mit sehr knapper Mehrheit, aber bis zur nächsten Veratung im Plenum werden die schwankenden Geister schon wieder „geklärt“ sein — die Geschichte mit der Uebernahme der Regie der Zahlleistungen für die Stadt wies darin schon ergötliche Episoden auf — um den Verschleppungsanträgen der „liberalen“ eine feste Mehrheit zu sichern.

So wurde denn beschlossen, den Magistrat zur Einsetzung einer gemischten Deputation zu veranlassen und ferner wurde eine Reso- lution angenommen, nach der die Stadtverordnetenversammlung erklären soll, daß sie dem Gedanken der Einführung der Wert- zuwachssteuer, vorbehaltlich der Regelung der Einzelheiten, grund- sätzlich geneigt gegenübersteht.“

Diese Resolution besagt absolut gar nichts. Sie soll wohl auch nur dazu beitragen, durch eine ganz unverbindliche Symptomie- erklärung für die Wertzuwachssteuer, die durch den obigen Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation bezweckte Verschleppung der ganzen Sache zu vermeiden. — Es ist von geradezu drohlicher Komik, daß jetzt dieselben Leute, die schon jahrelang über die Wert- zuwachssteuer mit diskutiert haben, die im Herbst 1907 ihren Wählern in lebhaften Worten die Vorzüge oder Nachteile der Wertzuwachs- steuer auseinandersetzen, das Bedürfnis fühlen, sich in einer ge- mischten Deputation überhaupt erst den Begriff der Wertzuwachs- steuer erläutern zu lassen.

Gesetzt den Fall, diese gemischte Deputation tritt wirklich einmal zusammen, so kann es möglich sein, daß wenn den Herren „liberalen“ der Begriff der Wertzuwachssteuer klar geworden ist, es in Char- lottenburg unbedauten Boden überhaupt nicht mehr gibt.

Milchhäuschen sind in Charlottenburg eingerichtet worden und werden jetzt dem Betrieb übergeben. Sie befinden sich auf dem Wittenberg-, Stuttgarter und Friedrich-Karl-Platz. Sie sollen von dem Verein für Kaffeehäuser und Erfrischungskarren als Wohl- fahrtsanstalt betrieben werden. Als Preise schlägt der Magistrat u. a. vor: Vollmilch, Magermilch, Buttermilch, Kaffee, Kola, Tee, Seltener Wasser, Naturlimonade, zwei trockene Semmeln, eine gestrichene Semmel, Kuchen 5 Pf., Bouillon, Limonadenbrause und alkohol-

freier Punsch 10 Pf. Die Häuschen sollen im Sommerhalbjahr von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends, im Winter von 7 bis 7 geöffnet sein, am Stuttgarter Platz bis 9 Uhr.

Der beschlossene Magistrat. Auf dem Grundstück Leibnizstr. 67 stehen während der Nacht die Sprengwagen der Stadt Charlotten- burg. In der vorgelagerten Nacht drangen nun Diebe dort ein und schraubten von sieben Sprengwagen 14 Sprengkräusen und 12 Stiele aus Gelbfuß ab und entwendeten die Leise. Der Charlottenburger Magistrat hat durch die dreifachen Spigubenen einen Schaden von etwa 700 M. erlitten.

Schöneberg.

Eine städtische Rechtsauskunftsstelle ist nunmehr in der Apostel- Paulus-Straße 2 eröffnet. Laut Beschluß der Stadtverordneten ist der Betrieb dem Gemeinnützigen Verein für Rechtschutz in Groß- Berlin übertragen worden. Unsere Genossen waren dagegen und vertraten den Standpunkt, daß wenn etwas Gedeihliches geschaffen werden soll, dies nur in städtischer Regie geschehen könnte. Die bürgerliche Mehrheit lehnte diesen Antrag ab und nahm die Magistratsvorlage an. Die Stadt überläßt dem Verein die dazu notwendigen Räume und Einrichtungen unentgeltlich und zahlt jährlich 2000 M. zu. Der Verein verpflichtet sich, eine Person zu stellen, die an allen Werktagen nachmittags von 5 bis 7 Uhr Sprechstunden abhält. In der Rechtsauskunftsstelle wird unentgeltlich Rat und Auskunft an 11 b e m i t t e l t e in Fragen der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, Handwerker- und Arbeiterkündigungsgesetzgebung sowie in sonstigen Angelegenheiten des öffentlichen und des bürger- lichen Rechtes erteilt.

Die von der Gewerkschaftskommission errichtete Auskunftsstelle befindet sich nach wie vor bei dem Genossen Ernst K o l a n k e, Meiningen-Straße 8, 3 Treppen. Hier werden auch Schriftsätze an- gefertigt.

Rigdorf.

Der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Rigdorf hat einen Bericht über die Geschäftsjahre 1906 und 1907 herausgegeben. Der Bericht wird den Mitgliedern des Vereins bei der in diesen Tagen erfolgenden Einammlung der Beiträge zugestellt. Die Bei- träge werden durch die beiden Fürsorgegeschweherten des Vereins ein- gesammelt. Vereinsmitglieder, die den Bericht nicht erhalten und Inter- essenten wollen sich melden in der Geschäftsstelle des Vereins, Richardstraße 118, Lueregebäude I. (Dienstag und Freitag von 2—4 Uhr.)

Lankwitz.

„Moral und Beseuerung“ lautete das Thema, über das Genosse F e n d e l in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte. Der Vortrag, in dem Redner die erneute Verletzung der unteren Volksschichten scharf kennzeichnete, fand lebhaften Beifall. — Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß am Donnerstag, den 5. November, Genosse J u b e i l im Lokal Bräuer, Marienfelder Straße, abends 8 Uhr, über: „Die Kriegsbeute“ spricht und erludete, für regen Besuch derselben Sorge zu tragen. Ein Antrag der sozialdemokratischen Frauen betrifft Zusammenlegung der Lebende mit Lichterfelde wurde abgelehnt. Zum Schluß der Versammlung machte die Lokalkommission auf eine bessere Beachtung der Lokalliste aufmerksam.

Steglitz.

Der sozialdemokratische Verein veranstaltet am Sonnabend, den 21. November, im „Rheinschloß“ in Friedenau ein Winterfest, dessen Programm den Charakter eines heiteren Abends trägt. Für die Mitwirkung sind berufene Kräfte gewonnen worden. Herr Frey Richard vom Deutschen Theater wird die Rezitationen ausführen, Fräulein Käthe Völlerling wird singen, während Herr Leo Reiten- berg den Klavierpart übernommen hat. Da das gesellige Beisammen- sein zugleich dem Zwecke der Agitation unter den Arbeiterfrauen und -Mädchen dienen soll, wird Genossin Luise J e y eine Festrede halten. Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind bei den Partei- genossen zu haben.

Schmargendorf.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Red Bericht vom verfloffenen Quartal. Die Mitgliederzahl stieg von 64 auf 78 mit Einschluß von 7 Frauen. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 97 M. und eine Ausgabe von 143,65 M. Das große Defizit rührt von den erst in diesem Quartal bezahlten Rechnungen für das Material zur Landtagswahl her. Weiter wurde bemängelt, daß die Genossen die reichhaltige Bibliothek so wenig in Anspruch nehmen. An jedem Jahlabend können Bücher ausgeliehen werden und sollten die Genossen die kommenden Winterabende besser dazu benutzen, ihr Wissen durch Lesen guter Bücher zu bereichern. Neu aufgenommen wurden ferner 8 Genossen und 1 Genossin. In lebhafter Diskussion wurde dann noch über zweckmäßigere Agitation unter den Arbeitern debattiert.

Adlershof.

In einer imposanten von über 600 Personen besuchten Volks- versammlung sprach Genosse P a u l G ö h r e über „Religion, Kirche und Arbeiter“. Redner zeigte, wie die Sozialdemokratie immer mehr die Erbin der unerschütterlichen Ideale geworden sei und diese auf dem Boden der modernen Weltanschauung zu verwirklichen suche. Zwischen den Entbehrten und der heutigen Kirche gähne eine unüberbrückbare Kluft. Daher sei es Pflicht jedes modernen Arbeiters, seinen Aus- tritt aus der Kirche zu vollziehen. Redner erntete für seine Aus- sührungen großen Beifall. Da von den anwesenden Gegnern sich niemand zum Wort meldete, so fand eine Diskussion nicht statt. Der Vorsitzende Genosse G o p p e forderte die Versammelten zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement auf den „Vor- wärts“ auf. Während der Versammlung meldeten 40 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche an. Weitere Anmeldungen nahmen bis zum 22. November noch folgende Genossen entgegen: Robert Weil, Genossenschaftl. 7; Gödel, Genossenschaftl. 9; Frau Hortly, Genossenschaftl. 19 und Gundel, Sedanstr. 30.

Glienke bei Hermsdorf.

Eine öffentliche Versammlung fand am Sonntag in dem und seit kurzen zur Verfügung stehenden Lokal von Schulz in der Haupt- straße in Glienke statt. Die Versammlung war gut besucht und namentlich die vielen Frauen hörten aufmerksam die Darlegungen des Genossen K a r l L e i d über „Die Frau und der Sozialismus“. Der Redner zeigte, wie, von gewissen Perioden abgesehen, die Stellung des weiblichen Geschlechts, obwohl sie sich infolge der ver- änderten Produktionsbedingungen mit vielen änderte, doch immer die von Unterdrückten, Wesen zweiten Grades, von doppelt Rechtlosen gewesen sei. Die Frauenfrage sei ein Teil der sozialen Frage und könne nur mit ihr gelöst werden durch die Sozialisierung der Gesell- schaft. Das bedinge aber die Mitarbeit auch der Frau im politischen Leben. In der Diskussion des mit Beifall aufgenommenen Vor- trages forderte Genosse J o h n die anwesenden Frauen zum Beitritt in die politische Organisation auf.

Friedrichsfelde.

Ueber die Ursachen der wirtschaftlichen Krisen referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse H a o. Nach kurzer Diskussion hierüber machte der Vorsitzende darauf auf- merksam, daß am 18. November die Verbreitung des Agitations- kalenders und am 25. eine öffentliche Versammlung stattfindet. Er erludete um rege Beteiligung der Genossen an beiden Ver- anstaltungen.

Nieder-Schönebeide.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Dehmle den Vorstandsbericht. Es haben im letzten Quartal statt- gefunden: eine Generalversammlung und zwei Mitgliederversamm- lungen. Aufgeschlossen wurden wegen Nichtbeteiligung an der

Landtagswahl die Genossen Wilhelm Scholz, Sahlow und Schütt. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 98, darunter 14 Genossinnen. Der Kassenbericht des Genossen Stein weist eine Einnahme von 143,55 M. und eine Ausgabe von 150,10 M. auf. An den Zentralvorstand wurden 95,70 M. abgeliefert. Die Parteispedition hatte einen Ueberfluß von 17,64 M. Die Zahl der „Vorwärts“-Leser beträgt 168. Aus den Ertragsabläufen zum Vorstande gingen folgende Genossen hervor: Gafert, II. Vorsitzender, Land, Schriftführer, Vogt, Revisor. Der Vorsitzende eruchte noch die Genossen, recht zahlreich das am 14. November im Wirtshaus Lorelei stattfindende Stiftungsfest zu besuchen. Zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, die Genossen, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, schriftlich zu mahnen.

Weihenfee.

Ueber das Verschwinden von 45 000 M. Gemeindegeldern wird seit einiger Zeit in der hiesigen „Vürgerpost“ berichtet. Wie man uns mitteilt, handelt es sich hierbei um einen Pflichtigkeitsfehler bei der Aufstellung des Etats. Der Tatbestand ist folgender: Dem Grunderwerbsfonds ist außer einer Summe von 261 000 M. noch eine weitere Summe von 1 500 000 M. aus Anleihemitteln überwiesen. Die Unkosten bei Aufnahme der letzteren Anleihe betragen 3 Proz. gleich 45 000 M. In der ersten Vorlage des Etats stand, daß diese Summe an die außerordentliche Gemeindeverwaltung abzuführen sei, während tatsächlich diese Summe durch den Grunderwerbsfonds gedeckt werden mußte. In der Sitzung der Etatskommission wurde denn auch beschlossen, obige Summe auf die einzelnen Grundstücke, die aus dem Grunderwerbsfonds angekauft wurden, mit 1/3 Proz. zu verteilen. Da nunmehr die vorgesehene Kenderung geschehen, hätte die erste Position aus dem Etat verschwinden müssen, weil die 45 000 M. an die außerordentliche Gemeindeverwaltung jetzt nicht mehr abgeführt werden brauchen; das ist nicht geschehen. Die Sensation der „Vürgerpost“ ist ein Schlag ins Wasser, denn schon längst ist dieser Fehler im Finanzbureau entdeckt und es lag keine Veranlassung vor, zu berichtigen, da es sich um einen Voranschlag handelt und die Gemeindeverwaltung durch den obigen Beschluß der Etatskommission gedeckt war.

Nieder-Schönhäusern.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Düwelle einen Vortrag über den Nürnberger Parteitag. Eine Diskussion fand nicht statt.

Unter Vereingangsgelegenheiten machte der Vorsitzende Genosse Hellrich auf die anlässlich der Gewerbegerichtswahlen im November stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam, ferner gab er bekannt, daß am Sonnabend, den 28. November, abends, ein Lichtbildervortrag des Genossen Roth über: „Im Reiche der schwarzen Diamanten“ stattfindet. Diejenigen Wahlvereinsmitglieder, die es unterließen, bei der letzten Ertragwahl ihrer Wahlpflicht zu genügen, sollen zufolge eines von der Versammlung angenommenen Antrages nochmals vom Vorstand geladen werden. Für den Fall des Richterscheiterns soll mit aller Strenge gegen dieselben vorgegangen werden.

Der Bericht aus der letzten Gemeindevertreterversammlung zeigte so recht, wie sehr die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zurücktreten müssen, wenn kein Vertreter derselben die bürgerlichen an ihre sozialen Pflichten erinnert.

Um so beschämender und bedauerlicher ist es aber, daß die große Masse der Parteigenossen, nachdem uns die letzte Ertragwahl neben dem Verlust des einzigen Mandats einen so großen Stimmenrückgang brachte, es nicht einmal für ihre Pflicht erachteten, die nunmehr dringend notwendigen Agitationsarbeiten bei altgewohnter, guter Poesierung zu verrichten und die Zahlende und Mitgliederveranstaltungen regelmäßig zu besuchen. Hoffentlich sind die Parteigenossen bei der im November einsetzenden Agitationsarbeit in großer Anzahl auf dem Posten.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Hummel, Sophienstr. 5: Vortrag.
Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“. Heute Mittwoch abend 8 1/2 Uhr bei Bolz, Rodenbergstr. 8: Sitzung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk NO. Donnerstag, den 5. November, abends 9 Uhr, in „Bachus Klubhaus“, Landwehrer Straße 85: Vortrag. — **Bezirk Weihenfee.** Freitag, den 6. November, abends 9 Uhr, im Restaurant Ulrich, Wilhelmstr. 8, Ecke Streustr. — **Bezirk Charlottenburg.** Freitag, den 6. November, abends 9 Uhr, in den „Charlottenburger Festsaal“, Kaiser-Friedrich-Str. 24: Vortrag.
Les- und Diskussionsklub „Zukunft“. Heute abend Sitzung bei Lohndorf (Nachfolger Karl Schulz), Götze Str. 58.

Vermischtes.

Erneute Erdbeben im Vogtland.

Plauen (Vogtland), 3. November. In der Gegend von Brambach, Unterlachsenberg, Adorf und Falkenstein wurden gestern, wie aus Plauen berichtet wird, wieder heftige Erderschütterungen verspürt. In Brambach wurden von 11 Uhr vormittags bis 2 1/2 Uhr nachmittags etwa sechzig Erdbebenstöße, die von fast ununterbrochenem, donnerähnlichem Rollen begleitet waren, gezählt. In Falkenstein waren zwei Stöße so stark, daß viele Gegenstände sich bewegten, Türen zuschlugen, Fenster klickten und eine Kirchturm-mauer einstürzte.

Erstickt. Einer Meldung aus Düsseldorf zufolge sind in Kettwig gestern morgen der Steinbrucharbeiter Hermann Vollenbach, seine Frau und zwei seiner Kinder in den Betten tot aufgefunden worden. Der Tod ist durch Erstickten eingetreten, anscheinend infolge der Gase einer in der Stube brennenden Petroleumlampe. Drei im Nebenzimmer schlafende Kinder blieben unversehrt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Erbschafts-Akte Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl 100 wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Weöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Erbschafts-Akte um 6 Uhr. Jeder Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Erbschafts-Akte vor.

N. 10. 1. Ja. Im Zweifel entscheidet der Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Neu-Adeln am Wasser 8. Wenden Sie sich dorthin. 2. Die niedrigste Karte. — **N. 2. 84.** 1. Leider nein. 2. Ja, aber auf Antrag kann die Steuerdeputation, wenn Sie den Sachverhalt darlegen, Freistellung von der Steuer verfügen. — **N. 75.** Nein. — **N. 100.** 1. Nur wenn ein Verschulden des Jahreszins nachgewiesen ist, haftbar wäre da nur der Jahreszins selbst, nicht die Rente. Die Entscheidung hängt im wesentlichen von einem ärztlichen Gutachten ab, das in der Regel für ein Verschulden des Kollegen nicht ausreicht. 2. Dem Verkäufer steht das Eigentumsrecht nicht zu. 3. Die Klage auf Herausgabe ist bei dem Landgericht anzustellen. Anwaltsantrag ist vorhanden. 4. Ja, die Sachen kosten dem Wert. — **N. 2. Rein. — N. 6. 109.** 1. und 2. Ja. 3. Rein: wird innerhalb der Empfangsfrist noch ein anderer intimer Verkehr gepflegt, so können Altmeide nicht verlangt werden. — **N. 20. Ja.** — **Kollegen 128.** Darüber besteht in Gelehrtenkreisen Streit. Die herrschende Ansicht geht dahin, Bonifikationen ist mehr Anreizung als Nahrungsmittel. — **N. 3. 100.** 1. Ja. 2. Die eventuelle Interpellationsfrage über Frau würde voraussichtlich Erfolg haben. 3. und 4. In der Regel läßt sich die Gerichtskasse auf Zahlung wegen der Kosten ein. 5. Keineswegs. — **Grund 3.** Ranggebühren können verlangt werden. Das ist aber keine Strafe. — **N. 8. 176.** Inordentlich ist es, die Anmeldung umgehend vorzunehmen. Eine bestimmte Frist ist nicht erforderlich. Der Antrag muß aber 14 Tage lang gedauert haben, da manche Anstände zu berücksichtigen sind, so kann auch bei Bescheinigung durch den Standesbeamten eine längere Zeit als drei bis vier Wochen für die Zeit zwischen der Anmeldung und der Geburt vergehen. Dem Standesbeamten sind beizubringen die Militärpapiere, die Geburtsurkunden und, falls die Frau minderjährig (noch nicht 21 Jahre alt) ist, die polizeilich beglaubigte Einwilligung des Vaters. — **N. 80. Ja.** — **N. 8. 33.** Solange Sie die Mutter unterrichten würde die Anzeige keinen Erfolg haben. Ebenso wenig, wenn Sie 27 Jahre alt geworden sind. — **N. 2. N. 36.** Wenden Sie sich an einen Arzt.

Eingegangene Druckschriften.

„**Dokumente des Fortschritts.**“ 10. Heft. Intern. Revue. Einz. 1 M. Verlag: G. Reimer, Berlin W. 35.
Kaufmännische Buchführung in staatlichen und städtischen Betrieben. Von Dr. jur. B. Baldschmidt. 1 M. Verlag: O. Liebmann, Berlin W. 57.
Der Menschenkenntnis. Nr. 7. Monatschrift für praktische Psychologie. Herausgegeben von Dr. A. Städe. 60 Pf. Verlag: D. Wigand, Leipzig.
Memoiren von Verta v. Zuttner. Mit drei Bildnissen der Verfasserin. Geb. 10 M., geb. 12 M. Eintragsart, Deutsche Verlagsanstalt.
Jahresbericht des Provinzialvorstandes und des Parteifreizeits der Sozialdemokratischen Partei Westprezens. 12 S.
In einer Regenschule. Von A. Deule, Regenerleben in Ostafrika. Leipzig, J. A. Brockhaus. Geb. 10 M.
Die Gesundheit. Herausgegeben von „Arbeiterwohl“. 75 Pf. — **Gemeinnützige Volksbibliothek.** Nr. 1. **Die Aufgaben der Volksgesundheitspflege.** Nr. 2. **Die Hygiene der Arbeit.** Nr. 3. **Ueber Arbeiterkrankheiten.** Nr. 4. **Erster Unterricht in der Samariter-Handfertigkeit.** Nr. 5. **Zweiter Unterricht in der Samariter-Handfertigkeit.** Nr. 6. **Die Gesundheit der Schulkinder.** Einz. 5 Pf. Volksvereinsverlag, M. Gladbach.
Zwei Jahre unter den Indianern. Lieferung 1. Reisen in Nordwest-Brasilien 1903/1905. Von Dr. Th. Koch-Grünberg. 24 Lieferungen a 75 Pf. Verlag: C. Wasmuth, Berlin W. 8.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft etwas lebhafter, Preise unverändert. **Wild:** Zufuhr reichlich, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. **Geflügel:** Zufuhr sehr reichlich, Geschäft ziemlich reger, Preise unverändert. **Rind:** Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. **Schaf:** und **Kälber:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Säfte:** Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fest.

Wetterungsüberblick vom 3. November 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C. = 32° F.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 0° C. = 32° F.
Stommende	769 S	2 wolkig	4	Saparanda	753 S	bedeckt	-2				
Danzburg	768 S	3 wolkig	0	Wetterburg	761 S	2 Regen	4				
Berlin	768 S	2 bedekt	4	Siedig	769 S	4 wolkig	13				
Frankfurt	767 S	2 bedekt	2	Aberdeen	766 S	1 bedekt	11				
München	767 S	3 bedekt	-0	Paris	764 D	1 bedekt	-2				
Wien	769 S	Rebel	-2								

Wetterprognose für Mittwoch, den 4. November 1908. Bismlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe, aber trocken, bei mäßigen südwestlichen Winden. **Berliner Wetterbureau.**

Wasserstands-Nachrichten der Landesamt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	2. 11.	1. 11.	em	em		2. 11.	1. 11.	em	em
Remel, Mühl	123	+1			Saale, Großh.	74	+10		
Bregel, Ankerburg	85	+4			Saale, Spandau	37	+3		
Beißel, Horn	86	-3			Radem.	22	-6		
Oder, Rathor	65	-3			Spre, Spremberg				
Kroffen	67	0			Reesow	68	0		
Frankfurt	79	-1			Wenden	-100	+3		
Barth, Schimm	24	0			Wenden	-40	-1		
Landberg	4	-			Rein, Raminlandau	307	-4		
Reze, Borsdamm	-9	-1			Kaub	107	+2		
Elbe, Reitmerg	-74	-14			Rin	76	-2		
Dresden	-188	0			Redar, Dellbronn	36	+11		
Barb	25	-2			Rain, Wertheim	101	+1		
Magdeburg	61	+15			Roel, Trier	12	-2		

+) + bedeutet Hoch. —) —) bedeutet Tief.

Preiswerte, warme Knaben-Kleidung



- Marineblaue Anzüge v. M. 2²⁵ an
 - Kammgarnart. Anzüge v. M. 5⁵⁰ an
 - Loden-Joppen gefüttert v. M. 3⁷⁵ an
 - Beinkleider 90 Pf. | Blaue Leibchenhosen gefüttert M. 1⁷⁰ | Farbige Blusen von M. 1³⁰ an
 - Blaue Pyjacks . . . von M. 4²⁵ an
 - Winter-Paletots . . . von M. 5⁵⁰ an
 - Loden-Pelerinen . . . von M. 5⁵⁰ an
- Rodler - Jacken, Rodler - Mützen, Rodler - Schals und Handschuhe sehr billig

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestraße 29/30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20
Der Hauptkatalog No. 35 (Neueste Knaben-Moden) auf Wunsch kostenlos u. portofrei.

An die arbeitende Bevölkerung.

Tausende von Kindern erhalten kein warmes Mittagessen, weil die Mutter außer dem Hause arbeitet, oder weil die Hauptmahlzeit erst abends gekocht wird, wenn der Vater von der Arbeit kommt. Die Kinder erhalten mittags meist Kaffee und Brot usw. Eine solche Ernährung ist für die Kinder gesundheitschädlich. Wir verabreichen in unseren Kinder-Vollstücken für Kinder im Alter von 2-6 Jahren ein Mittagessen für 5 Pf., sowie für schulpflichtige Kinder ein Mittagessen für 10 Pf.; auch kann das Essen nach Hause geholt werden. Die Anstalten befinden sich: Freiligrathstr. 7, Bredowstr. 22, Antonstr. 35, Grünhäger Str. 17, Zwinckmünder Straße 26, Zerschelstr. 3, Mulackstr. 35, Wilhelm-Str. 20, Straße 10, Gubener Str. 13, Förker Str. 51, Bachmannstr. 11, Gleimstr. 13, Turiner Straße 3, Gubener Str. 5, Stralauer Platz 67, Großgörschenstr. 23. Marken a 5 Pf. und 10 Pf. sind in den mit Plakaten versehenen Verkaufsstellen zu haben, welche auch in den Kinder-Vollstücken zu erfahren sind. 48992* P. S. Die Kuchen sind, außer an Sonn- und Feiertagen, von 11 1/2 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags geöffnet. Der Vorstand des Vereins für Kinder-Vollstücken, Hermann Abraham, Vorsitzender.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, nicht an Moritzplatz, 10-2.5-7. Sonntags 10-12.2-4.

J. Meier's Fest-Säle, Sebastian - Straße 39, Telefon: Amt 4 Nr. 10360. Empfehle meine Säle bis 400 Pers. fast zu Verjamm. u. Benutzungen. Sonnabende u. Sonntage noch frei.

H. Pfau, Bandagist Berlin Direksenstraße 20, zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksgesundheitsamt. — Amt VII, 13799. Für Damen weibliche Bedienung. * Referenz für alle Krankenkassen.

46 eigene Fischdampfer

D. D. „Nordsee“ Ges. Von frischen Fängen empfehlen wir: pro Pfund
ff. Goldbarsch (sehr fein, wie Zander) 28 Pf.
ff. Bratflundern 25 Pf.
ff. Schollen (1-3 pfündig) 30 Pf.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptfiliale Berlin C, Bahnhof Börse, Telephon III 8804.

Verkaufsstellen:
Prinzenstraße 94. | Invalidenstraße 131. | Wilsnacker Straße 57.
Schlesischer Bahnhof, | Gr. Frankfurter Str. 85. | Spandau
Bogen 8-9. | Potsdamer Str. 112a. | Breits Straße 54.

Eigene Eisenbahn-Kühlwaggons

Zum Ausschneiden

Nahrungsmittel für Kranke

für Zuckerkranken — Magen- und Darmkranken — Stomach — Bleichsüchtige — Nervenkranke. Bei Nierenleiden — Gicht Rheumatismus — bei Fettsucht (Korpulenz) — bei schlechter Ernährung, allgemeiner Schwäche, Magerkeit — bei schlechter Zahn- und Knochenbildung. — Kindernahrungsmittel. Ausführliche erklärende Preisliste bitte zu verlangen.
D. Mader, Berlin S., Prinzenstraße 37.
Versandgeschäft gesundheitlicher Nahrungs- und Genußmittel.

Phänomen Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

